

12.2011/01.2012

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	20
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	24
Wirtschaft & Ressourcen	26

VERBÄNDE



DNR intern	38
Aus den Verbänden	39
Ehrenamt	39
Preise	40

SERVICE

Rezensionen	41
Internet	43
Impressum	43
Termine	44

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	45
Bildungsforschung: Bildung für nachhaltige Entwicklung ist jetzt messbar	

SPEZIAL

Umweltverbände und EU

Seite 29 bis 37

THEMEN DES MONATS

Bioplastik

Grüner Etikettenschwindel

Die Industrie setzt auf Kunststoffe aus erneuerbaren Ressourcen ohne ökologische Gesamtvorteile

Seite 2

Emissionshandel

Klima-smarte Landwirtschaft?

Die CO₂-Emissionen des Nordens sollen mit dem Kohlenstoff in den Böden des Südens verrechnet werden

Seite 4

Ressourcen

Stoff für Konflikte

In der deutschen und europäischen Rohstoffpolitik dominiert ein knallharter Wirtschaftskurs

Seite 6

Interview: Steuerreform

„Finanzsystem radikal ökologisieren“

In Deutschland fließen jedes Jahr 40 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen

Seite 27

Bioplastik

Grüner Etikettenschwindel

Die Industrie setzt auf Kunststoffe aus erneuerbaren Ressourcen ohne ökologische Gesamtvorteile

Auch nachwachsende Rohstoffe sind endlich. Vor allem, wenn daraus nicht nur Nahrung und Energie, sondern zunehmend auch Kunststoffe erzeugt werden. „Bio“ hat hier wenig mit ökologischen Vorteilen zu tun. Biokunststoffe werden in der Regel weder kompostiert noch recycelt, sondern verbrannt. Wenn dann auch noch indirekt der Genmaisbau gefördert wird, kann man nur von Greenwashing sprechen. ■ VON MARIA ELANDER UND THOMAS FISCHER, DUH

Die Vorsilben „öko“ und „bio“ adeln inzwischen eine Vielzahl von Produktverpackungen und vermitteln den Eindruck eines besonders umweltfreundlichen Ansatzes. So werden Joghurtbecher aus maisbasiertem Polylactid (PLA) sowie Einweg-Wasserflaschen aus „Öko-PET“ und Trinkjoghurtflaschen aus Zuckerrohr als ökologisches Verpackungsmaterial der Zukunft angepriesen. Doch nicht alles, was sich grün gibt, ist auch grün. Was in der Bevölkerung als ökologisch wahrgenommen wird, hat oft mehr mit geschickter Imagepolitik zu tun als mit Fakten. So entpuppte sich die kürzliche Einführung eines aus Mais hergestellten Activia-Behlers von Danone als ein Verpackungskonzept ohne gesamtökologische Vorteile. Der Grundgedanke, nachwachsende Rohstoffe als Basis etwa für Verpackungen zu verwenden, ist aufgrund schrumpfender und immer teurer werdender fossiler Ressourcen legitim. Trotzdem müssen sich Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen wie alle anderen an Kriterien zur Minimierung von Umweltauswirkungen messen lassen. Das beginnt bei der umweltfreundlichen Herstellung von Rohstoffen und endet bei der Entsorgung. Eine differenzierte Betrachtung von sogenannten Biokunststoffen offenbart zum jetzigen Zeitpunkt erhebliche Schwächen von der Wiege bis zur Bahre.

Konkurrenz zu Nahrungsmitteln

Die Vorsilbe bio steht hier für die Eigenschaft biobasiert. Biobasiert sind Erzeugnisse, die teilweise oder vollständig aus nachwachsenden Rohstoffen stammen. Derzeit dominieren als Grundstoffe Stär-

ke, Zucker und Zellulose, die aus Mais, Weizen, Zuckerrohr oder Holz gewonnen werden.

Biomasse ist zwar ein nachwachsender Rohstoff, aber auch ein endlicher. Denn für die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohmaterialien werden Flächen benötigt, die in Konkurrenz zur Nahrungs- und Futtermittelproduktion stehen. Wenn Flächen für die Produktion von Nahrungsmitteln knapper werden, kann dies zu Preissteigerungen führen oder regional sogar die Ernährungsgrundlage gefährden. Der gleichzeitige Einsatz von Biomasse als Chemierohstoff, Energielieferant sowie Nahrungs- und Futtermittel verschärft dieses Problem weiter.

Die Anbauflächen für die Gewinnung von Chemierohstoffen immer mehr auszuweiten, hat neben Nutzungskonkurrenzen auch erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt. Der Anbau in Monokulturen führt zu einer Reduzierung der Artenvielfalt und bietet nur wenigen Lebewesen eine Existenzgrundlage. Dort, wo Anbauflächen knapp sind, werden zur Steigerung der Erträge zusätzlich Düngemittel, Pestizide und Herbizide eingesetzt – mit fatalen Folgen für die Umwelt. So wies der niederländische Chemienobelpreisträger Paul Crutzen nach, dass gerade Nutzpflanzen wie Mais oder Weizen hochgradig klimaschädlich sind. Bei ihrem Anbau eingesetzter Stickstoffdünger wird in besonders klimawirksames Lachgas umgewandelt, dessen Treibhausgaspotenzial dreihundert Mal stärker ist als das von Kohlendioxid. Auch eine Studie der Universität Pittsburgh (USA) über Kunststoffe aus nachwachsenden Rohstoffen attestierte allen untersuchten Bioplastiksorten Beiträge zur Überdün-

gung und Versauerung von Böden und Gewässern und zur Zerstörung der Ozonschicht.

Besonders in den USA wird zur Herstellung des häufig verwendeten Biokunststoffs PLA gentechnisch veränderter Mais eingesetzt. Da in Europa derzeit keine Produktionsanlage für PLA existiert, werden europäische Bioplastikhersteller überwiegend mit PLA-Rohstoffen aus den USA beliefert. Durch diesen Rohstoffimport wird jener Genmaisbau gefördert, der in Europa verboten ist.

Greenwashing im Fußballstadion

Hersteller, Lieferanten und Großabnehmer von Bioplastik schreiben ihren Produkten eine Vielzahl von Vorteilen zu. So begründen Vereine der deutschen Fußballbundesliga den Einsatz von PLA-Einwegplastikbechern mit deren CO₂-Neutralität. Der Lobbyverband European Bioplastics sieht in der Kompostierbarkeit von Bioplastik einen Vorteil für aride, von Dürre bedrohte Länder mit Humusmangel. Danone spricht seinen Joghurtbechern aus Mais rundheraus eine größere Umweltfreundlichkeit als herkömmlichen Kunststoffbechern aus Rohöl zu.

Wenn Fußballfans in Stadien Cola und Bier aus PLA-Einwegbechern konsumieren, dann werden weder Ressourcen geschont noch wird das Klima entlastet. Zwar ist der reine Pflanzenrohstoff in Bioplastik klimaneutral, nicht jedoch dessen energieintensive Produktion und ebenso wenig die Herstellung, der Transport und die Entsorgung der Verpackung. Zudem tragen Einwegprodukte nicht zu einem effizienten Umgang mit Ressourcen bei.

Nicht nur unökologische Wegwerfprodukte aus Rohöl, sondern auch solche aus Bioplastik verursachen unnötige Müllberge und geben Verbrauchern keine Anreize, sich sparsam und ressourcenschonend zu verhalten.

Einwegprodukte aus Bioplastik sind nicht nur aus Gründen der Ressourceneffizienz wenig umweltfreundlich, sie bieten auch beim biogenen Abbau keinen Vorteil. Biogenes Plastik zerfällt überwiegend in CO₂ und Wasser und stellt somit keine Nährstoffe zur Verfügung. Laut der Düngemittelverordnung sind biologisch abbaubare Kunststoffe nicht als Ausgangsstoff für die Produktion von Düngemitteln vorgesehen. Nach Angaben des Umweltbundesamts enthalten sie in der Regel petrochemische Hilfsstoffe. Beim Abbau biogener Materialien werden so petrochemische Substanzen fein verteilt in den Kompost eingebracht.

Einwegprodukte aus Bioplastik weisen bei Betrachtung der ökologischen Gesamtbilanz gegenüber rohölbasierten Materialien keine Umweltvorteile auf. Diverse Ökobilanzen zu Trink- und Joghurtbechern sowie zu Plastiktüten aus PLA bestätigen dies. Wenn Danone seine Activia-Joghurtbecher aus PLA trotzdem als umweltfreundlicher bewirbt, so trifft dies tatsächlich nur für einzelne Umweltbewertungskriterien wie den fossilen Ressourcenverbrauch oder den Einfluss auf Klimawandel und Sommersmog zu. All jene ökologischen Nachteile, die die Umweltvorteile wieder aufzehren – wie Naturraumbeanspruchung, Eutrophierung, Versauerung, Humantoxizität und Energieaufwand –, werden bewusst verschwiegen. Um die tatsächliche Umweltbelastung eines Produktes festzustellen, müssen jedoch alle Umweltauswirkungen entlang des gesamten Lebensweges berücksichtigt werden.

Endstation Müllverbrennung

Grundsätzlich haben Endverbraucher die Möglichkeit, Biokunststoffe über den gelben Sack, die Restmülltonne, Biotonne oder über die Eigenkompostierung zu entsorgen. Bislang stellt jedoch keiner dieser

Entsorgungswege eine ökologisch sinnvolle Lösung dar.

In der gelben Tonne gesammelte Verpackungsmüll sollen möglichst werkstofflich verwertet werden – aus Plastik soll wieder Plastik werden. Das unterbleibt bei Biokunststoffen jedoch bislang. Eine angemessene Entsorgung über den gelben Sack setzt voraus, dass Biokunststoffe aussortiert, von anderen Kunststoffen getrennt gehalten und anschließend recycelt werden. Dies geschieht derzeit nicht und ist auch bei der Anwendung von automatischen Sortiersystemen nicht der Regelfall. Stattdessen werden Biokunststoffe ausgeschleust und mit Sortierresten verbrannt.

Die theoretische Kompostierbarkeit biologisch abbaubarer Kunststoffe bedeutet weder, dass eine Kompostierung in der Praxis stattfindet, noch, dass dieser Entsorgungsweg sinnvoll ist. Tatsächlich verrotten Biokunststoffe nur sehr langsam und tragen nicht zur Humusbildung bei. Viele Städte, Gemeinden und Landkreise verbieten deshalb die Entsorgung in der braunen Tonne. Landen Biokunststoffe trotzdem in der Biotonne, dann werden sie in Kompostierungsanlagen zusammen mit anderen Störstoffen aussortiert und verbrannt. Eine Eigenkompostierung von Bioplastik durch Verbraucherinnen und Verbraucher führt meist dazu, dass die Materialien auch über Jahre hinweg nur teilweise oder fast gar nicht abgebaut werden. Der Abbau würde nur bei hohen Temperaturen unter industriellen Bedingungen erfolgen.

Bei der Sammlung in der Restmülltonne wird Bioplastik ohnehin verbrannt. Die Verbrennung führt in der Gesamtbetrachtung zu einer negativen Klimabilanz, da in Müllverbrennungsanlagen deutlich weniger Energie zurückgewonnen wird als zum Anbau und zur Produktion eingesetzt werden muss.

Für eine offene, sachliche Debatte

Grundsätzlich sollten als Ausgangsstoffe für Bioplastik keine Lebensmittel verwendet werden, um Nutzungskonkurrenzen, Landnutzungsänderungen und Naturraumbeanspruchung zu vermeiden. Pflanzliche Abfälle und landwirtschaftliche

Nebenerzeugnisse sind mögliche Alternativen. Keinesfalls sollten gentechnisch veränderte Pflanzen als Rohstoffquelle dienen. Auf lange Lieferwege von – oft gentechnisch veränderten – Rohstoffen aus den USA oder Brasilien nach Europa sollte verzichtet werden. Die Nutzung regionaler, nachhaltig angebaute Pflanzenrohstoffe bietet umweltfreundlichere Möglichkeiten. Für das Recycling muss ein flächendeckendes Erfassungs- und Verwertungssystem für Biokunststoffabfälle aufgebaut werden. Biokunststoffe sollten nur dann zum Einsatz kommen, wenn ihre ökologische Gesamtbilanz besser ist als die von rohölbasierten Materialien. Gleichzeitig darf der Einsatz von Einwegprodukten aus Bioplastik nicht zu einer Verdrängung umweltfreundlicherer Mehrwegsysteme führen.

Biologisch abbaubare Kunststoffe aus nachwachsenden Rohstoffen können einen wesentlichen Beitrag zur Unabhängigkeit von fossilen Ressourcen leisten. Dazu müssen jedoch die vorhandenen Potenziale vollständig ausgeschöpft werden, statt Verbrauchern unausgelegene Konzepte ohne ökologische Gesamtvorteile als „grüne Rohstoffrevolution“ zu verkaufen. Solches Greenwashing führt bei Verbrauchern zu mehr Zweifeln als Vertrauen. Eine offene und sachliche Diskussion über Vorteile und Nachteile von Biokunststoffen bringt nicht nur mehr Akzeptanz, sondern kann auch als Grundlage für die Lösung bestehender Probleme dienen.

Die Ingenieurin Maria Elander leitet seit 2007 den Bereich Kreislaufwirtschaft bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in Berlin. Der Umweltwissenschaftler Thomas Fischer ist DUH-Projektmanager im Bereich Kreislaufwirtschaft.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
2400867-41, -43,
E-Mail: elander@duh.de,
fischer@duh.de,
www.duh.de



Emissionshandel

Klima-smarte Landwirtschaft?

Die CO₂-Emissionen des Nordens sollen mit dem Kohlenstoff in den Böden des Südens verrechnet werden

Mit einem Kleinbauernprojekt in Kenia wirbt die Weltbank für die Einbeziehung der Böden in den CO₂-Emissionshandel. Doch damit ließe sich die Umstellung auf nachhaltige Landnutzungsmethoden gar nicht finanzieren. Zudem ist der Klimaeffekt weder genau zu ermitteln noch von Dauer. In Wahrheit geht es um die Ausweitung des Emissionshandels und die Aufwertung der umweltschädlichen und unsozialen Technologien der Agrarkonzerne. ■ VON SUSANNE GURA

Es war eine bestechende Idee: Der Handel mit Emissionsrechten sollte den Ausstoß von Treibhausgasen zu einer teuren Angelegenheit machen und so die globale Erwärmung bremsen. Die Realität sieht jedoch anders aus. Unternehmen im Norden müssen ihre Emissionen nicht senken, sondern können sie mit vermiedenen Emissionen im Süden verrechnen. In diesen Emissionshandel möchte die Weltbank nun auch Kohlenstoff in den Böden des Südens einbeziehen.

Denn landwirtschaftliche Flächen beherbergen riesige Kohlenstoffmengen, vor allem im organischen Anteil der Böden. Lebende und tote Mikroorganismen, Pflanzen und Tiere bilden diesen Humus. Er entsteht in erster Linie durch die Photosynthese der Pflanzen, die CO₂ aus der Luft in Kohlenhydrate und andere Stoffe umwandeln. Durch Atmung, Feuer oder Erosion kehrt die organische Masse als CO₂ in die Atmosphäre zurück.

Landwirtschaftliche Methoden, die die Humusbildung erhöhen oder den Humusverlust reduzieren, verbessern also die Funktion der Böden als Kohlenstoffspeicher. Das technische Senkenpotenzial schätzt der Weltklimarat IPCC auf bis zu 6.000 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr, wobei drei Viertel davon im Süden lokalisiert sind. Das ökonomische Potenzial ist erheblich niedriger und abhängig vom Preis pro Tonne CO₂-Äquivalent. Zudem ist es durch sozioökonomische Faktoren stark beschränkt. Die Potenzialschätzungen beziehen sich auf Preise zwischen 20 und 100 US-Dollar und schwanken stark; für die extrem gesunkenen Preise – zurzeit sind es nur vier Dollar – liegen keine Schätzungen vor.

Für den Emissionshandel sei ein Großteil der Böden nicht geeignet, so der IPCC, denn Methoden zur Verbesserung des Kohlenstoffgehalts seien zu teuer und der Preis der Emissionsrechte zu niedrig. Hinzu kommt, dass der Kohlenstoffgehalt im Boden äußerst variabel ist. Man müsste ihn an vielen Stellen und sehr häufig messen. Probenahmen und Messungen wären viel zu aufwendig.

Das Biocarbon Project der Weltbank

In einer kleinbäuerlich geprägten Region in Westen Kenias werden seit einiger Zeit nachhaltige Landnutzungsmethoden eingeführt: bodenbedeckende Anbaufrüchte, Mulchen, Anbauzyklen, Brachemanagement, Kompost, Gründüngung, Agroforst, Ernterückständemanagement. Das Kenya Biocarbon Project hat mehrere Ziele: höhere Produktivität, Anpassung an den Klimawandel – und den Verkauf der Emissionsminderung. Dieses erste emissionshandelsfinanzierte Landwirtschaftsprojekt in Afrika wurde im Vorfeld der Klimaverhandlungen in Durban (Südafrika) im Dezember 2011 auf mehreren internationalen Konferenzen präsentiert, um dort die Einbeziehung der Böden in den Emissionshandel in die Wege zu leiten.

Nach Berechnungen des US-amerikanischen Institute for Agricultural Trade Policy (IATP) liegt der Erlös über die 20-jährige Laufzeit bei etwa einem Dollar pro Bauer und Jahr. Auch die beteiligte kenianische Regierung und die Weltbank sowie das Projektmanagement geben zu, dass dies keine solide Finanzierung ist. Der eigentliche Gewinn liege in den neuen Anbaumethoden. Die schwedische Entwick-

lungsbehörde SIDA finanziert das Projekt trotzdem weiter über das Vi Agroforestry Programme für Landwirtschaftsprojekte am Viktoriasee – wie schon seit Jahrzehnten. Es kostete zum Zeitpunkt der Antragstellung bei der Weltbank etwa 30 US-Dollar pro Bauer und Jahr. Hinzu kommen nun die Transaktionskosten, die, wie beim Emissionshandel üblich, etwa bei der Hälfte der Einnahmen liegen.

Klimaeffekt unklar, Zusatznutzen fragwürdig

Messungen zum Klimaeffekt finden allerdings kaum statt – wegen der hohen Kosten. Zurzeit wird eine Methode entwickelt, nach der die Bauern und Bäuerinnen über die Anwendung der vom Projekt vorgeschriebenen landwirtschaftlichen Praktiken berichten sollen. Die CO₂-Senke wird mithilfe eines einfachen Computermodells geschätzt. Der Kohlendioxidgehalt des Bodens schwankt: Bei Stürmen, Buschfeuer oder Trockenheit wird das Treibhausgas in großen Mengen freigesetzt. Auch wenn sich die Landnutzungsmethode ändert, kann CO₂ frei werden. Wegen der hohen Unsicherheitsfaktoren zieht man beim Kenya Biocarbon Project noch einmal 60 Prozent von der geschätzten CO₂-Senkenwirkung ab. Der tatsächliche Klimaeffekt kann also nur sehr ungenau angegeben werden.

Wenn für die Einbeziehung von Böden in den Emissionshandel geworben wird, ist auch regelmäßig von den Vorteilen für die Ernährungssicherheit und den Umweltschutz die Rede. Im Vorzeigeprojekt der Weltbank wird auf diesen Zusatznutzen besonders oft verwiesen, weil der finan-

zielle Nutzen so gering ist. Den eigentlichen Gewinn für die BäuerInnen sehen Weltbank und kenianische Regierung in den verbesserten landwirtschaftlichen Methoden, die Einkommenssteigerungen möglich machen. Aber dazu braucht es keinen Emissionshandel.

Es gibt einen anderen Grund, dieses Projekt vorzuzeigen: Die Weltbank möchte die „klimasmarte“ Landwirtschaft propagieren – mit mehreren umstrittenen Zielen.

Bequem für den Norden

Der Emissionshandel ermöglicht es dem Norden, seinen Verpflichtungen zur Reduzierung der eigenen Klimagase zu entgehen. Hinzu kommt, dass die „Gutschriften“ (offsets), die die Firmen im Norden erwerben, auf Schätzungen und Hoffnungen beruhen. „Emissionsgutschriften sind imaginäre Waren, geschaffen durch den Abzug erhoffter Emissionsreduzierungen von geschätzten möglichen Emissionssteigerungen“, schrieb der britische Guardian 2007. Es überrascht wenig, dass der Missbrauch dieser Zertifikate weitverbreitet ist.

Während sich der Planet weiter aufheizt, sind die UN-Klimaverhandlungen bisher vor allem durch Hinhalten, Vermeiden konkreter Verpflichtungen und dubiose Emissionshandelspraktiken aufgefallen. NormalbürgerInnen wissen inzwischen, was das Klima schützen könnte: weniger Fleisch essen, weniger Auto fahren. Wie aber der Emissionshandel das Klima schützen soll, weiß kaum jemand, und das verwundert nicht: Die Begründung ist wirtschaftstheoretisch, überzeugt bei Weitem nicht alle und die Kritik am Emissionshandel wächst mit der praktischen Erfahrung.

Tierfabriken profitieren vom CO₂-Handel

Allerdings haben sich im Handel mit den Emissionszertifikaten Geschäfte mit vielen Interessen etabliert. So hat der Getreide- und Sojahandelsriese Cargill vom Emissionshandel profitiert, weil er die Biogasanlagen von riesigen Schweinemästereien in Südamerika finanziert hat. Die Biogasanlagen fangen in erster Linie Methan auf. Cargill verdient an den Tierfabriken, wäh-

rend Umwelt und Bevölkerung mit Nitraten, Phosphaten, Antibiotika und anderen Schadstoffrückständen belastet werden. Zu trauriger Berühmtheit brachte es die Mastanlage in La Granja an der mexikanischen Ostküste. Die durch Emissionshandel geförderte Anlage war Ursprung der Schweinegrippeepidemie vor zwei Jahren.

Nach diesem Prinzip könnten nicht nur Mastanlagen, sondern auch der industrielle Ackerbau gefördert werden: Wenn man den Kohlenstoffgehalt der Böden des Südens steigert, könnte man Emissionen des Nordens damit verrechnen. Als Methode kommt nicht nur der Ökolandbau in Betracht, der seit Jahren seine Klimafreundlichkeit nachweist. Auch Biokohle und pfluglose Landwirtschaft, bei der die Unkräuter weniger mechanisch, sondern vor allem chemisch durch Herbizide bekämpft werden, sind in der Diskussion. Solche Methoden stoßen jedoch auf verbreitete Ablehnung. Weniger umstrittene, nachhaltige landwirtschaftliche Methoden wie Agroforstwirtschaft oder Mulchen sollen deshalb die Kyoto-Vertragsstaaten davon überzeugen, auch CO₂-Senken in Böden des Südens mit Emissionen des Nordens zu verrechnen. Die Weltbank will bei den Klimaverhandlungen das Biocarbon-Projekt in Kenia nutzen, um Hoffnungen auf neue Finanzierungsmöglichkeiten zu wecken.

Weil die öffentlichen Mittel immer knapper werden, wird trotz der wahrscheinlich unlösbaren Probleme schnell auf dieses Finanzierungsmodell für Projekte im Süden verwiesen.

Verschleiende Bezeichnungen

Die Welternährungsorganisation FAO wirbt seit 2008 für die Aufnahme der CO₂-Senken in Böden in den Emissionshandel – zuerst offen, dann hinter verschleienden Begriffen. Ihr zur Seite stehen die Biokohleindustrie und die Agrarchemieunternehmen, die Herbizide und herbizidresistentes Gentechniksaatgut verkaufen. Im Entwurf von 2008 für die Klimaverhandlungen war sogar „biochar“ als Methode aufgeführt, bei der Holzkohle in den Boden eingebracht wird. Nach dem Protest von rund 150 zivilgesellschaftlichen Organisationen

verschwand zwar der Begriff, aber die späteren Entwürfe schließen weder „Biokohle“ noch Herbizide und herbizidresistente Gentechniksorten als Methoden aus. Dabei ist der Nutzen der pfluglosen, aber chemieintensiven Landwirtschaft für den Kohlenstoffgehalt der Böden bisher ungeklärt.

Gentechnik durch die Hintertür?

Konzerne wie Monsanto werden die Hauptprofiteure sein, wenn herbizidresistente Gensoja- und Genmaissorten bei ihrer derzeitigen Einführung in Afrika den Stempel „klimafreundlich“ erhalten. Dazu ist Durban womöglich ein wichtiger Schritt, falls dort beschlossen wird, dass sich das Nebenorgan der UN-Klimakonvention für wissenschaftliche und technologische Beratung (SBSTA) mit Landwirtschaft befassen soll. Diesen Textbaustein schieben die Klimadiplomaten seit 2009 von einer Ecke in die andere. Zu hoffen, dass er nicht in die Endversion gerät, genügt nicht. Es müssen sich auch Staaten finden, die einen Beschluss über ein SBSTA-Arbeitsprogramm zu Landwirtschaft aktiv verhindern.

Der Öffentlichkeit könnten es einige Klimadiplomaten als Erfolg verkaufen, wenn die Medien berichten, dass „die Landwirtschaft in das Verhandlungsergebnis von Durban einbezogen wurde“. Denn viele glauben, dadurch könne die industrielle Landwirtschaft mit ihren hohen Emissionen zurückgedrängt und die bäuerliche Landwirtschaft gestärkt werden. Was die Landwirtschaft angeht, wäre ein wirklicher Erfolg von Durban, die Böden aus dem Emissionshandel herauszuhalten.

Literatur

► www.econexus.info (Climate change & agriculture)

Dr. Susanne Gura ist freiberufliche Beraterin in der internationalen Agrarpolitik und arbeitet zu biologischer Vielfalt in der Landwirtschaft.



Kontakt:
Tel. +49 (0)228 / 9480670,
E-Mail: gura@dinse.net

Ressourcen

Stoff für Konflikte

In der deutschen und europäischen Rohstoffpolitik dominiert ein knallharter Wirtschaftskurs

Während Umweltverbände und -ministerien in Deutschland und auf EU-Ebene an Ressourceneffizienzstrategien arbeiten, sind Rohstoffe längst Kernthema der Außen-, Wirtschafts- und Handelspolitik. Umwelt- und Entwicklungsinteressen drohen unter die Räder des Freihandels zu geraten. ■ VON DAVID HACHFELD, OXFAM, UND PETER FUCHS, POWERSHIFT

Der Staatsbesuch war nicht umsonst. Bundeskanzlerin Angela Merkel weilte im vergangenen Herbst als erste deutsche Regierungschefin in der Mongolei, obwohl die deutsch-mongolischen Wirtschaftsbeziehungen bislang relativ unbedeutend sind. Doch genau das soll die „Rohstoffpartnerschaft“ ändern, die die Bundesregierung am 13. Oktober 2011 in Ulan-Bator mit der mongolischen Regierung vereinbart hat. Bilaterale Rohstoffpartnerschaften sind ein Instrument der deutschen Rohstoffstrategie, die die Regierung ein Jahr zuvor gemeinsam mit dem Bundesverband der deutschen Industrie vorgestellt hatte.

Rohstoffpartnerschaft mit der Mongolei

Erklärtes Ziel des deutsch-mongolischen Abkommens über „Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich“ ist es, „die Rohstoffe der Mongolei ... einer umfassenden Nutzung zuzuführen“. Sie sollen „den deutschen Unternehmen diskriminierungsfrei und zu transparenten und fairen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden“. Die Mongolei gehört zu den zehn rohstoffreichsten Ländern der Erde und verfügt unter anderem über Kupfer, Gold, Uran und auch die heiß begehrten Seltenen Erden. Im Handel mit solchen Materialien soll es laut Abkommen zumindest mit Deutschland „keine mengenmäßigen Begrenzungen geben“. Rohstoffpartnerschaften schaffen den politischen Rahmen, in dem Unternehmen dann in eigener Verantwortung, aber mit Unterstützung beider Staaten, Verträge schließen. So unterzeichnete ein Konsortium aus den Firmen BBM Operta (Mülheim an der Ruhr) und Macmahon (Perth/Australien)

auch gleich einen Zwei-Milliarden-Vertrag zum Kokskohletagebau in der riesigen Lagerstätte Tavan Tolgoi. Rund 100 Millionen Tonnen Kohle sollen dort in den nächsten zehn Jahren gefördert werden.

Zwar spricht das Abkommen zur Rohstoffpartnerschaft auch hier und da von einer Verbesserung der Ressourcen- und Energieeffizienz sowie der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards, doch konkret und institutionell ausgefüllt ist vor allem die Unterstützung der Wirtschaft: Artikel 5 des Vertrages regelt die „umfassende Einbeziehung von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden in die Umsetzung der Ziele dieses Abkommens“, und mit Artikel 8 wird ein Deutsch-Mongolischer Wirtschaftsausschuss eingerichtet. Konkrete Vorgaben zur Berücksichtigung von Umwelt- und Entwicklungsinteressen sowie zur Beteiligung der Zivilgesellschaften beider Länder gibt es nicht.

Der nächste Partner: Kasachstan

Geht es nach den Regierungsparteien, dann ist dies nur der Anfang. Auf dem zweiten Rohstoffkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im vergangenen Oktober durfte der Botschafter von Kasachstan sprechen und die baldige Unterzeichnung des nächsten deutschen Rohstoffpartnerschaftsabkommens, diesmal mit seinem Land, in Aussicht stellen. Die deutschen Gastgeber sicherten ihm zu, sein Land könne sich eines „regelrechten Fanklubs“ in den Reihen der Fraktion sicher sein. Kritische Töne? Fehlanzeige. Völlig zu Recht legten dagegen kirchliche Entwicklungsorganisationen kürzlich den Finger in die Wunde, als sie über die zentralasiatische Republik schrieben: „Das Land wird

von einem autoritären Regime geführt, das auf den Präsidenten zugeschnitten ist und ihn mit großer Machtfülle ausstattet. Fälle von Folter, willkürlichen Verhaftungen, Verletzungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind von Human Rights Watch und Amnesty International ausführlich dokumentiert. Vor allem Menschenrechtsverteidiger und Gewerkschafter sind in Kasachstan besonders gefährdet. Im extraktiven Sektor sind Bestechung und Korruption zentrale Probleme.“⁽¹⁾

Die Europäische Rohstoffinitiative

Neben ihren bilateralen Bemühungen ist die Bundesregierung auch auf EU-Ebene ein rohstoffpolitischer Antreiber. Mit Unterstützung aus Berlin und in Abstimmung mit den Spitzenverbänden der europäischen Industrie hatte die EU-Kommission 2008 eine eigene Rohstoffinitiative ins Leben gerufen und im Februar 2011 in einer Mitteilung zu „Grundstoffmärkten und Rohstoffen“ (KOM(2011)25) aktualisiert.

Die EU-Rohstoffinitiative besteht aus drei Säulen:

- ▶ Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt,
- ▶ bessere Rahmenbedingungen für die Rohstoffförderung in Europa,
- ▶ Erhöhung der Ressourceneffizienz.

Während die Maßnahmen zur Umsetzung der zweiten und dritten Säule vage bleiben, wird die Kommissionsmitteilung bei der Ausgestaltung der ersten, der außenpolitischen Dimension sehr konkret – besonders bei der Handels- und Investitionspolitik. So sollen etwa alle Freihandelsabkommen der EU mit anderen Volkswirtschaften den freien Zugang zu Rohstoffen fördern.

EU-Parlament setzt neue Akzente

Im vergangenen September hat das Europäische Parlament einen Bericht zur Rohstoffpolitik beschlossen.⁽²⁾ Grundsätzlich begrüßt das Parlament die Rohstoffinitiative, setzt jedoch an einigen Punkten andere Akzente. Berichterstatter Reinhard Bütikofer von der Fraktion der Grünen hat seinen Einfluss vor allem genutzt, um Rohstoffeffizienz und Recycling deutlich aufzuwerten. Bütikofer rückte diese Themen im Parlamentsbericht nach vorn und hob in diesem Teil die größten Unterschiede zur Rohstoffinitiative der Kommission hervor. Beschränkte sich die Kommission bei der Ressourceneffizienz auf ferne und schwammige Ziele, so schlägt das Parlament nun eine Reihe konkreter kurz- und mittelfristig umsetzbarer Maßnahmen vor, darunter schärfere Vorgaben zum Ökodesign, Top-Runner-Programme zur Förderung ressourcenschonender Konsumgüter und Maßnahmen zur Steigerung der Recyclingquote. Außerdem soll mehr für die Entkopplung von Rohstoffverbrauch und Wirtschaftswachstum getan werden.

In einem wesentlichen Punkt greift allerdings auch das Parlament viel zu kurz: Effizienzsteigerung wird zur Wunderwaffe zur Senkung der Rohstoffabhängigkeit verklärt. In der Praxis führt mehr Effizienz aber keineswegs zu einem geringeren, sondern meist nur zu einem weniger stark steigenden Verbrauch. Weitergehende Maßnahmen, etwa konkrete Reduktionsziele, sucht man in dem Bericht ebenso vergeblich wie das Eingeständnis, dass sich das europäische Verbrauchsniveau von Rohstoffen bereits heute weit jenseits der Nachhaltigkeitsgrenze bewegt. Lediglich der Entwicklungsausschuss forderte in seiner Stellungnahme, Verbrauchsreduktion als Ziel in die Rohstoffinitiative aufzunehmen, konnte sich aber nicht durchsetzen.

Bemerkenswert ist auch der weitgehend gescheiterte Versuch einiger konservativer Abgeordneter, mit ungewohnt undiplomatischen Debattenbeiträgen und Änderungsanträgen eine Verschärfung der aggressiven außenpolitischen Dimension der Rohstoffinitiative zu befördern. So versuchte der CDU-Abgeordnete Daniel Cas-

parry, im Bericht die Forderung nach einem Verbot von Exportbeschränkungen in allen künftigen EU-Freihandelsabkommen unterzubringen. Solche Beschränkungen sind der europäischen Industrie ein Dorn im Auge, doch sie können ein wichtiges Instrument von Entwicklungsländern sein, um ihre lokale Industrie aufzubauen, Staatseinnahmen zu erhöhen oder die Umwelt zu schützen.

Freihändleroffensive ausgebremst

Die Mehrheit der Abgeordneten folgte Casparry aber nicht. Zwar begrüßt das Parlament Maßnahmen für einen diskriminierungsfreien Handel mit Rohstoffen, doch in der für solche Berichte typischen Kompromissprache betont es gleichzeitig das Recht von Staaten, ihren Rohstoffsektor zu regulieren. Die Kommission wird aufgefordert, „ihren Widerstand gegen Ausfuhrsteuern in Entwicklungsländern durch die Anwendung eines differenzier-ten Ansatzes auszugleichen“.

Ebenso ist die Aufweichung der Forderung gescheitert, europäische Investoren im Rohstoffbereich stärker zu sozialer Verantwortung zu verpflichten. Das Parlament fordert, dass EU-Unternehmen in ihrem Heimatland rechtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn Tochterfirmen im Ausland Menschenrechtsverletzungen begehen. Gewünscht hätte man sich an dieser Stelle noch ein klares Wort zur Ausgestaltung künftiger EU-Investitionsabkommen, bei denen der Ministerrat – vor allem Deutschland – und die Kommission bisher solche Regeln konsequent abblocken.

Zivilgesellschaftliche Kampagnen dürften dazu beigetragen haben, dass im EU-Parlament die weitreichendsten Versuche zur Verschärfung der rohstoffpolitischen Agenda scheiterten und zumindest Teile zivilgesellschaftlicher Forderungen aufgegriffen wurden.⁽³⁾ Ebenfalls hilfreich dürfte ein Bericht der lobbykritischen Vereinigung Corporate Europe Observatory gewesen sein, der enge Verstrickungen einiger Hardliner unter den Abgeordneten mit der Rohstoffwirtschaft und daraus resultierende potenzielle Interessenkonflikte offenlegt.⁽⁴⁾ Umso unverständlicher ist es,

dass Berichterstatter Bütikofer gegen die zivilgesellschaftlichen Warnungen polemisierte und sich schützend vor seine konservativen Parlamentskollegen stellte.⁽⁵⁾

Die künftige Richtung der europäischen Rohstoffpolitik bleibt also umkämpft. Harte Wirtschaftsinteressen an billigen Rohstoffimporten und der Lobbydruck der Industrie stehen den Kräften gegenüber, die auf einen intelligenteren Umgang mit knappen Ressourcen drängen und dem globalen Süden einen fairen Deal im Rohstoffhandel anbieten wollen. Verbale Bekenntnisse und auch konkrete Handlungsempfehlungen zur Ressourceneffizienz sind in einem unverbindlichen Initiativbericht des Europaparlaments inzwischen mehrheitsfähig. In der Realität deutscher Rohstoffpartnerschaften und europäischer Außenwirtschaftspolitik sind ökologische Vernunft und entwicklungspolitische Solidarität aber noch nicht zu finden.

Anmerkungen

- ▶ (1) GKKE (2011): Rohstoffe, Werte und Interessen: Anforderungen an eine entwicklungspolitisch kohärente deutsche Rohstoffpolitik. Bonn/Berlin. www.gkke.org
- ▶ (2) Europäisches Parlament (2011): Bericht über eine erfolgreiche Rohstoffstrategie für Europa. Vgl. www.eu-koordination.de/umweltnews/news/-/1045
- ▶ (3) Oxfam u. a. (2011): Unfairer Wettlauf um Rohstoffe. Die EU-Handels- und Rohstoffpolitik geht auf Kosten armer Länder. Berlin. www.oxfam.de/informieren/eu-handelspolitik
- ▶ (4) Corporate Europe Observatory (2011): Europe's resource grab. Vested interests at work in the European Parliament. Brüssel. www.corporateeurope.org
- ▶ (5) Bütikofer, R. (2011): Worüber ich mit dem DNR stritt. www.reinhardbuetikofer.eu/2011/07/03

Der Politikwissenschaftler David Hachfeld ist Referent für Handelspolitik bei Oxfam Deutschland in Berlin.

Kontakt:

E-Mail: dhachfeld@oxfam.de,
www.oxfam.de

Peter Fuchs ist Sozialökonom und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Vereins PowerShift in Berlin.

Kontakt: Tel. +49 (0)177 /
6334900, E-Mail:
peter.fuchs@power-shift.de,
www.power-shift.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Kreislaufwirtschaftsgesetz**Orange ist das neue Gelb**

■ Der Bundesrat hat im November in zweiter Lesung das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz, das der Bundestag Ende Oktober absegnen hatte, gestoppt. Nun muss der Vermittlungsausschuss angerufen werden.

Die Gesetzesnovelle führt eine neue Form der Mülltrennung ein: So soll es ab 2012 flächendeckend eine orangefarbene Wertstofftonne geben, in die neben Verpackungsabfällen auch Plastik- und Metallabfälle gehören. Ab 2015 sollen Biomüll sowie Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfälle getrennt gesammelt werden. 2020 soll die Recyclingquote bei Hausmüll 65 Prozent erreichen. Private Entsorger sollen künftig ebenso wie kommunale Unternehmen Abfälle einsammeln dürfen. Das Bundesumweltministerium nannte das Gesetz einen „guten Kompromiss zwischen den Anliegen der Kommunen und denen der privaten Entsorgungswirtschaft“.

Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi lehnt dagegen das Kreislaufwirtschaftsgesetz in dieser Form ab, weil es viele Arbeitsplätze bei kommunalen Entsorgungsbetrieben gefährde und den Wettbewerb auf Kosten der BürgerInnen beschleunige. Umweltverbände nannten die Recyclingziele schwach, da die anvisierten 65 Prozent vielerorts schon jetzt erreicht würden. Zudem halte der Entwurf die europäische Abfallhierarchie nicht ein. [jg]

- ▶ www.bmu.de/47898
- ▶ www.verdi.de (Pressemitteilungen – 28.10.2011)

EU-Kohäsionsfonds**Kein Geld für Verbrennung!**

■ Die bankenkritische Organisation CEE Bankwatch hat die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, die Mittelvergabe für Müllverbrennungsanlagen (MVA) aus dem Ko-

häsionsfonds einzustellen. Bei der Neuordnung der Gesetze über die Kohäsionsfonds müsse die EU diesen Verwendungszweck ausschließen. Die Abfallverbrennung dürfe nicht gefördert werden. Einzelne Staaten hielten die Recyclingziele nicht ein und hätten das Deponierungsverbot noch nicht umgesetzt, bekämen aber Millionenbeträge für die Einrichtung von MVAs. [jg]

- ▶ www.bankwatch.org

Internationales Abfallrecht**Exportverbot für Giftmüll**

■ Bei der zehnten Konferenz des Basler Übereinkommens haben 178 Staaten ein Exportverbot für gefährliche Abfälle von OECD- in Nicht-OECD-Staaten vereinbart. Das Verbot gilt auch für Elektroschrott und alte Schiffswracks. Umweltverbände nannten die Vereinbarung einen „großen Durchbruch“.

Bei dem Treffen Ende Oktober in Cartagena (Kolumbien) hatten die Schweiz und Indonesien vorgeschlagen, die Abstimmungsmodalitäten so zu vereinfachen, dass die Ratifizierung von 68 der 90 Staaten ausreicht, die bereits 1995 die entscheidende Änderung zur Basler Konvention beschlossen hatten. Die EU und 51 Staaten hatten diesem Vorschlag bereits zugestimmt. Das Basel-Aktionsnetzwerk (BAN) hofft, dass die fehlenden 17 Ratifizierungen in den nächsten zwei Jahren folgen und das Verbot bald in Kraft tritt.

Vereinbart wurde auch, dass die Basler Konvention weiterhin Grundlage für die Verbringung von alten Schiffen sein soll. Rechtsexperten und VertreterInnen von Entwicklungsländern hatten Bedenken geäußert, dass die Regelungen in der Hongkong-Konvention zum Recycling von Schiffen nicht verhindern können, dass Entwicklungsländer als billige Abwrackunternehmen für giftige Schiffswracks dienen. Die Hongkong-Konvention sei rechtlich nicht gleichwertig. [jg]

- ▶ <http://cop10.basel.int>
- ▶ www.ban.org

Pflanzenschutzgesetz**Scharfe Kritik von Verbänden**

■ Der Entwurf des neuen Pflanzenschutzgesetzes aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) hat nach Ansicht von Umwelt- und Imkerverbänden sowie der Wasserwirtschaft erhebliche Mängel. NABU, BUND, Greenpeace, der Berufs- und Erwerbsimkerbund, der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft und das Pestizid-Aktions-Netzwerk PAN Germany kritisierten das Gesetz scharf. Kurz vor der Verabschiedung im Bundesrat Ende November kündigten die Verbände unter Protest ihre Mitarbeit im Forum des Pestizid-Aktionsplans des BMELV auf. Es seien weder verbindliche Vorgaben für die „gute fachliche Praxis“ des Pflanzenschutzes noch Mindestabstände zu Gewässern oder Sonderregeln in Natur- oder Wasserschutzgebieten vorgesehen. Darüber hinaus würden europäische Rechtsgrundlagen nicht ausreichend beachtet. Nach Ansicht der Verbände kann auch der von der EU vorgeschriebene Nationale Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (NAP) kein Ersatz für ein unzureichendes Gesetz sein. Ziel müsse es sein, die Pestizidmengen zu reduzieren. [jg]

- ▶ PAN Germany, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3991910-0, Fax -30, www.pan-germany.org

Chemikaliengesetz**Neue Kennzeichnungsregeln**

■ Weißer Hintergrund, rote Umrandung und schwarze Gefahrenpiktogramme – so sieht in Zukunft die Kennzeichnung gefährlicher Substanzen auf der ganzen Welt aus. Im November trat die EU-Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, kurz CLP, in Kraft, die eine globale Vereinbarung umsetzt. Erstmals sind alle gefährlichen Gemische informationspflichtig, auch Produkte des gewerblichen Bereichs. Bis 2015 gilt eine Übergangsfrist. [jg]

- ▶ www.bmu.de/47931

EU-Chemikalienverordnung

Erster CoRAP-Aktionsplan

■ Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat die Namen von 91 Stoffen veröffentlicht, die im Rahmen der EU-Chemikalienverordnung REACH geprüft werden sollen. Es handelt sich um den Entwurf des ersten dreijährigen fortlaufenden Aktionsplans der EU (CoRAP). CoRAP enthält Substanzen, die langlebig (persistent) sind, sich in Organismen anlagern (bioakkumulativ) oder giftig (toxisch) sind. Darüber hinaus geht es um Stoffe, die hormonähnlich wirken (endokrine Disruptoren), krebserregend, gen- oder fortpflanzungsschädigend und weitverbreitet sind.

Der Entwurf sieht die Prüfung dieser Substanzen durch einzelne Mitgliedstaaten bis 2014 vor. Die Mitgliedstaaten können den Entwurf kommentieren, eine Veröffentlichung des endgültigen CoRAP ist für Ende Februar 2012 vorgesehen. Die Stoffbewertung soll klären, ob ein bestimmter Stoff ein Risiko für Mensch und Umwelt darstellt, sofern die vorliegenden Informationen nicht ausreichen. Nach Veröffentlichung des endgültigen CoRAP haben die zuständigen Mitgliedstaaten ein Jahr Zeit, „ihren“ Stoff zu prüfen. Im ECHA-Entwurf sind bisher aber nur die Stoffe, deren internationale CAS-Registernummern sowie das Prüffahr veröffentlicht. [jg]

► www.kurzlink.de/corap-entwurf2011

EU-Chemikalienrecht

Hunderte Firmen produzieren gefährliche Substanzen

■ Die Nichtregierungsorganisation ChemSec hat im November eine Rangliste der Unternehmen erstellt, die besonders gefährliche Chemikalien herstellen. BASF, Bayer und Clariant führen die Liste an.

Umweltverbände haben eine etwa 400 Chemikalien umfassende Schattenliste erstellt, für die sie ein baldiges Verbot nach der EU-Chemikalienverordnung REACH fordern. Die offizielle Liste der EU enthält

bisher weniger als 100 Substanzen für ein eventuelles Verbot. ChemSec hat die sogenannte SIN-Liste zusammengestellt (SIN steht für „substitute it now“, also „sofort ersetzen“) und nun auch die Unternehmen ermittelt, die die dort aufgelisteten Substanzen mit mehr als zehn Tonnen Jahresproduktionsmenge herstellen. BASF produziert 65 dieser besonders gefährlichen Stoffe, Bayer 45 und Clariant 25. Insgesamt 389 europäische Firmen stellen die „SIN-Chemikalien“ her. Es handelt sich um Stoffe, die nachweislich gefährlich für Gesundheit und Umwelt sein können. Eine Regulierung unter REACH gilt deshalb als wahrscheinlich. Allerdings werden sich ein Verbot oder Beschränkungen wegen der langwierigen Entscheidungsprozesse noch länger hinziehen.

Die Daten stammen aus der letzten zugänglichen öffentlichen Erhebung in der Datenbank der EU-Kommission ESIS (European Chemical Substances Information System). Diese Daten wurden allerdings 2008 das letzte Mal aktualisiert. Versuche von Umweltverbänden, an neuere Daten zu kommen, seien bisher von der Europäischen Chemikalienagentur ECHA abgelehnt beziehungsweise versprochene Teilm Informationen zurückgehalten worden, kritisierte ChemSec. [jg]

► www.chemsec.org

► SIN-Produzenten: www.kurzlink.de/sin-producer

Quecksilber

Weltweites Verbot in Arbeit

■ Bis 2013 soll es einen globalen Vertrag über den sicheren Gebrauch oder ein Verbot von Quecksilber geben. Unter dem Dach des UN-Umweltprogramms UNEP trafen sich Anfang November RegierungsvertreterInnen und Nichtregierungsorganisationen zur dritten internationalen Regierungskonferenz zu Quecksilber (INC3) in Nairobi (Kenia) getroffen. Die Konferenz konnte sich auf einen Rahmenentwurf zur Lagerung und zum Abfallmanagement von quecksilberhaltigem Müll einigen. Strittig ist nach wie vor die Verbindlichkeit

bestimmter Maßnahmen. Einige Regierungen wollen, dass Verbote freiwillig bleiben. Das ist besonders beim Goldabbau im Kleinstmaßstab entscheidend. Vor allem in Afrika und Lateinamerika nutzen viele Goldarbeiter Quecksilber und gefährden damit ihre Gesundheit und die Umwelt.

Auch Kohlekraftwerke stoßen Quecksilber aus. Quecksilber ist zu Konservierungszwecken sogar in Impfstoffen enthalten, weshalb einige Wissenschaftler vor einem Totalverbot warnen. Das giftige Schwermetall ist laut der Weltgesundheitsorganisation eine der zehn schädlichsten Substanzen für die menschliche Gesundheit. Umweltverbände wie das Bündnis Zero Mercury setzen sich für ein Verbot ein und fordern verbindliche Ziele auf internationaler Ebene. [jg]

► INC3: www.kurzlink.de/unep-inc3

► Zero Mercury: www.zeromercury.org

Internationales Chemikalienrecht

Ersatz für Endosulfan gesucht

■ Ein UN-Expertengremium hat der Welternährungsorganisation FAO empfohlen, Alternativen zu dem umstrittenen Pestizid Endosulfan zu entwickeln. Die ExpertInnen des Ausschusses zur Überprüfung langlebiger organischer Substanzen (Persistent Organic Pollutants Review Committee, POPRC) trafen sich Mitte Oktober in Genf.

Im April hatte die fünfte Vertragsstaatenkonferenz Endosulfan und seine Isomere verboten – mit bestimmten Ausnahmen. Nun soll eine Ad-hoc-Gruppe Alternativen suchen. Das Expertengremium schlug außerdem vor, das Flammenschutzmittel Hexabromocyclododecan, (poly)chlorierte Naphthaline und das krebserzeugende Hexachlorobutadien auf die Verbotsvorschlagsliste der schwer abbaubaren organischen Umweltgifte (POP) zu setzen. Die POP-Liste enthält inzwischen 22 Stoffe, die weltweit verboten sind. Weitere Stoffe sollen folgen. [jg]

► Ergebnisse der Sitzung: www.pops.int (POPRC)

EU-Nanotechnologiepolitik

Nicht alle Nanomaterialien sollen auch so heißen

■ Alle Materialien, deren Hauptbestandteile eine Größe zwischen einem und 100 Nanometern (nm) haben, gelten als Nanomaterialien – diese Definition hat die Europäische Kommission im November empfohlen. Nanomaterial wird beschrieben als „ein natürliches, bei Prozessen anfallendes oder hergestelltes Material, das Partikel in ungebundenem Zustand, als Aggregat oder als Agglomerat enthält und bei dem mindestens 50 Prozent der Partikel in der Anzahlgrößenverteilung ein oder mehrere Außenmaße im Bereich von einem nm bis 100 nm haben“. Ein Nanometer ist ein Milliardstel Meter.

Die Definition stützt sich auf Gutachten des Wissenschaftlichen Ausschusses „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) und der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC). Die offizielle Definition ist notwendig, weil die Gesetzgebung entsprechend angepasst werden muss. Eine Überprüfung ist für 2014 vorgesehen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) zeigte sich „tief enttäuscht“ über die „zu enge“ Definition. Die Industrielobby habe sich durchgesetzt. Es gebe auch Materialien mit weniger als 50 Prozent Bestandteilen unter 100 nm mit neuartigen Eigenschaften. Diese könnten nun um entsprechende Sicherheitstests herumkommen, kritisierten die Umweltschützer. Es sei völlig unverständlich, warum die EU-Kommission von den wissenschaftlichen Empfehlungen des SCENIHR abweiche, nach denen sogar Material mit 0,15 Prozent Partikeln unter 100 nm noch als Nanomaterial zu definieren sei. Zudem sage die reine Größe der Partikel nicht unbedingt etwas über ihr Sicherheitsrisiko aus.

Auch der BUND kritisiert die Kommissionsempfehlung als zu eng. Zugleich sei man jedoch froh, dass sich die Kommission nach langen internen Auseinandersetzungen überhaupt auf eine Definition geeinigt habe. „Gesetzgeber und Industrie können sich jetzt nicht länger hinter der fehlenden

Definition verstecken, wenn es darum geht, Maßnahmen zur Regulierung von Nanomaterialien zu ergreifen“, sagte der BUND-Nanoexperte Jurek Vengels. [jg]

- ▶ EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Reference: IP/11/1202)
- ▶ EEB: www.eeb.org (News – 18.10.2011)
- ▶ BUND, Jurek Vengels, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-422, E-Mail: jurek.vengels@bund.net, www.bund.net/nano

Luftqualität

EU behält Ozon und Feinstaub

■ Zwar ist die Luftqualität in Europa zwischen 1999 und 2009 besser geworden, aber immer noch gefährden Schadstoffe die Gesundheit der Bevölkerung. Das ergab die neueste Auswertung der Luftdaten durch die Europäische Umweltagentur (EEA). Die bodennahen Ozonwerte und der Gehalt an Feinstaub (PM) in der Luft seien in den letzten Jahren fast konstant auf zu hohem Niveau geblieben. Um die Luftqualität zu verbessern, müsse es viele Maßnahmen geben, unter anderem die Reduktion von Emissionen an den Quellen, bessere Stadtplanung und die Veränderung des individuellen Lebensstils. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/eea-airquality2011

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

UN-Entwicklungsbericht

Klimawandel trifft arme Länder stärker

■ Nach Erkenntnissen des UN-Entwicklungsprogramms UNDP bedroht der Klimawandel den positiven Trend der Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. Laut dem im November vorgelegten UN-Jahresbericht über die menschliche Entwicklung leiden hauptsächlich die

Menschen in den armen südlichen Ländern unter den Folgen, obwohl vor allem die Industrieländer zur Erderwärmung beitragen. Neben der Trockenheit ist ein bedeutender Grund der Mangel an sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. Auch die ungerechte Aufteilung der Ressourcen behindere den Fortschritt.

Der Human Development Index (HDI) der Länder im untersten Viertel der HDI-Rangliste stieg laut dem Bericht in den letzten 40 Jahren um 82 Prozent, während es weltweit 41 Prozent waren. Der HDI errechnet sich aus der Lebenserwartung, der Alphabetisierungs- und Einschulungsrate und dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf eines Landes. Nach dem aktuellen Bericht führt Norwegern die Liste an, gefolgt von Australien und den Niederlanden. Deutschland liegt auf Platz neun. Am schlechtesten ist die Lebensqualität in zehn Ländern in Afrika südlich der Sahara. Die USA liegen auf Platz vier. Bei einer ergänzenden Studie, die auch den Unterschied zwischen Arm und Reich innerhalb des Landes berücksichtigt, liegen sie nur noch auf Rang 23. [tg]

- ▶ Bericht: <http://hdr.undp.org>

Indigene Völker

Landrechte im Tigerreservat

■ Nach 30-jähriger Debatte sind dem indigenen Volk der Soliga die Rechte an seinem angestammten Land in Indien offiziell bestätigt worden. Das berichtete die Menschenrechtsorganisation Survival International. Dies sei das erste Mal, dass einem indigenen Volk zugestanden werde, in einem Tigerschutzgebiet zu sammeln, Walderzeugnisse zu nutzen und diese auch zu verkaufen.

Bereits 1974 hatte die Verwaltung des südindischen Bundesstaates Karnataka Angehörige der Soliga aus den Biligirirangan-Bergen vertrieben, um Wildtiere zu schützen. Seit Januar 2011 waren 1.500 Soliga von Vertreibung bedroht, da das Schutzgebiet wieder als Tigerreservat eingestuft wurde. Daraufhin entbrannten

erneut Diskussionen, wie die Rechte der indigenen Bevölkerung und gleichzeitig die Umwelt zu schützen seien. Die Soliga arbeiten derzeit zusammen mit den Behörden an einem Plan, um den Park gemeinsam zu schützen. „Die indische Regierung beginnt langsam zu erkennen, dass indigene Völker bei Weitem die besten Wächter ihrer Umwelt sind“, sagte Stephen Corry, Direktor von Survival International.

Diesen Zusammenhang bestätigt auch eine aktuelle Studie der Weltbank. Durch Analyse der Satellitenbilder von Waldbränden wurden die Entwaldungsraten ermittelt, die in indigenen Gebieten bedeutend geringer ausfielen. Die Studie zeigt damit, dass die Vertreibung von indigener Bevölkerung aus den Naturschutzgebieten nicht unbedingt den Schutz dieser Gebiete verbessert und somit nicht mehr gerechtfertigt ist. [tg]

- ▶ Survival International, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 72293108, www.survivalinternational.de
- ▶ Studie: www.kurzlink.de/study

Ölförderung

Deutscher Beitrag zur Yasuní-Rettung scheitert endgültig

■ Der Bundestag hat im November eine finanzielle Beteiligung Deutschlands am Fonds zum Erhalt des Yasuní-Nationalparks in Ecuador abgelehnt. Die Opposition hatte Gelder in Höhe von 50 Millionen Euro für das nächste Jahr beantragt, um die Regierung in Quito zu unterstützen. Diese hatte angeboten, auf die Ölförderung im Nationalpark zu verzichten und diesen somit zu erhalten, wenn sie eine Entschädigung von der Staatengemeinschaft bekomme. Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) sprach sich jedoch trotz vieler Proteste von Anfang an gegen die Zahlung in den Fonds aus. (umwelt aktuell 11.2011, S. 11) Er schaffe „ganz bewusst keinen Präzedenzfall, der in immer neue Forderungen mündet, finanzielle Mittel zum Unterlassen von Umweltschädigungen bereitzustellen“, schrieb Niebel in der Tageszeitung Taz zur

Begründung für seine ablehnende Haltung. Trotz des Engagements der Grünen und Protesten der Umweltverbände lehnte die schwarz-gelbe Mehrheit die Anträge der Opposition ab. [tg]

- ▶ www.kurzlink.de/yasuniabgelehnt

Holzhandel

Viel Kritik an Zertifizierung durch Rainforest Alliance

■ Die Glaubwürdigkeit der Umweltorganisation Rainforest Alliance und ihres Zertifizierungssystems Smartwood nimmt nach Einschätzung von Umweltorganisationen immer weiter ab. Nachdem sich Fälle von falschen Bewertungen häuften, gerät auch der Forest Stewardship Council (FSC) in Bedrängnis. Er habe Smartwood unzureichend kontrolliert, berichtete die Organisation Pro Regenwald.

Durch eine Produktkettenzertifizierung will der FSC den Weg der Hölzer zwischen Wald und Endkunden über Verarbeitung und Handel kontrollieren. Das Smartwood-Zertifikat können Unternehmen erhalten, die unter anderem illegal geschlagene Hölzer ausschließen und die Menschenrechte achten. Doch die Zertifikate garantieren offenbar nicht immer, dass die Regeln auch befolgt werden.

Bei einer Razzia der US-Naturschutzbehörde bei dem von der Rainforest Alliance zertifizierten Gitarrenhersteller Gibson wegen des Verdachts auf Einsatz illegaler Hölzer kam heraus, dass Gibson Guitars die Umweltorganisation finanziell sowie mit Spenden teurer Gitarren unterstützt. Außerdem hatte die Alliance einen Auftrag zur Beratung des Gitarrenbauers angenommen, den sie aber gleichzeitig kontrollieren sollte. Bis 2009 saß der Vorstandschef von Gibson auch im Vorstand der Rainforest Alliance. Zurzeit wird untersucht, ob Gibson Guitars zu Unrecht zertifiziert ist und gegen das US-Waldgesetz, den Lacey Act, verstoßen hat. [tg]

- ▶ www.pro-regenwald.de/news/2011/10/11

Bolivien

Indigene verhindern Straße durch Nationalpark

■ Proteste von Ureinwohnern in Bolivien haben Staatspräsident Evo Morales gezwungen, den umstrittenen Bau einer Schnellstraße durch den Tipnis-Nationalpark definitiv einzustellen. Morales, der 2006 als erster Indigener das höchste Staatsamt in dem Andenstaat übernahm, kehrte mit der Entscheidung zu seinem Wahlspruch „regieren und dem Volk gehorchen“ zurück. Bis dahin hatte der linksgerichtete Präsident eisern an dem Straßenbauvorhaben festgehalten. Es sollte zum großen Teil mit einem Kredit von Brasiliens Entwicklungsbank finanziert werden.

Die Indigenen hatten Mitte August einen Marsch in die Hauptstadt begonnen, um gegen die Straßenverbindung zu protestieren, die ihr Land durchschnitten hätte. Ende September ging die Polizei gewaltsam gegen die zunehmende Zahl von friedlichen Demonstranten vor. Im Oktober wurden die Protestierenden in La Paz empfangen und gefeiert.

Die Ureinwohner halten Morales vor, seine Umweltziele verraten zu haben. Der Staatschef war auch international als Verteidiger der Natur und der indigenen Völker aufgetreten. Morales schlug nun ein Tipnis-Schutzgesetz vor, das eine Klausel enthalten soll, die die Landnahme durch Außenstehende verbietet. Das zielt auf die Kokabauern ab, die den Anbau bis in lokale Naturschutzgebiete hinein ausgedehnt haben. Morales steht allerdings weiterhin an der Spitze von Kokabauernverbänden. [IPS, mb]

- ▶ www.womblog.de/tag/tipnis
- ▶ www.womblog.de/category/bolivien

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de (Rundbriefe)

KLIMA & ENERGIE

Klimawandel**Klimaskeptiker bestätigen Erwärmung**

■ Ausgerechnet eine von Klimawandelskeptikern mitfinanzierte Studie hat im Oktober bestätigt, dass die Temperaturen seit den 1950er-Jahren um durchschnittlich ein Grad gestiegen sind. Die Wissenschaftler werteten fünfmal mehr Daten als in vorausgegangenen Studien aus. Sie berücksichtigten auch die unterschiedliche Qualität der Wetterdaten und Messungen aus städtischen und ländlichen Gebieten. Klimaskeptiker hatten frühere Studien dafür kritisiert, dass die Daten dafür aus Städten stammten, wo die Temperaturen ohnehin höher sind. Sie hatten den Temperaturanstieg allein auf die Ausweitung von Städten zurückgeführt. Doch statt den Klimawandel zu widerlegen, bestätigten die Daten die bisherigen Erkenntnisse zur Erderwärmung. [tg]

► www.berkeleyearth.org

Klimaschutz**Europäer bangen ums Klima**

■ Im November hat die Europäische Kommission die Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage zum Klimaschutz veröffentlicht. Europaweit wurden über 26.000 BürgerInnen zu ihren Einschätzungen zum Klimawandel und zu Handlungsmöglichkeiten befragt. Generell schätzen die Befragten den Klimawandel als das zweitgrößte Problem der Menschheit ein – nach dem Komplex Armut, Hunger und Trinkwasserknappheit. Laut Umfrage sind die EuropäerInnen heute noch besorgter über den Klimawandel als 2009.

Trotz dieser ernsten Einschätzung sind die BürgerInnen optimistisch, dass Europa bis 2050 eine klimafreundliche und kohlenstoffarme Wirtschaftsregion werden

kann. Allerdings sehen sie die Verantwortung hauptsächlich bei nationalen Behörden, der EU und der Wirtschaft. Nur ein Fünftel der Befragten sieht sich auch selbst in der Verantwortung, für den Klimaschutz aktiv zu werden. Mülltrennung und Recycling sind die häufigsten Maßnahmen, die europäische BürgerInnen im Sinne des Klimaschutzes durchführen.

Gleichzeitig veröffentlichte das US-Energieministerium einen alarmierenden Bericht zur globalen Treibhausgasentwicklung. Danach wurden 2010 weltweit sechs Prozent mehr CO₂ ausgestoßen als im Vorjahr. Das übertrifft sogar das Worst-Case-Szenario des Weltklimarats IPCC von 2007. [ej]

► Eurobarometer (engl.): www.kurzlink.de/umf

Klimaanpassung**Globaler Klimafonds füllt sich**

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat Ende Oktober in einer Resolution verlangt, dass die EU jährlich 30 Milliarden Euro für Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen in ärmeren Ländern bereitstellt. Dies solle Teil der Verhandlungsposition für die UN-Klimakonferenz in Durban (Südafrika) Anfang Dezember sein. Die Industrienationen hatten sich verpflichtet, ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar in einen Klimafonds einzuzahlen. Die EU hat bereits 7,2 Milliarden Euro für die Jahre 2010 bis 2012 versprochen. Zu fast zwei Dritteln wurden die Zusagen bislang erfüllt. Der Beitrag für 2010 und 2011 liegt mit 2,34 Milliarden Euro nur knapp unter den Zielvorgaben. Die Entwicklungsorganisation Oxfam kritisierte jedoch, dass viele Gelder nur aus der Entwicklungshilfe umgewidmet worden seien.

In seiner Resolution fordert der Umweltausschuss weiter, dass die EU ohne Vorbedingungen öffentlich und unwiderruflich eine zweite Kyoto-Verpflichtungsperiode unterstützt. Die Abgeordneten bekräftigten ihre Forderungen nach einer Erhöhung des EU-Klimaziels und einer Einbeziehung des Luftverkehrs in den

Emissionshandel ab Januar 2012. Umweltgruppen begrüßten die Abstimmung im Umweltausschuss als wichtiges Zeichen für die Klimaverhandlungen. [sl]

► Germanwatch, Geschäftsführung, Christoph Bals, Bonn, Tel. +49 (0)228/ 60492-17, E-Mail: bals@germanwatch.org, www.germanwatch.org

EU-Emissionshandel**Viel Profit, wenig Klimaschutz**

■ Unternehmen der Stahl-, Zement- und Chemiebranche machen in Deutschland mit dem europäischen Emissionshandel ein Millionengeschäft. Das ergibt sich aus einer Studie der britischen Sandbag Climate Campaign, die im November in Berlin veröffentlicht wurde. Statt ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren, missbrauchten Teile der Industrie den Emissionshandel als profitable Einnahmequelle, so das Resultat der Untersuchung. Grund dafür seien Millionen kostenloser und überschüssiger CO₂-Zertifikate, mit denen die Bundesregierung ab 2008 die Unternehmen in der zweiten Handelsperiode des Emissionshandels ausgestattet habe. Die zehn größten Profiteure des EU-Emissionshandels in Deutschland haben laut Studie bisher rund 60 Millionen überschüssige CO₂-Zertifikate im Wert von geschätzten 800 Millionen Euro angehäuft. Unter anderem profitierten die Stahlunternehmen ThyssenKrupp und Salzgitter AG, der Zementhersteller Lhoist und der Chemiekonzern BASF von den laxen Regelungen.

„Die Ergebnisse zeigen, dass Behauptungen aus der Stahlindustrie, der Emissionshandel gefährde den Wirtschaftsstandort Deutschland, weit überzogen sind“, sagte Jan Burck von Germanwatch. „Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass künftig deutlich weniger Zertifikate verteilt werden“, forderte Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND. Die Umweltschutzorganisationen forderten, dass die EU ihr CO₂-Minderungsziel für 2020 von 20 auf mindestens 30 Prozent anhebt. [sl]

► Studie: www.bund.net/?14285

Energiedienstleistungen

FDP-Minister hält nichts von neuen Märkten

■ Auch nach einem informellen Treffen zwischen Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) Ende Oktober steht eine Einigung zur EU-Energieeffizienzrichtlinie weiterhin aus. Streitpunkt zwischen den Ministerien ist Artikel 6 der Richtlinie. Er soll einen Markt für Energiedienstleistungen schaffen. Das Wirtschaftsministerium will ihn ersatzlos streichen.

Bei dem Anreizsystem handelt es sich um das Herzstück der Richtlinie, das nach Ansicht von Experten die höchsten Energieeinsparungen und starke Wirtschaftsimpulse bringen würde.

Die Idee: Energieversorger erhalten einen Effizienzauftrag. Sie müssen Angebote machen, mit denen Haushalte und Wirtschaft Energie sparen. Sie sollen Verbraucher dabei unterstützen, alte Kühlschränke oder undichte Fenster auszutauschen, und Unternehmen helfen, Effizienzpotenziale bei Anlagen und Prozessen zu erschließen. Die Größe des Effizienzauftrags entspricht 1,5 Prozent der Energiemenge, die im Vorjahr verkauft wurde. Das System existiert bereits in mehreren EU-Staaten, darunter Italien, Dänemark, Frankreich und Großbritannien.

NABU-Präsident Olaf Tschimpke kritisierte die Blockade des Wirtschaftsministeriums scharf: „Ausgerechnet der deutsche Wirtschaftsminister torpediert das Instrument, das erstmals einen Markt für Energieeffizienz schaffen würde.“ Rösler verhindere damit, dass VerbraucherInnen und Wirtschaft von Kosten durch Energieimporte von bis zu 50 Milliarden Euro jährlich entlastet würden.

Unterdessen hat die polnische EU-Ratspräsidentschaft erste Vorschläge für eine Positionierung der Mitgliedstaaten unterbreitet. So sollen Energieversorger, die nicht mehr als 200 Gigawatt jährlich verkaufen und unter 50 Angestellte haben, vom Effizienz-Auftrag ausgenommen werden. Auch an anderen Stellen wollen die Mitgliedstaaten schwächere Vorgaben. Die

Sanierungsquote von drei Prozent soll sich nicht auf alle öffentlichen Gebäude, sondern nur noch auf zentrale Regierungsgebäude beziehen.

Impulse für mehr Energieeffizienz könnten aus dem EU-Parlament kommen. Claude Turmes, Berichterstatter für den Industrieausschuss, tritt dafür ein, dass Staaten nicht nur öffentliche Gebäude sanieren, sondern im gesamten Gebäudebestand Energie sparen. Bis 2050 soll dort der Energieverbrauch um 80 Prozent gegenüber 2010 sinken. Dabei sollen die EU-Länder Sorge tragen, dass Mietern keine finanziellen Nachteile entstehen und Kommunen bei der Sanierung unterstützt werden.

Auch verbindliche Energiesparziele sollen nach Ansicht von Turmes früher kommen. Die EU-Kommission hatte verbindliche Vorgaben immer wieder hinausgezögert und zuletzt davon abgesehen, diese vorzuschlagen. Erst 2014 soll geprüft werden, ob die Mitgliedstaaten auf dem richtigen Weg sind, um gegebenenfalls nachzubessern. Eine endgültige Einigung zwischen EU-Ministerrat und EU-Parlament ist für 2012 vorgesehen. 2013 würde die Umsetzung in Deutschland folgen. [sl]

► DNR, EU-Koordination, Stefanie Langkamp, Berlin, Tel. +49 (0)30/ 6781775-79, E-Mail: stefanie.langkamp@dnr.de, www.eu-koordination.de

Energienetze

Beschleunigungspaket

■ Die EU-Kommission hat Mitte Oktober ihr Infrastrukturpaket zu Energie, Verkehr und Telekommunikation vorgelegt. Darin will sie die Verfahren für den Ausbau von Energienetzen von „gemeinsamem Interesse“ auf maximal drei Jahre begrenzen und diese Netze mit 9,1 Milliarden Euro fördern.

Das Paket, das den Titel Connecting Europe trägt, soll zur Vollendung des Binnenmarkts beitragen. Damit ein Ausbauprojekt von „gemeinsamem Interesse“ ist, muss es laut EU-Kommission wirtschaftlich, sozial und ökologisch tragfähig sein und mindestens zwei EU-Mitgliedstaaten

Unerträgliches Nichtstun

Einen sonderbaren Gegensatz von Erkenntnis und Handeln in der Klimapolitik sieht Frank Schwabe von der SPD.

Es ist absurd. Das Jahr 2010 war das wärmste seit der Temperaturmessung. Der aktuelle IPCC-Bericht zeigt die schon jetzt unabwendbaren dramatischen Auswirkungen des Klimawandels in allen Teilen der Welt. Gleichzeitig war 2010 das Jahr mit dem höchsten Anstieg von Treibhausgasen überhaupt. Doch das Thema scheint in der Tagesordnung auf sonderbare Weise nach hinten gerutscht zu sein. Man könnte meinen, dass sich die Lobbys durchgesetzt haben, dass Klimapolitik für Medien und Öffentlichkeit zu langweilig geworden ist.

Es ist unerträglich, dass wir alle immer auf die anderen zeigen und damit Nichtstun rechtfertigen, trotz der dramatischen Prognosen. Ja, es sind die USA, es ist China, es ist Polen innerhalb der Europäischen Union. Alles richtig. Aber auch in Deutschland spielt Klimaschutz für alle Parteien wieder eine untergeordnete Rolle, kurzfristige Wirtschaftsinteressen setzen sich zunehmend durch. Der Untergang ganzer Industrien wird beschworen, obwohl die Zahlen Gegenteiliges sagen. Das deutsche 40-Prozent-Ziel zur Treibhausgaseinsparung wird weder durch klare Maßnahmen noch durch ein Klimaschutzgesetz untermauert. Das 30-Prozent-Ziel in der EU scheidet nicht an Tschechien oder Polen, sondern am mangelnden Willen Deutschlands und dem Trommelfeuer aus Wirtschaftsverbänden wie dem BDI. Der Emissionshandel und das Erneuerbare-Energien-Gesetz werden für wirtschaftlichen Niedergang verantwortlich gemacht. Das Gegenteil ist der Fall. Und nicht genug: Deutschland erdreistet sich, das ohnehin nicht verbindliche EU-Effizienzziel zu torpedieren.

Nein, das Problem sind nicht China und die USA, Indien, Brasilien oder Saudi-Arabien. Das Problem ist, dass sich alle hinter allen verstecken. Und Deutschland mischt dabei mit, ganz kräftig.

Frank Schwabe ist Klimaschutzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 22777646,
www.frank-schwabe.de**

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

Spannungsgeladen

Die Zukunft der
Energieversorgung



Weltweit stehen die Zeichen auf einer Vollversorgung durch erneuerbare Energien – umstritten ist allein, wie und bis wann Energiewende umgesetzt werden soll. Die Lösung des Klima- und Ressourcenproblems erfordert nicht nur, den immensen Schatz von Effizienz und Suffizienz zu heben, sondern auch einen Mentalitätswechsel hin zu einer Gesellschaft, die mit weniger Energie auskommt und doch besser lebt, weil sie den Wohlstand gerechter verteilt. Die Autor(innen) der *politischen ökologie* diskutieren, wie eine zukunftsfähige, sichere und bezahlbare Energieversorgung aussehen kann und klären, wie Nutzungskonflikte zu überwinden sind.

Mit Beiträgen von F. Uekötter, I. Scheer-Pontenagel, B. Janzing, W. Schluchter, G. Hübner, H. Welzer, M. Hänggi, u.v.m.



Spannungsgeladen
politische ökologie (Band 126)
144 Seiten, 16,90 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-230-8

Erhältlich bei
www.oekom.de, kontakt@oekom.de

oekom
verlag

einbeziehen. BürgerInnen sollen schon einbezogen werden, bevor die formellen Genehmigungsanträge eingehen.

Das Einhalten von Umweltnormen, insbesondere der Natura-2000-Vorschriften, soll durch Umweltverträglichkeitsprüfungen gewährleistet werden. Energietrassen sollen trotz negativer Auswirkungen auf die Umwelt gebaut werden dürfen, wenn ein „übergeordnetes öffentliches Interesse“ besteht. Ursprünglich sollte es eine Liste von Fällen geben, in denen die Umweltvorschriften automatisch ausgehebelt würden. Nach Informationen der Agentur ENDS Europe wurde die Regelung erst am Tag vor Veröffentlichung der Vorschläge nach einem Treffen von EU-Energiekommissar Günther Oettinger mit EU-Umweltkommissar Janez Potočnik geändert.

Die NaturFreunde Deutschlands kritisierten den Entwurf der Kommission dennoch scharf. Die Vorschläge würden massiv in die Beteiligungsrechte von Naturschutzverbänden und Bürgern eingreifen, sagte Uwe Hixsch vom Bundesvorstand des Verbandes. Außerdem sollten einseitig zentralistische Großprojekte gefördert werden, die eine dezentrale Energieerzeugungsstruktur ausbremsen. Die Bundesregierung dürfe dem nicht zuzustimmen.

Die Europäischen Grünen kritisierten, dass die Vorschläge der Kommission weiter die Infrastruktur für fossile Energieträger in den Mittelpunkt stellten. Für Gasleitungen gebe es mehr Geld und schwächere Auswahlkriterien als für erneuerbare Energien. Oettinger orientiere sich weiterhin am Energiemix der Vergangenheit. [am]

► Energy Infrastructure Strategy:
www.kurzlink.de/infras

Erneuerbare Energien

Teuer? Nein, günstig!

■ Der deutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), das wissenschaftliche Beratungsgremium der Bundesregierung in Umweltangelegenheiten, hat im November massive Kritik an den von der EU-Kommission veröffentlichten Berech-

nungen für die geplante Energy Roadmap 2050 geübt. Darin hatte die Kommission für das Szenario mit dem höchsten Anteil an erneuerbaren Energien sehr hohe Kosten veranschlagt, während alle anderen Szenarien günstiger erscheinen. Der SRU legte eine erweiterte Fassung seines Sondergutachtens „Wege zur 100 % erneuerbaren Stromversorgung“ mit Einzelberechnungen für 36 Länder Europas und Nordafrikas vor. Danach ist eine vollständig regenerative Stromversorgung bis 2050 schon zu Durchschnittskosten von 65 Euro pro Megawattstunde erreichbar.

„Damit werden die erneuerbaren Energien auch europaweit der kostengünstigste Energieträger“, sagte der Energieökonom Olav Hohmeyer vom SRU. Die EU-Kommission unterschätze systematisch das Potenzial der erneuerbaren Energien für eine kostengünstige und nachhaltige Stromversorgung. „Der Kostenpessimismus der Europäischen Kommission ist fachlich nicht nachvollziehbar“, kritisierte Hohmeyer. Überzogene Kostenprognosen behinderten die politische Akzeptanz für den Ausbau der erneuerbaren Energien in der EU.

Der SRU empfahl der Europäischen Union, verbindliche Ausbauziele für Erneuerbare bis 2030 zu formulieren und den Ausbau der europäischen Stromnetze systematisch auf den wachsenden Bedarf dieser Energien auszurichten. [UWD, sl, mb]

► Gutachten: www.kurzlink.de/srueng

EU-Energiesteuerrichtlinie

Gegen Dieselsteuererhöhung

■ Der Berichterstatter im Europäischen Parlament zur Energiesteuerrichtlinie Béla Kovács hat sich gegen Teile der geplanten Revision der Richtlinie gestellt. Der Bericht des ungarischen Politikers von der rechts-extremen Jobbik-Partei wurde Mitte Oktober im Industriesausschuss diskutiert.

Nach Ansicht von Kovács haben eine Preiserhöhung und Angleichung der Steuersätze von Diesel und Benzin negative Effekte auf die Gesellschaft. Daher müssten die Steuern unterschiedlich bleiben. Die

EU-Kommission will mit ihrer geplanten Steuerreform die Steuersätze von Diesel und Benzin schrittweise bis 2018 angleichen. Dies, so Kovács, könne die Steuer in vielen Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, wesentlich erhöhen. Außerdem befürchtet der ungarische Abgeordnete, dass eine Abschaffung von Steuererleichterungen für die Land- und Forstwirtschaft diesen Sektoren schadet. [rd]

► Kovács-Bericht: www.kurzlink.de/kovac

Erdölknappheit

Erste Länderstudie zu Peak Oil

■ Die Grünen haben erstmals eine Studie für ein Bundesland vorgelegt, die die Auswirkungen von Peak Oil, dem weltweiten Erdölfördermaximum, untersucht. Das Land Sachsen sei auf steigende Erdölpreise nicht vorbereitet, so das Fazit der im November vorgestellten Untersuchung des Hamburger Postfossil-Instituts. Die Grünen kritisierten, die bevorstehenden starken Preiserhöhungen bei Benzin, Diesel und Heizöl würden in den Entscheidungen von Politik und Wirtschaft bisher nicht angemessen berücksichtigt. Sie verlangten eine Handlungsstrategie, um vor allem Öl als Kraftstoff zu ersetzen. Die Autoren möchten die Studie nun zu einer Grundlage für bundesweite Richtlinien erweitern. Nach Berechnungen der Internationalen Energieagentur ist Peak Oil für konventionelle Quellen bereits überschritten. [mb]

► Studie: www.kurzlink.de/peak-oil-sachsen

► Hintergrund: www.peak-oil.com

Atomkraft

Auch Belgien will aussteigen

■ Die belgische Regierung hat im Oktober beschlossen, aus der Atomkraft auszuweichen. Bis zum Jahr 2015 sollen drei der sieben Reaktoren im Land abgeschaltet werden. Die restlichen vier Reaktoren der Kraftwerke Tihange und Doel sollen noch

bis mindestens 2025 in Betrieb bleiben.

In Belgien liefern sieben Atomreaktoren 50 Prozent des Stroms. Ein Ausstiegsgesetz gibt es zwar schon seit 2003, im Jahr 2009 wurde allerdings eine Laufzeitverlängerung bis 2025 beschlossen.

Der neue Regierungsbeschluss beschleunigt nun den Ausstieg aus der Atomenergie. In Zukunft will das Land stärker auf Windenergie setzen. Die Energiewende soll von den AKW-Betreibern über höhere Abgaben finanziert werden. [UWD, sl]

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Verbraucherrechte

Neues EU-Programm

■ Die EU-Kommission hat im November die neuen Gesundheits- und Verbraucherprogramme für die Jahre 2014 bis 2020 vorgestellt. Dafür will sie insgesamt 643 Millionen Euro ausgeben. Ziel des Gesundheitsprogramms ist es unter anderem, bei der Bekämpfung seltener Krankheiten zu kooperieren und die Folgenabschätzung im Gesundheitswesen zu fördern. Die neuen Programme sind Teil des mehrjährigen Finanzrahmens der EU 2014–2020, den die Kommission im Juni angekündigt hatte. Die Vorschläge werden nun in EU-Parlament und Ministerrat diskutiert. [mbu]

► www.kurzlink.de/MEMO/11/764

Lebensmittelinformation I

Schnelles EU-Warnsystem

■ Das EU-System zum schnellen Austausch von Informationen über Gefahren durch Lebens- und Futtermittel (RASFF) hat 2011 mehr Meldungen verschickt als 2009. Laut Jahresbericht stieg die Zahl um acht Prozent auf mehr als 8.500. Zu den häufigsten Gefahren zählten krankheitserregende Mikroorganismen, Pestizidrückstände, Schwermetalle und Verstöße bei

Lebensmittelzusatzstoffen. EU-Verbraucherkommissar John Dalli lobte die Wirksamkeit des Schnellwarnsystems. [mbu]

► RASFF: www.kurzlink.de/rasff-warnsystem

Lebensmittelinformation II

Öffentliche Warnungen

■ Seit dem vergangenen Herbst können sich VerbraucherInnen auf der Website www.lebensmittelwarnung.de über möglicherweise gesundheitsgefährdende Produkte informieren. Die Lebensmittelkontrollbehörden der Länder veröffentlichen dort ihre Warnungen und Rückrufe. Die Verbraucher-Initiative sieht vor allem die Bündelung der Warnungen und Rückrufe als positiven Ansatz. Bisher hätten die zuständigen Landesbehörden eher im Verborgenen gearbeitet. Für die Verbraucher habe das Portal allerdings wenig konkreten Nutzen. Geht es darum, ein schädliches Produkt aus dem Regal zu nehmen, ist nach wie vor der Handel in der Pflicht. [mbu]

► www.lebensmittelwarnung.de

► www.verbraucher.org

Lebensmittelkontrolle

Bessere Infos über Antibiotika

■ Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) hat angekündigt, den Kontrollbehörden der Länder Daten über den Verbrauch von Antibiotika und die Abgabemengen an Tierärzte zu liefern. Vor allem in der Geflügelhaltung werden die Medikamente häufiger eingesetzt als bisher bekannt. Nach ARD-Recherchen sollen mehr als 80 Prozent der Tiere Antibiotika erhalten haben. Teilweise seien bis zu acht verschiedene bakterientötende Wirkstoffe ins Futter gemischt worden. Schon geringe Rückstände von Antibiotika in Lebensmitteln begünstigen die Verbreitung von resistenten Keimen. [mbu]

► www.bmelv.de

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für
ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 160

Energiewende: Postfossiler Ökolandbau

- **Energieverbrauch: sparsamer durch reduzierte Bodenarbeit**
- **Arbeitspferde: eine zukunftsweisende Alternative**
- **EEG-Novelle – ausreichend umgesetzt?**

Themen in Heft 160

aus Forschung, Praxis und Beratung

■ **Züchtungsmethoden: „Tilling“ im Ökolandbau?**

■ **Spekulation auf dem Agrarmarkt**

■ **Der Biolandbau und seine Kritiker**

■ **Agroforstwirtschaft als Zukunftsmodell**

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
(zwei Ausgaben für nur 13,30 Euro) bei:
oekolandbau@oekom.de oder +49 / (0)89 / 54 41 84-25

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schwesfurth-Stiftung

Kennzeichnung

Verwirrte Fischkunden

■ Greenpeace kritisiert die mangelnde Kennzeichnung von Fischereiprodukten in deutschen Supermärkten. Die Organisation hat untersucht, ob auf Verpackungen ausreichende Angaben über Inhalt, Fanggebiet, Fangmethode und Produktweg gemacht werden. 40 Prozent der Fischereiprodukte sind demnach unzureichend gekennzeichnet, weil essenzielle Informationen wie das genaue Fanggebiet oder die Fangmethode fehlen. Auf jedem zehnten Produkt steht überhaupt nur der Name. Für die Studie wurde das Sortiment von 15 Einzelhandelsunternehmen untersucht, darunter alle großen Supermarktketten. Greenpeace sieht die Ergebnisse als Zeichen, dass die Selbstverpflichtung der deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels zur vollständigen Kennzeichnung aller Fischereiprodukte bis 2010 noch nicht erfüllt ist. [am]

- ▶ Greenpeace-Test 2011 (PDF, 7 MB):
www.kurzlink.de/kennz-fisch-102011gp

Honig und Genmais

EFSA winkt Genpollen durch

■ Die für die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen zuständige EU-Lebensmittelbehörde EFSA hat die Pollen des Genmaises MON 810 als sicher bewertet. Sowohl im Honig als auch in Reinform soll der Pollen genauso sicher sein wie Pollen von konventionellem Mais. Das Gentechnikgremium der EFSA hält eine Gefährdung durch den Genpollen für unwahrscheinlich, weil es den Genmais bereits früher als sicher bewertet hat. Anlass für die Empfehlung der EFSA ist das EuGH-Urteil zu Honig im September. Das Gericht hatte geurteilt, dass Genpollen im Honig eine Lebensmittelzulassung brauchen, sonst dürfe der Honig nicht vermarktet werden. MON 810 ist zwar zum Anbau und als verarbeitetes Lebensmittel zugelassen, sein Pollen allerdings nicht. [mbu]

- ▶ www.efsa.europa.eu/en/press/news/111024.htm
- ▶ www.kurzlink.de/eu-koord-news-1038

Gentechnik-Kartoffeln

BASF will Genfood servieren

■ Der Chemiekonzern BASF hat Ende Oktober die Zulassung einer neuen Kartoffelsorte in der EU beantragt, die gentechnisch verändert ist. Die Sorte mit dem Namen Fortuna ist auch für die Weiterverarbeitung zu Pommes frites vorgesehen.

Die Kartoffel enthält ein Resistenzgen gegen die Kraut- und Knollenfäule, wodurch Ernteverluste vermieden werden sollen. Neben der Sorte Amflora, die in der EU zur industriellen Stärkeherstellung verwendet werden kann, wäre Fortuna die zweite Gentechnikkartoffel der BASF. Offen ist, ob sie einen Markt finden würde, sofern sie genehmigt wird. Nach wie vor lehnt die Mehrheit der europäischen VerbraucherInnen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ab. [mbu]

- ▶ Hintergrund Gentechnikkartoffel:
www.kurzlink.de/genkartoffel-basics
- ▶ BASF: www.basf.com

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Sortenschutzrecht

Bauern fordern Saatgutfonds

■ Das EU-Sortenschutzrecht und die Saatgutnachbauregelung sollen in Brüssel hinter verschlossenen Türen reformiert werden. Das befürchtet die Interessengemeinschaft Nachbau (IGN), ein Bündnis aus konventionellen und Biobauern. Züchter würden dabei mehr und Landwirte weniger Rechte erhalten. Weil Saatgutzüchtung eine Aufgabe der Gesellschaft sei, fordern die Bauern einen Saatgutfonds, in den der Staat, Züchter, Bauern und Handel einzahlen sollen. Für welche Züchtungsprojekte Geld ausgegeben wird, soll dann demokratisch entschieden werden. [mbu]

- ▶ www.ig-nachbau.de

Gentechnik weltweit**Versprochen, gebrochen**

■ Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen hat weder die Lebensmittelsicherheit erhöht noch den weltweiten Hunger beseitigt oder den Pestizideinsatz verringert. Das geht aus einem gemeinsamen Bericht von 20 Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen aus Asien, Afrika, Amerika, Australien und Europa hervor. Darin werden falsche Versprechen der Gentechnikindustrie und Fehlentwicklungen beschrieben. Statt mehr und bessere Lebensmittel zu liefern, habe die Agrogentechnik die Lebensgrundlage zahlreicher Landwirte und die Biodiversität zerstört. [mbu]

► Internationale Studie (engl., PDF, 250 S., 9 MB):
www.kurzlink.de/gentechnikfolgen.pdf

Patente auf Leben**Sind Tomaten eine Erfindung?**

■ Das Europäische Patentamt (EPA) in München hat im November die Entscheidung über das sogenannte Tomatenpatent verurteilt. Dabei geht es um die Grundsatzfrage, ob Pflanzen und Tiere patentiert werden dürfen.

Nun soll die Große Beschwerdekammer des EPA festlegen, ob Tomatenpflanzen und Tomaten, die durch traditionelle Züchtungsmethoden gewonnen wurden, patentierbar sind. Das Bündnis „Keine Patente auf Saatgut“ lobte diesen Schritt. „Das Europäische Patentamt hat die Notbremse gezogen“, sagte der Sprecher des Bündnisses, Christoph Then. Der Protest sei erfolgreich gewesen. Allerdings müsse das EPA künftig durch Gerichte und die Politik kontrolliert werden, forderte Then. Kritiker der gängigen Praxis befürchten, dass das Patentrecht dazu missbraucht wird, um die Grundlagen der Ernährung zu monopolisieren.

Der Lebensmittelkonzern Unilever hatte gegen das Tomatenpatent Beschwerde eingelegt, woraufhin die Große Beschwerdekammer vergangenes Jahr entschied, dass Patente auf Züchtungsverfahren

Lebensmittelverschwendung in aller Munde

Mit Appellen an die VerbraucherInnen allein macht es sich die Politik zu einfach. Die Wegwerfgesellschaft ist bereits in der Struktur der europäischen Agrarpolitik angelegt, sagt Stig Tanzmann vom Evangelischen Entwicklungsdienst.

Der Film „Taste the Waste“ von Valentin Thurn hat viele Menschen aufgerüttelt und auch die Politik geweckt. Alle scheinen sich einig zu sein: Lebensmittelverschwendung ist ein riesiges Problem und es muss dringend gehandelt werden. Doch betrachtet man die bisherigen politischen Aktivitäten, fällt das Ergebnis ernüchternd aus. Bis auf eine Diskussion um das Mindesthaltbarkeitsdatum und Schuldzuweisungen an die Verbraucherinnen und Verbraucher hat sich wenig getan.

Vordergründig ist alles ganz einfach: Die Verbraucher müssen ihr Verhalten ändern, und da dies die Sache eines jeden selbst ist, scheinen der Politik mehr oder minder die Hände gebunden zu sein. Wahrscheinlich ist das der Grund, warum sich die Politik und besonders das Bundeslandwirtschaftsministerium des Themas in den Medien immer wieder intensiv annehmen. Es können warme Appelle an die Verbraucher gerichtet und Aktionen versprochen werden, die zu keinem Ergebnis kommen, denn es sind ja die Verbraucher, die sich ändern müssen, nicht die Politik.

Damit nicht genug, wird die Debatte um Lebensmittelverschwendung immer wieder benutzt, um den Mythos zu befeuern, dass Europa mit seinen Agrarexporten die Welt ernähren könne oder gar müsse. Schließlich würde das, was wir nicht essen oder was wir wegwerfen, ausreichen, um die Hungernden zu ernähren. Was aber geschieht, wenn Europa seine „Reste“ exportiert, zeigt beispielsweise der Evangelische Entwicklungsdienst seit Jahren in seiner Arbeit zu den EU-Exporten von Geflügelfleischresten nach Westafrika: Statt Hunger und Armut zu reduzieren, wird dort die eigene Tierhaltung geschädigt oder zerstört. Damit sind wir beim eigentlichen Kernthema, von dem die offiziellen Beiträge bisher ablenken: Es ist die europäische Agrarpolitik mit ihrer Exportorientierung, die das System der Lebensmittelverschwendung erst möglich macht. Deshalb muss die Diskussion um die EU-Agrarreform offensiv mit dem Blick auf Verschwendung und Überproduktion bei gleichzeitig wachsendem Hunger auf der Welt geführt wer-

den. Der Mythos vom Europa, das die Welt ernähren muss, ist auch aus einem zweiten Grund falsch: Der Hunger kann nur dort bekämpft werden, wo er herrscht. Die BäuerInnen des Südens müssen wieder in die Lage versetzt werden, die Bevölkerung ihrer Länder zu ernähren. Dazu müssen sie einerseits gefördert und andererseits vor den künstlich verbilligten Exporten unter anderem aus der EU geschützt werden.

Europa wiederum muss sich fragen: Wieso sind Lebensmittel so billig und so beliebig, dass sie ohne Weiteres weggeworfen werden können? Landwirtschaftliche Produkte und landwirtschaftliche Arbeit sind in den letzten Jahren durch die Weltmarkt- und Exportorientierung der Agrarpolitik gezielt und zulasten der Bäuerinnen und Bauern entwertet worden. Nur wenn sich die EU-Agrarpolitik ändert, nur wenn die VerbraucherInnen endlich fragen, wofür in der EU jährlich 57 Milliarden an Agrarsubventionen ausgegeben werden, und sich in die Reformdebatte einmischen, wird sich an der Verschwendung etwas ändern. Aber dafür müssen die kritischen Verbraucherinnen und Verbraucher bereit sein, die Politik unnachgiebig mit ihrer Verantwortung zu konfrontieren. Es geht um einen globalen Wandel in der Agrarpolitik – und der kann in Europa beginnen.

Es gilt also: Nicht die Lebensmittelverschwendung, sondern die EU-Agrarpolitik muss in aller Munde sein, gerade weil das Thema so sperrig ist. Mit den Großdemonstrationen „Wir haben es satt“ und der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ hat die Zivilgesellschaft begonnen, diesen Weg zu gehen.

Der Agrarwissenschaftler und Biolandwirt Stig Tanzmann ist Referent für Landwirtschaft und Welternährung beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED). Zurzeit lebt er in Berlin und Bonn.

Kontakt: Tel. +49 (0)228 / 8101-2355, E-Mail: stig.tanzmann@eed.de, www.eed.de, www.meine-landwirtschaft.de

nicht zulässig sind. Am 8. November ging es darum, ob das Erzeugnis, das durch das Verfahren entsteht, patentierbar ist. Konkret ging es um eine Tomate, die einen geringeren Wassergehalt aufweist und damit besser zu Ketchup verarbeitet werden kann. Patentinhaber ist das israelische Landwirtschaftsministerium. [mbu]

- ▶ Bündnis „Keine Patente auf Saatgut“: www.no-patents-on-seeds.org/de
- ▶ Europäisches Patentamt: www.epo.org/index_de

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Biologische Vielfalt

UN-Dekade eröffnet

■ Im November hat Bundesumweltminister Norbert Röttgen die UN-Dekade Biologische Vielfalt eröffnet. Hintergrund ist ein Aufruf der Generalversammlung der Vereinten Nationen, im Jahrzehnt von 2011 bis 2020 den Rückgang der biologischen Vielfalt aufzuhalten. Weltweit sind die Staaten, aber auch Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, sich für die Natur einzusetzen. Es lohne sich ökologisch und ökonomisch, in die Erhaltung der biologischen Vielfalt zu investieren, sagte Röttgen. Mit dem neuen „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ sollen Projekte gefördert werden, die die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt umsetzen. Pro Jahr sind dafür 15 Millionen Euro vorgesehen.

Große deutsche Umweltverbände forderten die Bundesregierung auf, ihren Versprechen auch Taten folgen zu lassen. Biodiversitätsschutz müsse zum Daueranliegen der gesamten Regierung und damit zur „Chefsache“ werden, erklärten das Forum Umwelt und Entwicklung und die Verbände DNR, NABU, BUND und Deutsche Umwelthilfe in einem gemeinsamen Appell. [mbu]

- ▶ Dekade: www.un-dekade-biologische-vielfalt.de
- ▶ Nationale Strategie: www.biologischesvielfalt.de
- ▶ Verbändeappell: www.kurzlink.de/biodiv-appell

Vogelschutz I

Tausende tote Feldlerchen

■ Ungarische Zöllner haben im November in Nagylak an der Grenze zu Rumänien einen Lkw mit rund 10.000 frisch geschossenen Singvögeln gestoppt. Wie das Komitee gegen den Vogelmord mitteilte, handelte es sich dabei vor allem um Feldlerchen, die in Italien als Delikatesse verkauft werden sollten. Die Vögel waren in Plastiktüten verpackt und beschriftet. Nach Einschätzung eines Sachverständigen waren die Tiere wenige Tage zuvor auf ihrem Zug ins Winterquartier auf dem Balkan mit Schrotgewehren geschossen worden, um sie an italienische Restaurants und Feinkostläden zu verkaufen. Dieser Handel kostet jährlich mehrere Hunderttausend Singvögel das Leben.

Feldlerchen stehen in Deutschland auf der Roten Liste. Allein in dem kontrollierten Lkw befanden sich nach Angaben des Komitees etwa so viele Feldlerchen, wie im gesamten Saarland noch brüten. In den letzten drei Jahrzehnten haben sich die Bestände aufgrund der Intensivierung der Landwirtschaft in Deutschland halbiert.

Der Gesamtwert der beschlagnahmten Schmuggelware wurde von der Polizei auf rund 300.000 Euro geschätzt. Gegen den Fahrer wurde ein Strafverfahren eingeleitet. [mb]

- ▶ Komitee gegen den Vogelmord, Axel Hirschfeld, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 665521, www.komitee.de

Vogelschutz II

Kormoranabschuss verstößt gegen EU-Recht

■ Der Naturschutzbund (NABU) hat die Pläne der Bundesregierung kritisiert, den Kormoranbestand in der EU zu reduzieren. Das sei sinnlos und überflüssig, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke im November in Berlin. Die von Hobbyanglern und Fischereiverbänden gewünschte Halbierung der Bestände diene nicht dem Schutz der Fischarten. Zudem habe

die EU-Kommission einen europäischen Kormoran-Managementplan als nicht zielführend und nicht verhältnismäßig abgelehnt. Nach Ansicht des NABU verstößt ein solcher Plan, der das Ziel hat, die Vogelart zu dezimieren, gegen bestehende Artenschutzbestimmungen. [mbu]

- ▶ NABU, Vogelschutzexperte Dr. Markus Nipkow, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1620, Fax -2000, E-Mail: nabu@nabu.de, www.nabu.de

Naturerbe

Bundeswehrstandorte übertragen

■ Der Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein (LNV) hat dafür plädiert, die Übungsplätze der vom Verteidigungsministerium aufgegebenen Bundeswehrstandorte als Naturerbe zu sichern. Auf den Übungsplätzen leben laut LNV zahlreiche vom Aussterben bedrohte Arten, beispielsweise der Große Perlmutterfalter. Die Landesregierung solle die für den Naturschutz bedeutsamen Flächen sicherstellen und Naturschutzbelangen Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen geben, forderte der LNV. Die freigewordenen Flächen gehören dem Bund. [mbu]

- ▶ www.lnv-sh.de

Bienen

EU-weiter Schutz angemahnt

■ Das Europäische Parlament hat gefordert, mehr in die Erforschung neuer Arzneimittel gegen das europaweite Bienensterben zu investieren. Die Bemühungen, die Bienen zu schützen, müssten koordiniert werden, heißt es weiter in der Resolution der ParlamentarierInnen vom 15. November. Wenn der Bienenbestand weiter abnimmt, könnte das schwerwiegende Folgen für die Lebensmittelproduktion und das ökologische Gleichgewicht in der EU haben.

Rund 84 Prozent der Pflanzenarten und drei Viertel der Lebensmittelproduktion in Europa sind von der Bestäubung durch Bienen abhängig. In den vergangenen Jahren starben aus unterschiedlichen Gründen so viele Bienen, dass diese sich zu einer vom Aussterben bedrohten Art entwickeln. Die Abgeordneten fordern nationale Kontrollsysteme und einheitliche Standards für das Sammeln von Daten, die präziser über aktuelle Gesundheitsprobleme von Bienen informieren und einen besseren Vergleich ermöglichen.

Weil Giftstoffe in der Umwelt, zum Beispiel durch den Einsatz von Pestiziden, die Gesundheit der Bienen schädigen, sollen Landwirte über die Auswirkungen solcher Giftstoffe und einen bienenfreundlichen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln geschult werden. Auch Imker und Tierärzte sollten laut der Resolution weitergebildet werden. [mbu]

► www.kurzlink.de/ep-bienensterben

Zertifikate

IKEA-Holz aus Urwäldern

■ Nach ARD-Recherchen werden Möbel von Ikea auch aus Holz von Bäumen mit einem hohen Erhaltungswert hergestellt. Reporter der Sendung Plusminus berichteten im November, dass die Ikea-Tochter Swedwood in Karelien im Norden Russlands knapp zwei Drittel des dortigen Urwaldes abholzt. Teile des Waldes, in dem es 600 Jahre alte Bäume gibt, wurden vom Forest Stewardship Council (FSC) mit dem Umweltsiegel High Conservative Value Forests (HCVF) zertifiziert. In HCVF-Wäldern ist Kahlschlag verboten. Es darf nur gefällt werden, wenn die Gesamtheit und die Funktion des Waldes erhalten bleibt. Die Organisation Pro Regenwald kritisierte die Zertifizierungspraxis als unökologisch. Ikea will die Vorwürfe prüfen. [mbu]

- www.kurzlink.de/plusminus-karelien
- www.kurzlink.de/proregenwald-karelie

Natur des Jahres 2012

Lärche, Dohle, Hirschkäfer

■ Die Tiere, Pflanzen und Landschaften des Jahres 2012 stehen fest. Ausgewählt werden Naturelemente, die wegen besonderer Eigenschaften oder geringer Vorkommen schützenswert sind. Baum des Jahres 2012 ist die in Deutschland wenig verbreitete Europäische Lärche. Sie ist der einzige heimische Nadelbaum, dessen Nadeln sich im Herbst verfärben und im Winter abfallen. Der Vogel des Jahres ist die Dohle. Dem Singvogel fehlen Nistplätze, und seine Nahrungsgrundlage wird unter anderem durch den großflächigen Anbau von Energiepflanzen immer geringer. Als Insekt des Jahres wurde der Hirschkäfer gewählt. Er ist wegen der Intensivierung der Forstwirtschaft vom Aussterben bedroht, weil in den Wäldern alte und morsche Bäume fehlen. [tg]

► www.nabu.de/naturdesjahres



VISIONÄRSTAGE.

Kommen Sie zur BioFach 2012 und treffen Sie die Macher und Denker der Branche. Informieren Sie sich jetzt und werden Sie Teil der internationalen Biofamilie:

www.biofach.de/vielfalt

BioFach 2012

Mehr als eine Weltleitmesse.

vom 15. – 18.2.2012 in Nürnberg
Zutritt nur für Fachbesucher

Veranstalter

NürnbergMesse
besucherservice@nuernbergmesse.de

Schirmherr

IFOAM

Nationaler Ideeller Träger

BOLW

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft

EU-Budget

Naturschutz zahlt sich aus

■ Der NABU und seine Partnerorganisation BirdLife haben eine sechsseitige Broschüre veröffentlicht, die Empfehlungen für einen zukunftsfähigen EU-Haushalt gibt. Das Faltblatt zeigt, warum es auch wirtschaftlich sinnvoll ist, öffentliche Mittel in den Schutz und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt zu investieren. Der NABU appelliert an alle Beteiligten und Interessierten, sich an der Debatte um den künftigen EU-Haushalt zu beteiligen und dort die Belange der Natur und künftiger Generationen zu vertreten. [mbu]

► www.nabu.de/downloads/EU-Haushalt.pdf

STADT & REGION

Kommunaler Klimaschutz

Beste Stadtrader gekürt

■ Radfahren ist emissionsfrei und schützt dadurch das Klima. An der Aktion Stadtradeln des Klima-Bündnisses beteiligten sich 2011 über 20.000 Radlerinnen und Radler aus 60 Kommunen. Auf ihren Wegen mit

dem Velo ersparten sie der Umwelt fast 600 Tonnen CO₂.

Die meisten Radstrecken wurden in Dresden zurückgelegt: Über 450.000 Kilometer schafften die Elbanwohner. Auf Platz zwei kam Tübingen mit 367.000 Kilometern, gefolgt von Leipzig mit 327.000 Kilometern. Auch VertreterInnen der Kommunalparlamente traten in die Pedale. Hier siegte Rheinberg am Niederrhein vor Moosburg an der Isar und wiederum Leipzig.

Radfahren solle als gleichberechtigtes Verkehrsmittel anerkannt und gefördert werden, sagte der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer. Entscheidend sei die Veränderung des Nutzerverhaltens hin zu klimafreundlicher Alltagsmobilität, erklärte Hans-Theo Mennicken, Bürgermeister der Stadt Rheinberg.

Anmeldungen von Städten und Gemeinden für 2012 nimmt das Klima-Bündnis bereits entgegen. Den Kommunen, die neu in die Radverkehrsförderung einsteigen wollen, empfahl Matthias Klopfer, Oberbürgermeister von Schorndorf bei Stuttgart, im Magazin UmweltBriefe: „Wichtig ist, dass die Verantwortlichen selber Rad fahren.“ [mbu, mb]

► Klima-Bündnis, Stadtradeln, Sabine Morin, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 717139-14, E-Mail: s.morin@klimabuendnis.org, www.stadtradeln.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tiertransporte

„Zuchtrinder“ außer Kontrolle

■ Der Deutsche Tierschutzbund und die Tierschutzorganisation Animals' Angels haben schwere Missstände bei Tiertransporten durch Europa in die Türkei kritisiert. Wie Filmdokumente zeigen, waren auch deutsche Speditionen an tierschutzwidrigen Rindertransporten beteiligt. Nach Angaben des Tierschutzbundes hat die Bundesregierung ein Zertifikat freigegeben, mit dem Transporte deutscher Rinder als „Zuchtrinder“ in die Türkei offiziell erlaubt sind. Der Verband forderte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner auf, dies zu stoppen. „Tierschutzverstöße sind bei den derzeitigen, ungenügenden gesetzlichen Vorgaben und Kontrollen systemimmanent“, sagte der Präsident des Tierschutzbundes, Thomas Schröder. Die Zustände seien seit Anfang 2011 bekannt. Obwohl die EU-Kommission und die Behörden der Herkunftsstaaten und der Türkei informiert worden seien, habe sich bisher nichts geändert. [mb]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-24, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Nachhaltigkeit

A-Z



P wie Pommesschale

Fritten und Knödel kennt jeder. Wie man aber aus der Kartoffel auch eine Verpackung machen kann, zeigt ein Projekt des Ökologischen Bildungszentrums München. Nachwachsende Rohstoffe aus eigenem Anbau können vielseitig eingesetzt werden – dafür gibt es zahlreiche Hintergrundinfos. Die Dokumentation hilft Umweltbildnern und interessierten Pädagogen, greifbare Konzepte für DAS Zukunftsthema zu entwickeln.

Ökologisches Bildungszentrum München, M. Ehrlinger, F. Feuss (Hrsg.)
Nachwachsende Rohstoffe als Bildungsthema
 Ansätze für die Praxis

164 Seiten, broschiert, mit z.T. farbigen Abbildungen, 24,90 Euro,
 ISBN 978-3-86581-262-9

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Tierversuche**Gentech lässt Zahlen steigen**

■ Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) hat im November die aktuelle Statistik über die Tierversuchszahlen von 2010 veröffentlicht. Demnach ist die Anzahl der Versuche im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent gestiegen. Fast drei Millionen Tiere sind bei den Versuchen getötet worden. Besonders im Bereich Gentechnik wurde ein Anstieg der Tiereinsätze verzeichnet. Die Zahl der genetisch veränderten Versuchstiere stieg im Vergleich zum Vorjahr etwa um ein Viertel. [hv]

- ▶ BMELV: www.kurzlink.de/versuchsstatistik
- ▶ Menschen für Tierrechte, Stephanie Elsner, Tel. +49 (0)5237 / 2319790, E-Mail: elsner@tierrechte.de, www.kurzlink.de/tierversuchszahlen

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Kommission**Arbeitsprogramm 2012**

■ Die EU-Kommission hat im November ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2012 veröffentlicht. Im Bereich Klima stehen im nächsten Jahr die Überprüfung der Verordnungen zum CO₂-Ausstoß von Kraftfahrzeugen und Lkws, eine Gesetzgebung zur Einbeziehung der Emissionen aus dem Seeverkehr in die Verpflichtung der EU zur Treibhausgasreduktion und eine Legislativmaßnahme zur Reduzierung der fluorierten Treibhausgase auf der Agenda.

Im Energiebereich will die Kommission einen Gesetzesvorschlag zur Nuklearsicherheit vorlegen und mit einer Erneuerbare-Energien-Strategie (RES) und einem Dokument zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) Weichen stellen.

Die Generaldirektion Umwelt will sich mit dem Schutz der europäischen Wasserressourcen (Blueprint), dem Nagoya-Protokoll zu Biodiversität (Umsetzung des ABS-Protokolls), der Überprüfung der UVP-Richtlinie, invasiven Arten, einer

Strategie zu hormonaktiven Stoffen (endokrine Disruptoren) und dem 7. Umweltaktionsprogramm befassen. Außerdem steht die Überprüfung der Chemikalienrichtlinie REACH auf dem Arbeitsprogramm.

Im Bereich Maritime Angelegenheiten und Fischerei will die EU-Kommission einen gesetzlichen Rahmen für die maritime Raumplanung schaffen und nachhaltiges Wachstum bei Ozeanen, Meeren und Küsten, sogenanntes „Blaues Wachstum“, anregen.

Mit einer alternativen Treibstoffstrategie will die Kommission eine Energiewende für den Verkehr herbeiführen.

Umweltkommissar Janez Potočnik hat die Jahre 2011 bis 2013 nach seinen Prioritäten benannt: 2011 ist für ihn das „Jahr der Ressourcen“, im „Wasserjahr“ 2012 will er sich den Wasserressourcen widmen, 2013 ist das „Jahr der Luft“ und 2014 das „Abfalljahr“. [bv]

- ▶ Arbeitsprogramm der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/atwork/programmes

EU-Haushaltspolitik**Einigung über Haushalt 2012**

■ Der EU-Ministerrat und das Europäische Parlament haben sich im November im Vermittlungsausschuss auf den EU-Haushalt 2012 und auf eine Aufstockung der Gelder für 2011 um 200 Millionen Euro geeinigt. Die Ausgaben für 2012 wurden umgeschichtet und auf 129 Milliarden Euro festgesetzt. Das entspricht der Forderung des Rates vom Juli. Das Parlament hatte im Oktober Erhöhungen auf 133 Milliarden Euro gefordert.

Auch die EU-Kommission hatte in ihrem Vorschlag mehr Geld vorgesehen. Im Vergleich dazu werden die Mittel für Forschung und Bildung aufgestockt, für die Gemeinsame Agrarpolitik gekürzt. Rat und Parlament müssen nur noch formal zustimmen, sodass der EU-Haushalt pünktlich zum neuen Jahr in Kraft treten kann. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/einigungshaushalt2012

Öffentliche Beschaffung**Einfacher, grüner, EU-weit?**

■ Das EU-Parlament hat im Oktober seine Vorstellungen zu den EU-Regeln zur Vergabe öffentlicher Aufträge abgestimmt. Danach sollen öffentliche Auftraggeber Angebote nicht nur nach dem Preis auswählen, sondern auch den innovativen, sozialen und ökologischen Mehrwert berücksichtigen. Die Europäische Kommission will dazu bis Ende 2011 einen Gesetzesvorschlag vorlegen.

Öffentliche Aufträge machen rund 17 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts aus. Der bestmögliche Einsatz von Steuergeldern sei gerade in Krisenzeiten entscheidend, um die Wirtschaft anzukurbeln und neue Jobs zu schaffen, heißt es in der von der Abgeordneten Heide Rühle (Grüne, Deutschland) vorbereiteten Parlamentsentschließung. Die ParlamentarierInnen schlagen zudem einen elektronischen Vergabeausweis vor, durch den der Verwaltungsaufwand verringert werden soll. Er soll als Nachweis gelten, dass ein Unternehmen die EU-Regeln des öffentlichen Vergaberechts einhält. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/ep-2011-10-beschaffung

EU-Kohäsionspolitik**Regionen fordern Mitsprache**

■ Im Oktober haben sich VertreterInnen europäischer Städte und Regionen in der niederösterreichischen Landeshauptstadt St. Pölten getroffen und in einem „St. Pölten Manifest“ Kernbotschaften zur zukünftigen EU-Kohäsionspolitik formuliert. Die Kohäsionspolitik soll das Entwicklungsgelände zwischen den Regionen verringern.

Die RegionalvertreterInnen begrüßen in dem Papier die geplante Budgetaufstockung ab 2014, fordern aber mehr Mitsprache bei der Entscheidungsfindung. Mit dem Manifest reagieren die Städte und Regionen auf ein Vorschlagspaket der EU-Kommission vom Oktober zur Neuausrichtung der Struktur- und Kohäsionspolitik (umwelt aktuell 11.2011, S. 22). ▶

Ebenfalls im Oktober veröffentlichten die Umweltverbände Friends of the Earth Europe und CEE Bankwatch ein Papier mit Vorschlägen für die zukünftige europäische Kohäsionspolitik. Die Verbände fordern, auch dabei stärker Umwelt- und Klimaschutzziele zu verfolgen. Besonders die Entwicklung einer „grünen Infrastruktur“ solle mehr gefördert werden.

Das Vorschlagspaket der EU-Kommission wird zurzeit von EU-Ministerrat und -Parlament erörtert. [ej]

- ▶ St. Pöltener Manifest:
www.aer.eu/de/presse/2011/2011102101
- ▶ Verbände: www.kurzlink.de/bankwatch-funding

Mehrwertsteuer

EU-Parlament will Reform

■ Die Abgeordneten des Europaparlaments haben im Oktober die EU-Kommission aufgefordert, härter gegen Steuerbetrug vorzugehen sowie ökologische Produkte und das zivile Engagement zu fördern. Auch Steuerbetrug sei stärker zu bekämpfen, da er die Mitgliedstaaten jährlich mehrere Milliarden Euro koste. Damit reagierte das Parlament auf das Grünbuch der EU-Kommission zur Zukunft der Mehrwertsteuer.

Hauptanliegen des Parlaments ist es, das Steuersystem so zu gestalten, dass die Steuereinnahmen erhalten bleiben, wirtschaftlichen Aktivitäten aber nicht durch zu hohe Steuersätze verhindert werden. Die Abgeordneten forderten die Kommission außerdem auf, Mechanismen zur Förderung des zivilen und freiwilligen Engagements zu gestalten. Eine Möglichkeit sei eine europaweite Grenzwertregelung für Nichtregierungsorganisationen, kleine und mittlere Unternehmen, um die Kosten der Marktteilnahme zu reduzieren. Des Weiteren stimmte das Parlament für eine „grüne“ Mehrwertsteuerstrategie, die ökologische Produkte im Vergleich zu umweltschädlichen Waren bevorzugt. [rd]

- ▶ www.kurzlink.de/gruenbuchKOM2010/695
- ▶ www.kurzlink.de/vat-ep-2011-10

Steuerreform

EU vergleicht Umweltsteuern

■ Die EU-Kommission hat die in den Mitgliedstaaten durchgeführten Steuerreformen verglichen. Danach lag 2009 der Anteil von Umweltsteuern am Bruttoinlandsprodukt aller EU-Staaten bei 2,4 Prozent, während zehn Jahre zuvor der Anteil noch bei 2,8 Prozent lag.

Umweltsteuern können prinzipiell in den Bereichen Arbeit, Konsum und Kapital erhoben werden. Meist beziehen sie sich aber als Verbrauchssteuern auf den Konsum. Nur Dänemark und Schweden erheben laut dem EU-Bericht auch wesentliche Umweltsteuern auf Kapital.

Die Kommission forderte, die Möglichkeiten für „grüne“ Steuersysteme im Rahmen des sogenannten Europäischen Semesters – der integrierten Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der EU – eingehender zu prüfen. (siehe auch S. 27) [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/study-taxreform
- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/11/1166)
- ▶ Verfahren und Dokumente:
www.kurzlink.de/oeff-beschaff-prozes

EU-Haushaltsführung

Mehr fehlerhafte Zahlungen

■ Mehr als 4,3 Milliarden Euro an EU-Mitteln hätten laut dem Jahresbericht 2010 des Europäischen Rechnungshofs nicht ausgezahlt werden dürfen. Die meisten Fehler stellte der Rechnungshof in seinem im November veröffentlichten Bericht in den Politikbereichen Kohäsion, Energie, Verkehr sowie Landwirtschaft fest. Die Fehlerquote lag in den erstgenannten Bereichen höher als im Vorjahr. Die am häufigsten auftretende Fehlerart waren laut Bericht überhöhte Flächenangaben durch die Begünstigten. Größtenteils entstünden Fehler bei der Auftragsvergabe und bei den Prüfungen der Zuschussfähigkeit der Projekte in den Mitgliedstaaten. [bv]

- ▶ Jahresbericht: www.kurzlink.de/erh-bericht2010
- ▶ EurActiv: www.kurzlink.de/euractiv-erh-2010

Europawahl

Fünf-Prozent-Klausel gekippt

■ Das Bundesverfassungsgericht hat im November die Fünf-Prozent-Sperrklausel bei den Europawahlen für verfassungswidrig erklärt. Die Wahl des Europäischen Parlaments sei mit keiner Regierungsbildung verknüpft, sodass es für die Ungleichbehandlung kleinerer Parteien keinen triftigen Grund gebe, begründete der Staatsrechtler Hans-Herbert von Arnim seine Beschwerde. Das Gericht entschied, dass die Europawahl von 2009 jedoch nicht wiederholt und deutsche Abgeordnete nicht „ausgetauscht“ werden müssen. Bis zu den kommenden Europawahlen 2014 muss der Gesetzgeber das Europawahlrecht in Deutschland ohne Fünf-Prozent-Hürde ausgestalten. In der EU gibt es derzeit kein einheitliches europäisches Wahlverfahren zur Wahl des Parlaments. [bv]

- ▶ Urteil Bundesverfassungsgericht:
www.kurzlink.de/urteil5prozentepwahl

Umweltministerkonferenz

Bundesregierung soll Ziele höher stecken

■ Die UmweltministerInnen der Länder wollen die Bundesregierung im Vorhaben, den Klimaschutz international voranzubringen, unterstützen. Darüber zeigten sie sich auf der 77. Umweltministerkonferenz (UMK) in Dessau im November einig.

Die MinisterInnen baten die Bundesregierung, sich auf der UN-Klimakonferenz im November und Dezember in Durban für eine verbindliche Regelung für Treibhausgasminderungsziele einzusetzen und auch Länder mit hohem Schadstoffausstoß wie die USA und China auf das Zwei-Grad-Ziel zu verpflichten. Außerdem solle sich die Regierung für eine sichere langfristige Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern, die Umsetzung des Waldschutzmechanismus REDD und die Stärkung des internationalen Emissionshandels engagieren.

Des Weiteren bat die UMK die Bundesregierung sich dafür einzusetzen, das EU-Minderungsziel für Treibhausgase bis 2020 von 20 auf 30 Prozent anzuheben und energetische Sanierungsmaßnahmen effektiv und sozial gerecht steuerlich zu fördern. Zudem soll sie den Einsatz innovativer Netz- und Speichertechnologien besser unterstützen und prüfen, inwieweit durch neue Konzepte und Technologien der Umfang des Stromnetzausbaus begrenzt werden kann. Darüber hinaus soll die Regierung Geld für die Lärmbekämpfung zur Verfügung stellen und das Erneuerbare-Energien-Gesetz bewerten.

Auf eine gemeinsame Position zur EU-Bodenrahmenrichtlinie konnten sich die Länderumweltminister nicht einigen. [hv]

► www.kurzlink.de/77-umk

Nachhaltigkeit

Deutschland verfehlt umweltpolitische Ziele

■ Deutschland kann seine in der Nachhaltigkeitsstrategie gesetzten umweltpolitischen Zielmarken bis 2015 beziehungsweise 2020 nur erreichen, wenn es in den kommenden Jahren seine Anstrengungen, ressourcenschonender zu wirtschaften und zu leben, erheblich verstärkt. Zu diesem Fazit kommt die Stiftung DenkwerkZukunft. Von den elf Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie mit Umweltbezug zeigen laut dem Bericht drei in die falsche Richtung. So ist ein Ziel im Bereich Artenvielfalt und Landschaftsqualität die Wiederherstellung des Niveaus von 1975 bis 2015. In den zurückliegenden fünf Jahren ist der Index „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“ jedoch jährlich im Schnitt um 1,8 Prozent gefallen. Artenvielfalt und Landschaftsqualität haben demnach weiter abgenommen. Um bis 2015 das Ziel zu erreichen, müsste der Index in den kommenden vier Jahren um jeweils sieben Prozent jährlich steigen.

Trotz einiger Erfolge bei einer Reihe weiterer Indikatoren werden die Ziele vo-

raussichtlich ebenfalls deutlich verfehlt. So konnte im Bereich Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche der Flächenzuwachs von 2004 bis 2009 jährlich um vier Prozent gesenkt werden. Um die Zielmarke von 30 Hektar pro Tag 2020 zu erreichen, müsste der Rückgang in den kommenden Jahren jedoch bei knapp zehn Prozent pro Jahr liegen.

Auch beim Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung, bei der Gütertransportintensität sowie der Energie- und Rohstoffproduktivität werden laut DenkwerkZukunft die Ziele bei Fortschreibung der Trends der zurückliegenden Jahre nicht erreicht. [bv]

► www.kurzlink.de/evaluiere-ziele-nhs-d

VERKEHR & TOURISMUS

EU-Verkehrspolitik

Verkehrsnetz nicht nachhaltig

■ Die EU-Kommission hat im Oktober ihre Vorschläge für ein einheitliches europäisches Verkehrsnetz (TEN-V) präsentiert. Danach soll der Verkehr über Grenzen hinweg besser fließen. Für die Grünen-Fraktion im Europaparlament sind die Projekte allerdings nicht mit den EU-Zielen der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes vereinbar.

Im sogenannten Kernnetz sollen nach dem Willen der Kommission die Infrastruktur modernisiert und der grenzüberschreitende Verkehr flüssiger gemacht werden. Mehr Verkehrssicherheit, weniger Staus und komfortableres Reisen sollen so erreicht werden. Die einzelnen Verkehrsträger wie Schiene, Straße oder Wasser sollen besser vernetzt werden. Ein Ziel ist es, die europäischen Eisenbahnen besser an Häfen und Flughäfen anzubinden.

EU-Verkehrskommissar Siim Kallas verspricht sich von den Plänen sowohl positive Auswirkungen auf die Wirtschaft als auch für den Klimaschutz in der EU. Insgesamt will die Kommission 31,7 Mil-

liarden Euro zur Anschubfinanzierung des Konzepts „Connecting Europe“ zur Verfügung stellen. Bis 2030 soll das Kernnetz fertig sein.

Die Grünen im Europäischen Parlament lobten zwar, dass dem Ausbau des Schienenverkehrs Vorrang im Kernnetz eingeräumt wurde. Jedoch seien die meisten Großprojekte im TEN-V nicht nachhaltig. Weder würden umweltfreundliche Verkehrsmittel bevorzugt noch die EU-Umwelt- und Klimaziele vorangebracht, sagte die verkehrspolitische Sprecherin Eva Lichtenberger. Ihr Kollege Michael Cramer monierte vor allem, dass der Löwenanteil der Finanzierung sich auf vier große Infrastrukturprojekte konzentriert: den Brenner-Basistunnel, den Tunnel Lyon-Turin, die Brücke über die Straße von Messina und die feste Fehmarnbeltquerung. Dadurch würden Gelder für kleinere, aber wichtigere Projekte blockiert. [mbu]

► EU-Kommission zu TEN-V:

www.ec.europa.eu/transport/infrastructure

► Memo der EU-Kommission zu „Connecting Europe“:
www.kurzlink.de/euverkehrsnetz-ten-v

Bahnverkehr

Europäisierung der Schiene

■ Das Europäische Parlament hat im November der Neufassung des sogenannten Ersten Eisenbahnpakets zugestimmt. Es soll die Nutzung nationaler Schienennetze für ausländische Unternehmen möglich machen. Regulierungsbehörden in den Mitgliedstaaten sollen für eine reibungslose Marköffnung sorgen. Dafür sollen sie ausreichend finanziert werden und unabhängig von den Bahnunternehmen sein.

Eine strenge, unabhängige und kurzfristig entscheidende nationale Regulierungsbehörde sei die Vorbedingung für die EU-weite Öffnung des Schienennetzes, sagte der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament, Michael Cramer. In manchen EU-Ländern habe die Entscheidung bis zu zwei Jahre gedauert oder sei ganz ausgeblieben, kritisierte Cramer. ►

soziale technik

Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 20 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 20,- (für Studierende € 15,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien

soziale technik

Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben)
und Abobestellungen:

Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274

E-mail: waechter-r@ifz.tugraz.at

Web: www.ifz.tugraz.at/sote

Die Abgeordneten diskutierten auch über eine mögliche Trennung von Schienennetz und Bahnbetrieb. Das Thema wurde aber vertagt. Die EU-Kommission soll dafür nach dem Willen des Parlaments bis Ende 2012 Gesetzesvorschläge präsentieren.

Nun muss der EU-Ministerrat über das Maßnahmenpaket abstimmen. Eine Entscheidung wird im Januar erwartet. Im ersten Halbjahr 2012 folgt dann die zweite Lesung im Parlament. [mbu]

- ▶ EU-Parlament zum Eisenbahnpaket:
www.kurzlink.de/ep-eisenbahnpaket-11
- ▶ www.greens-efa.org

Güterverkehr

Riesen-Lkws rollen auf deutschen Straßen

■ In Deutschland beginnt ein Feldversuch mit Riesenlastwagen. Von 2012 bis 2017 sollen etwa 400 Lkws mit bis zu 25 Metern Länge und 44 Tonnen Gewicht durch mehrere Bundesländer rollen. Das Argument von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) ist die bessere Wirtschaftlichkeit der sogenannten Gigaliner.

Das stimmt laut dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) nur für den direkten Vergleich mit herkömmlichen Lkws. Beziehe man die externen Kosten ein, sehe die Rechnung anders aus. Bei den Umwelt-, Klima-, Sicherheits- und Lärmkosten je transportierter Ladungstonne seien Riesen-Lkw rund zehn Prozent effizienter als herkömmliche, aber bis zu fünfmal teurer als Transporte mit der Bahn, heißt es in der ISI-Studie.

Die Allianz pro Schiene befürchtet, dass aus dem Feldversuch stillschweigend ein Dauerbetrieb wird. „Wenn Riesen-Lkw einmal durch Deutschland fahren, sind sie kaum wieder wegzubekommen“, sagte der Allianz-pro-Schiene-Geschäftsführer Dirk Flege im Herbst. In Dänemark und den Niederlanden sei genau das passiert. [mbu]

- ▶ ISI-Studie: www.kurzlink.de/isi-megatrucks.pdf
- ▶ www.allianz-pro-schiene.de

Pkw-Maut

Verkehrsetat wird erhöht

■ Der Etat des Bundesverkehrsministeriums ist für 2012 um eine Milliarde Euro aufgestockt worden. Eigentlich wollte Minister Peter Ramsauer (CSU) seinen Haushalt mit Einnahmen durch eine Autobahnvignette erhöhen. Diese ist aber ähnlich unbeliebt wie die diskutierte Pkw-Maut. Kritiker monieren, dass eine streckenbezogene Pkw-Maut – wie beim Lkw – mit einem hohen technischen und finanziellen Aufwand verbunden wäre. Auch Datenschützer haben Bedenken. Eine Autobahnvignette gilt dagegen als unökologisch, weil sie Vielfahrer belohnt.

Wofür die zusätzliche Milliarde ausgegeben wird, steht noch nicht fest. Klar ist nur, dass der Großteil des Geldes in die Straßeninfrastruktur fließen soll. [mbu]

- ▶ Bundesverkehrsministerium (BMVBS), Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2008-2040, www.bmvbs.bund.de

WASSER & MEERE

Globaler Wasserverbrauch

Konsum im Norden verbraucht viel Wasser im Süden

■ Eine neue Studie der österreichischen Umweltschutzorganisation Global 2000 und des Sustainable Europe Research Institute (SERI) in Wien zeigt die Auswirkungen des steigenden weltweiten Konsums auf den Verbrauch von Wasser. „Der direkte Wasserverbrauch – etwa durch Trinken, Kochen, oder Waschen – macht nur einen Bruchteil des europäischen Wasserverbrauchs aus“, kritisierte Lisa Kernegger von Global 2000. Der Großteil entsteht durch den Konsum von Gütern, die in ihrer Produktion sehr wasserintensiv sind. „Mit dem Import von solchen Produkten konsumieren wir hier in Europa gleichsam Wasser aus anderen Regionen der Welt“, so die Ressourcenökologin.

„Unser Konsum übt also indirekt Druck auf die Wasserressourcen anderer Länder aus“, erklärte Stephan Lutter, Ressourcenexperte beim SERI. „Paradoxe Weise wird oft ein großer Teil des Wassers in Ländern mit geringen Süßwasserreserven für die Produktion von Exportgütern für wasserreiche Länder verwendet.“ Das habe zu bedenklichen Veränderungen der regionalen Wasserversorgungssituation geführt, so Lutter.

Die UmweltschützerInnen kritisieren, dass eine Minderheit der Weltbevölkerung für die Mehrheit des Ressourcenverbrauchs verantwortlich ist. Laut Studie lebt in Europa, Nordamerika und Australien/Ozeanien nur rund ein Viertel der Weltbevölkerung, die Menschen in diesen Gebieten verbrauchen aber fast so viele Rohstoffe wie die gesamte restliche Weltbevölkerung. [UWD,am]

- ▶ Global 2000, Lisa Kernegger, Wien Tel. + 43 (0)699 / 142000-22, E-Mail: lisa.kernegger@global2000.at, www.global2000.at
- ▶ Studie (PDF, 36 S., 13 MB): www.kurzlink.de/wasser-ress-rep1111

EU-Meeresschutz

Öl fördern etwas sicherer

■ Ende Oktober hat die EU-Kommission den Entwurf einer Verordnung für neue Sicherheitsstandards bei der Erdöl- und Erdgasförderung veröffentlicht. Die Kommission möchte damit den gesamten Lebenszyklus von Öl- und Gasanlagen sowie alle Aspekte der Förderung regulieren. Die Verordnung beinhaltet neue Regeln zur Verhütung von Umweltkatastrophen und zur Haftung bei Unfällen. So sollen Unternehmen verpflichtet werden, im Vorfeld eine Gefahrenanalyse für neue Förderanlagen vorzulegen und Notfallpläne auszuarbeiten. Außerdem sollen Unternehmen komplett für Schädigungen von Arten und natürlichen Lebensräumen im Meer infolge von Unfällen haftbar gemacht werden. Für bereits existierende Anlagen ist ein Übergangszeitraum von zwei Jahren geplant, bis die neuen Vorschriften umgesetzt sein müssen.

EU-Energiekommissar Günther Oettinger bezeichnete den Entwurf als einen Schritt in Richtung sichererer Fördermethoden und zur Vermeidung von Katastrophen wie 2010 im Golf von Mexiko. Der Entwurf bleibt jedoch hinter dem Initiativbericht zurück, den das EU-Parlament im Herbst verabschiedet hatte (umwelt aktuell 11.2011, S. 27). Umweltverbände fordern seit Langem, die Erdölförderung in der Tiefsee wegen unabsehbarer Auswirkungen von Katastrophen auf marine Lebensräume einzustellen und die Verursacher solcher Katastrophen zur Verantwortung zu ziehen.

Die neue Regelung wird nun im EU-Ministerrat und dem Europäischen Parlament verhandelt und könnte dann 2014 in Kraft treten. [ej, am]

- ▶ Entwurf der Verordnung: www.kurzlink.de/com-offsh-prop-1011
- ▶ FAQs: www.kurzlink.de/com-offsh-faqs-1011

EU-Fischereipolitik

In der Ostsee darf wieder kräftig gefangen werden

■ Der EU-Fischereiministerrat hat Ende Oktober die Fangquoten für 2012 von Dorsch, Hering, Scholle, Sprotte und Lachs für die Ostsee beschlossen. Der Ostseehering kann danach im nächsten Jahr wieder in größeren Mengen gefangen werden, da sein Bestand sich in den letzten fünf Jahren mehr als verdreifacht hat. Auch die Quote für den Dorsch erhöhten die Minister aufgrund höherer Vorkommen wieder.

Dagegen wurden die Quoten für Lachs, Sprotte und Scholle verringert. Doch obwohl die Kommission mit Hinweis auf die wissenschaftlichen Fakten vorgeschlagen hatte, die erlaubte Fangmenge bei Lachs um 80 Prozent zu kürzen, beschlossen die Minister nur eine Verringerung um 51 Prozent. Auch die Quote für die Schollenfischerei wurde nur um fünf Prozent vermindert, obwohl die Kommission angekündigt hatte, bei fehlenden Daten pauschal um 25 Prozent zu kürzen. Diese

Regelung sollte die Mitgliedstaaten dazu animieren, Daten aus der Fischerei zu erheben, um besser begründete Beschlüsse über Quoten zu ermöglichen.

Die Umweltstiftung WWF zeigte sich insgesamt mit den Ergebnissen des Fischereirates zufrieden, kritisiert jedoch die Fangquoten für Lachs und Scholle. Die Minister vertreten immer noch kurzfristige Fischereier Interessen und hätten keine nachhaltige Erholung der Fischbestände im Blick. [tg]

- ▶ www.kurzlink.de/fish-counc-24102011
- ▶ www.wwf.de (Presse – 21.10.2011)

Nordsee

Dea bohrt im Wattenmeer

■ Das Strom- und Gasunternehmen RWE Dea plant an vier weiteren Stellen im Nationalpark Wattenmeer Erkundungsbohrungen, um festzustellen, wo sich Öl befindet. Schleswig-Holstein hatte 2010 das Nutzungsrecht des Stromkonzerns für die Ölbohrinsel Mittelplate A vor der Elbmündung bis 2041 verlängert. Das Land verspricht sich durch die Konzessionsabgaben eine gute Einnahmequelle. Die Umweltorganisationen NABU, Schutzstation Wattenmeer und WWF kritisierten dagegen die Bohrungen im Nationalpark und Weltkulturerbe.

Das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Ökologie hat außerdem Ende Oktober weitere Baumaßnahmen an der Bohrinsel Mittelplate A genehmigt. Die Anlage ist durch einen Priel, einen hin und her pendelnden Wasserlauf, bedroht, weshalb ein sogenannter Kolkschutz errichtet werden soll. Dabei wird die Bohrinsel mit Steinen und Mörtel umschlossen.

Naturschützer fordern seit Langem eine Beendigung der Ölförderung im Wattenmeer (umwelt aktuell 03.2011, S. 29). [hv]

- ▶ NABU Schleswig-Holstein, Ingo Ludwichowski, Neumünster, Tel. +49 (0)173 / 9373241, www.nabu-sh.de
- ▶ www.nabu-de (Presse – 08.11.2011)

Europäisches Wasserrecht**Mahnung an sechs EU-Staaten**

■ Die EU-Kommission hat Ende Oktober mehrere Mitgliedstaaten wegen Mängeln bei der Umsetzung des EU-Wasserrechts ermahnt. Belgien, Dänemark, Finnland und Schweden haben aus Sicht der Kommission den Begriff Wasserdienstleistung bei ihrer Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in nationales Recht falsch definiert, da sie nur Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung als solche ansehen. Für die Kommission ist der Begriff weiter gefasst und beinhaltet etwa auch die Wasserentnahme für Industrie und Landwirtschaft. Die WRRL verlangt von den Mitgliedstaaten die Anwendung des Verursacherprinzips bei Wasserdienstleistungen, also eine Deckung der Umweltkosten durch den Verursacher.

Frankreich und Griechenland wurden von der Kommission aufgefordert, die Wasserverschmutzung durch Nitrate wirksamer zu bekämpfen. Eine entsprechende EU-Richtlinie von 1991 haben beide Staaten noch immer nicht vollständig umgesetzt. So sind dort noch nicht alle von Nitratverschmutzung betroffenen Gebiete ausgewiesen und Gegenmaßnahmen erlassen worden.

Die Staaten haben jeweils zwei Monate Zeit, um der Kommission zu antworten. Anderenfalls drohen Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/kom-ums-wrri-1011
- ▶ www.kurzlink.de/eu-kom-nitrat-271011

Hamburger Hafen**Grenzen des Wachstums**

■ Der Hamburger Hafen soll auf „qualitatives Wachstum“ ausgerichtet werden. Das haben die Umweltschutzorganisationen NABU, BUND und WWF in einem gemeinsamen Votum im neu aufgenommenen Dialog mit dem Hamburger Senat gefordert. Der Hafen solle sich selbst finanzieren und das Wachstum begrenzt werden: Eine Steigerung auf 25 Millionen Containereinheiten

im Jahr 2025 halten die Umweltverbände für ökologisch nicht verträglich. Zurzeit setzt der Hafen jährlich etwa 19 Millionen Containereinheiten um. Der BUND Hamburg wies außerdem darauf hin, dass aufgrund der gestiegenen Kosten für den Ausbau des Hafens eine neue Wirtschaftlichkeitsberechnung notwendig sei.

Wirtschaftsverbände sprachen sich dagegen für eine bessere Anbindung des Hafens an das Hinterland und für ein starkes Wachstum des Hafens aus. So solle dieser als „Universalhafen“ gestärkt werden. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/umw-verb-hafen-hh11

Alpenflüsse**Begradigt, gestaut, kanalisiert**

■ Nach einer Studie der Umweltstiftung WWF sind zahlreiche Alpenflüsse ökologisch nicht mehr intakt: Begradigen, Stauen und Kanalisieren zerstörte ihr natürliches Ökosystem. Naturnahe Wildflüsse seien jedoch wichtig, um selten gewordene Lebensräume und gefährdete Tier- und Pflanzenarten zu erhalten, so die Autoren.

Untersucht wurden fünfzehn Flüsse in Deutschland, Österreich und der Schweiz nach Kriterien wie Wasserqualität, Vorkommen auentypischer Arten oder Durchgängigkeit für Fische. Am besten schnitt die Sense in der Schweiz ab: Ihr ökologischer Wert sei zu 95 Prozent „hoch“ oder „sehr hoch“. Allerdings ist die Sense nach WWF-Angaben durch ein neues Kleinwasserkraftwerk bedroht. Ebenfalls gute Werte erreichten die Isar und die Ammer im Alpenvorland. Besonders schlecht schnitten Traisen (Niederösterreich), Thur (Ostschweiz), Iller und Mangfall (beide Bayern) ab. Insgesamt ist nach der Studie die Hälfte aller untersuchten Flussabschnitte nur in einem „geringen“ bis „mittleren“ Maß ökologisch intakt. Der WWF und andere Naturschutzorganisationen fordern die Erhaltung und Wiederherstellung ökologisch wertvoller Flussabschnitte. [tg]

- ▶ Studie (PDF, 140 S., 8,6 MB): www.kurzlink.de/alpenflussstudie

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Produktion und Konsum**Ziellos zur Nachhaltigkeit**

■ Eine Halbzeitbewertung des EU-Aktionsplans für nachhaltige Produktion und nachhaltigen Verbrauch hat ergeben, dass der Erfolg des Plans nur schwer messbar ist, weil klare Ziele und Indikatoren fehlen. Der Aktionsplan habe die Koordination zwischen den Generaldirektionen, die am stärksten in Fragen zu nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Verbrauch involviert sind, verbessert. Dies müsse jedoch auf andere Generaldirektionen ausgeweitet werden. In Brüssel habe der Plan dazu beigetragen, die Abstimmung der Politik in verschiedenen Bereichen zu verbessern. Allerdings sei seine Wirkung weitgehend auf Brüssel begrenzt – die meisten Mitgliedstaaten nähmen von dem Aktionsplan kaum Notiz.

Um Erfolge des Aktionsplans künftig feststellbar zu machen, empfehlen die Autoren des Berichts ein Bekenntnis auf hoher politischer Ebene zu den zentralen, strategischen Zielen des Aktionsplans. Das könne etwa im Rahmen der Debatte um Ressourceneffizienz geschehen. Das Bekenntnis solle unter anderem die Verringerung des gesamten Ressourcenverbrauchs als Ziel enthalten. Außerdem sollten klare Ressourceneffizienzziele beschlossen und der freiwillige Ansatz überdacht werden. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/bericht-englisch

EU-Ressourcenpolitik**Steckbrief**

■ Die EU-Kommission hat Ressourcenpolitik 2011 ganz oben auf die politische Agenda gesetzt. Im Januar erschien die Rohstoffstrategie, im Februar die Leitinitiative Ressourcenschonendes Europa und im September der Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa. Was konkret

„Wir müssen unser Steuer- und Finanzsystem in den nächsten Jahren radikal ökologisieren“

In Form von umweltschädlichen Subventionen fließen in Deutschland jedes Jahr 40 Milliarden Euro in die falsche Richtung. Wird das geändert, kann die Neuverschuldung auf null sinken und eine ökonomische Effizienzrevolution beginnen. Nur dann ist das Ziel von 95 Prozent weniger CO₂-Ausstoß zu schaffen, sagt Damian Ludewig vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.

Umwelt aktuell: Herr Ludewig, wann sind Subventionen umweltschädlich?

Damian Ludewig: Wenn sie unökologisches Handeln bei VerbraucherInnen oder Unternehmen belohnen – wie zum Beispiel die Subventionszahlungen für den Steinkohlebergbau oder die Energiesteuerausnahmen für das produzierende Gewerbe. Das sind wettbewerbsverzerrende staatliche Ausgaben und Steuerausnahmen, die sich auf über 40 Milliarden Euro im Jahr summieren. Wenn wir die abbauen würden, gäbe es keine Neuverschuldung mehr, aber eine gewaltige Effizienzrevolution in der Wirtschaft.

Wer sind dabei Ihre Verbündeten? Die FDP und der Bund der Steuerzahler?

Leider beide kaum – auch wenn wir versuchen, sie zu gewinnen. Die FDP ist gegen die Steinkohlesubventionen – das war es auch schon. Die Partei hat kein klares ordnungspolitisches Profil und macht viel zu oft Klientelpolitik, die sie dann als wirtschaftspolitische Vernunft oder ökonomischen Sachzwang verkaufen will. Mehr Erfolg haben wir bei CDU-Haushaltspolitikern – und natürlich bei den Grünen.

Ist „grüner“ Subventionsabbau nicht sozial ungerecht, wenn Ärmere sich keine teure Ökotechnik leisten können?

Nun, dass Ärmere sich weniger leisten können, ist per Definition so – sonst wären sie nicht ärmer. Wer das ändern will, muss Vermögen und Einkommen besteuern und umverteilen. Das schließt sich überhaupt nicht gegenseitig aus. Gerade Ärmere sind auf den ökologischen Wandel angewiesen, weil sie hohe Nebenkosten durch schlecht gedämmte Häuser und hohe Stromrechnungen durch alte, ineffiziente Kühlschränke haben. Auch von den Umweltfolgen werden Ärmere am stärksten getroffen – erst recht die wirklich Armen in Entwicklungsländern. Will man aktive Umverteilungspolitik nicht anfassen und die bestehende Ungleichverteilung zumindest nicht verschärfen, dann sollte man sich auf den Abbau solcher Subventionen konzentrieren, von denen vor allem Menschen mit höherem Einkommen profitieren. So könnte man durch das Abschmelzen des Dienst- und Firmenwagenprivilegs etwa drei Milliar-

den Euro im Jahr sparen und die Anreize für den Kauf umweltfreundlicherer Fahrzeuge deutlich verbessern. Arbeitslose fahren keine Dienstwagen.

Wir haben ja schon Ökosteuer und Emissionshandel. Genügt das nicht für die Lenkungswirkung?

Ganz und gar nicht, zumal auch der Emissionshandel noch viel zu schwach ausgestaltet ist. Wir müssen die Zertifikate deutlich verknappen und zu 100 Prozent versteigern, um die Klimaziele zu erreichen und um ungerechtfertigte Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Und selbst bei den umweltbezogenen Steuern ist noch viel zu holen. In Deutschland geht ihr Anteil insgesamt zurück und liegt klar unter dem europäischen Durchschnitt. Die Steuer auf Heizstoffe ist bei uns zum Beispiel mit sechs Cent pro Liter deutlich niedriger als in den meisten anderen europäischen Ländern, wo sie bis zu 42 Cent beträgt. Wir sollten aber auch über Energie hinaus über die Besteuerung natürlicher Ressourcen nachdenken – etwa bei den Baustoffen, die zwei Drittel des Ressourcenverbrauchs in Deutschland ausmachen.

Gibt es Beispiele, wo das schon gut funktioniert?

Ja, auch hier gibt es zahlreiche europäische Vorbilder, etwa Dänemark oder Großbritannien. Deutschland ist – anders als meist gefühlt – keineswegs überall Vorreiter beim Umweltschutz.

Ist es nicht gefährlich, alles in Geld auszudrücken? Naturzerstörung sollte doch am besten verboten sein.

Bei der Besteuerung von Umweltverbrauch muss man immer klarmachen, dass das Beziffern und In-Rechnung-Stellen von Naturschäden eine Hilfskrücke ist, damit der Markt nicht blind gegenüber der Natur agiert. Das sollte aber immer als Mindestforderung und nicht als Ideallösung angesehen werden. Letzten Endes lässt sich Natur nicht adäquat in Geld ausdrücken. Verbote sind da angesagt, wo man Verhalten ganz unterbinden will, aber bei Phänomenen wie dem CO₂-Ausstoß macht das wenig Sinn. Meist geht es nicht um „ganz oder gar nicht“, sondern um das richtige Maß. Da sind dann Steuern oder Zertifikatsysteme das Mittel der Wahl. Und auch bei Verboten

stellt sich ja die Frage, was passiert, wenn jemand gegen das Verbot verstößt. Dann ist man schnell wieder dabei, die Strafe in Geld auszudrücken.

Kann aber ein Konzept funktionieren, bei dem die positiven Wirkungen für den Einzelnen nicht konkret fassbar sind?

Es ist natürlich schwieriger, wenn die breite Masse von einer Regelung profitiert, das aber gar nicht richtig merkt. Man kann versuchen, das dadurch zu ändern, dass man umweltschädliche Ausgaben gezielt umwidmet oder die Einnahmen von Umweltsteuern für ökologische Zwecke verwendet – dann werden auch die Profiteure besser sichtbar. Wenn man also die Einnahmen von Heizölsteuern in die Gebäudesanierung steckt, die Kohlesubventionen für erneuerbare Energien ausgibt oder statt in den Straßenbau in die Schieneninfrastruktur investiert. Ich habe aber den Eindruck, dass in Zeiten der Klima- und Schuldenkrise auch die Bereitschaft für politische Maßnahmen zum Erreichen eher abstrakter Ziele wie Klimaschutz oder Haushaltskonsolidierung zunimmt.

Was wünschen Sie sich von Umweltverbänden?

Sie sollten den Mut haben, den Leuten reinen Wein einzuschenken. Eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 95 Prozent werden wir gegen die fundamentalen ökonomischen Anreize nicht schaffen. Wir können nicht alles über Verbote regeln – und nur über zusätzliche Staatsausgaben zu gehen, da ist schon die Schuldenbremse vor. Wir müssen also auch unser Steuer- und Finanzsystem in den nächsten Jahren radikal ökologisieren.

[Interview: Matthias Bauer]

Der Volkswirt Damian Ludewig ist Geschäftsführer beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in Berlin.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 762399130, E-Mail: damian.ludewig@foes.de, www.foes.de



in diesen Strategiepapieren steht, welche Ziele gesetzt werden, wie verbindlich sie sind und mit welchen Instrumenten sie erreicht werden sollen, hat die EU-Koordination des DNR auf sechs Seiten zusammengefasst und in den politischen Kontext eingeordnet. [sg, am]

- www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ressourcen.pdf

Unternehmensverantwortung

EU-Kommission will Rahmen für mehr Transparenz setzen

■ Mit einer „Initiative zur Sozialwirtschaft“ will die EU-Kommission den sich entwickelnden Sektor sozial verantwortlicher Unternehmen unterstützen, in dem sie „ungenutztes Potenzial für mehr Arbeitsplätze und Wachstum“ sieht. Außerdem soll eine neue Strategie für Unternehmensverantwortung das Vertrauen bei der Öffentlichkeit verbessern. Mit den beiden Initiativen will die Kommission „in Zeiten knapper Kassen den Privatsektor in gesellschaftliche und ökologische Belange einbinden“. Das Paket enthält auch eine neue Definition von Unternehmensverantwortung. Interessenvertreter sollen über branchenbezogene Plattformen beteiligt werden.

Die Kommission schlägt unter anderem vor, dass multinationale Unternehmen im Bergbau und im Holzhandel mehr Transparenz bei Steuern, Abgaben und Bonuszahlungen gewährleisten. Sie kündigte einen Gesetzesvorschlag zur Offenlegung von Informationen über soziale und ökologische Auswirkungen unternehmerischen Handelns an. Zudem will sie das Greenwashing – die irreführende Werbung mit vermeintlichen Umweltvorteilen von Produkten – eindämmen. Andererseits will die Kommission die Berichtspflichten für börsennotierte Unternehmen lockern.

Die European Coalition for Corporate Justice und die Umweltdachorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) nannten das Kommissionspapier einen ersten

Schritt, um europäische Unternehmen für die sozialen und ökologischen Zerstörungen verantwortlich zu machen, die diese in der Welt verursachten. Allerdings, so die Organisationen, müsse die Unternehmenshaftung auch für Tochtergesellschaften und für die gesamte Lieferkette gelten. Ungeklärt bleibe auch, wie den Opfern unternehmerischen Fehlverhaltens namentlich in Entwicklungsländern der Zugang zu Rechtsmitteln garantiert werden solle. [mb]

- EU-Kommission: www.kurzlink.de/IP/11/1238
- FoEE: www.kurzlink.de/foeeurope-eu-komm

EU-Ressourceneffizienzpolitik

Jeder spart für sich allein

■ Eine im Oktober veröffentlichte Umfrage der Europäischen Umweltagentur (EEA) hat gezeigt, dass sich die politischen Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz in den europäischen Ländern stark unterscheiden.

Der im September veröffentlichte Ressourceneffizienzfahrplan der EU-Kommission geht davon aus, dass die Nachfrage für natürliche Rohstoffe, Nahrungs- und Futtermittel in Europa bis 2050 um 70 Prozent ansteigen wird. Strategien und Maßnahmen zur effizienteren Nutzung von Ressourcen seien deshalb unabdingbar, so die EEA. Die bisherigen Maßnahmen variierten jedoch stark zwischen den europäischen Ländern. Laut der Umfrage gibt es nicht einmal eine einheitliche Definition von Ressourceneffizienz. Allerdings befindet sich auch jedes Land in einer anderen wirtschaftlichen Situation.

Nach Einschätzung der EEA hat Europa noch einen weiten Weg zu umfassenden Ressourceneffizienzplänen vor sich. Die meisten EU-Länder versuchten noch immer, die technische Effizienz zu steigern, statt grundsätzliche Themen wie den Konsum in ihre Strategien einzubeziehen. [rd]

- www.eea.europa.eu/highlights/from-efficient-water-use-to
- www.eea.europa.eu/highlights/publications/resource-efficiency-in-europe

Ressourceneffizienzprogramm

Entwurf mit Lücken

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat den im Oktober vom Bundesumweltministerium (BMU) veröffentlichten Entwurf des Ressourceneffizienzprogramms ProgRess begrüßt. Der Dachverband kritisierte jedoch, dass mehrere zentrale Bereiche nicht konkret genug behandelt würden und dass einige Indikatoren nicht aussagekräftig seien. Konkret fordert der DNR eine Berücksichtigung biotischer Rohstoffe, einen Hinweis auf die EU-Bodenrahmenrichtlinie und Angaben zur Umsetzung der UN-Beschlüsse zum Biodiversitätsschutz. Nach den Vorstellungen des DNR sollten die Leitlinien eine rechtliche Vorschrift zur Reduzierung des Materialverbrauchs in der EU, eine globale Zertifizierung der Rohstoffe, höhere Recyclingquoten und die Ausweitung der EU-Ökodesignrichtlinie beinhalten. [tg]

- ProgRess-Entwurf des BMU: www.bmu.de/47843
- DNR: www.dnr.de/downloads/dnr-progress.pdf

Rohstoffhandel

Kirchen wollen offene Karten

■ Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) fordert mehr Transparenz beim Handel mit Rohstoffen. Die Einrichtung der beiden großen deutschen Kirchen verlangte, die Herkunft von Rohstoffen offenzulegen. Die Bundesregierung solle Entwicklungsländern erlauben, eingeschränkte Exportzölle zu erheben, und sich für eine gute Regierungsführung in den Exportländern einsetzen. So soll auch verhindert werden, dass durch die Erlöse aus dem Rohstoffabbau bewaffnete Konflikte, wie zum Beispiel im Kongo, finanziert werden können. Die deutsche Rohstoffpolitik sei zwar nicht in erster Linie Armutsbekämpfung, sie dürfe diese aber auch nicht behindern, so die GKKE. Das Gremium lobte die Initiative der EU-Kommission für mehr Transparenz im Bergbau. [tg]

- www.kurzlink.de/ggke-transparenz

Geleitwort

Mehr Europa, nicht weniger

Der Umweltminister zum 20-jährigen Bestehen der EU-Koordinationsstelle beim Deutschen Naturschutzring

Die Europäische Union ist die Basis für eine enge europäische Zusammenarbeit für weniger CO₂-Emissionen und den Schutz unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen. Dabei sind nicht nur Politik und Wirtschaft, sondern auch eine engagierte Zivilgesellschaft gefragt. ■ VON NORBERT RÖTTGEN, BUNDESUMWELTMINISTERIUM

Europa ist längst zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengewachsen. Ob in der Finanz-, in der Wirtschafts- oder in der Umweltpolitik: Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger. Denn wenn Europa nicht weiter zusammenwächst, werden die einzelnen europäischen Länder nicht nur wirtschaftlich zurückfallen, sondern Europa wird sich auch als Akteur in einer neuen Weltordnung selbst marginalisieren. „Mehr Europa“ heißt, dass wir die Hemmnisse auf dem Weg zu einem echten Strom- und Energiebinnenmarkt abbauen müssen. Es geht aber auch um mehr Ressourceneffizienz

und eine engere Zusammenarbeit bei der Entwicklung der erneuerbaren Energien und „intelligenter“ Netze. „Mehr Europa“ gilt aber auch für das Ziel, unsere CO₂-Emissionen wirksam einzudämmen. Auch hier kann Europa nur gemeinsam seine Klimaschutzziele durchsetzen – ein Ziel, das es noch ehrgeiziger als bisher verfolgen muss. Denn nur wenn wir Europäer glaubwürdig vorgehen, werden auch andere folgen. Was für den Klimaschutz gilt, gilt für den Schutz der Umwelt allgemein: Wir werden unsere Lebensgrundlagen nur dann erfolgreich sichern können, wenn wir in Europa gemeinsam handeln.

„Mehr Europa“ kann aber nicht nur ein Projekt der Politik und der Wirtschaft sein. Entscheidend ist eine europäische Öffentlichkeit, die von engagierten Bürgerinnen und Bürgern und von Verbänden und Nichtregierungsorganisationen lebt – von Verbänden wie dem Deutschen Naturschutzring. Die Arbeit des Deutschen Naturschutzrings ist besonders vorbildlich, weil er als einer der ersten Verbände die Bedeutung der europäischen Dimension erkannt und dementsprechend eine EU-Koordinationsstelle eingerichtet hat. Damit hat der DNR eine Pionierrolle erfüllt, denn bevor die deutschen Verbände in Brüssel mit einer starken Stimme auftreten konnten, mussten sie zunächst selber über die Bedeutung des Binnenmarktes für Umwelt- und Naturschutzaspekte informiert und von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit in Brüssel überzeugt werden. Diese anfangs mühsame Überzeugungsarbeit hat sich gelohnt: Heute nehmen die deutschen Umweltverbände wirksam an der europäischen Öffentlichkeit teil, nutzen ihre demokratischen Beteiligungsrechte und tragen zum Ausbau der euro-

päischen Öffentlichkeit bei. Die kritische Stimme der Verbände in Brüssel ist von hoher Bedeutung. Die Koordinationsstelle leistet jedoch nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Information und engen Verzahnung der Verbände in Deutschland, sondern auch auf der europäischen Ebene.

Auch innerhalb Deutschlands spielt die EU-Koordinationsstelle eine wichtige Rolle, denn sie informiert über europäische Initiativen und macht sie auch einem breiteren Publikum verständlich. Sie gibt aber auch wichtige Einblicke in die Verfahren und Organisation von Rat, Generaldirektion und Parlament. So werden auch innerhalb Deutschlands die Verbände über europäische Entwicklungen informiert und in die Lage versetzt, Stellung zu nehmen.

Das 20-jährige Jubiläum der Koordinationsstelle ist für mich daher ein außerordentlich willkommener Anlass, Ihnen für diese Arbeit herzlich „Danke“ zu sagen. Ihre Arbeit ist ein wichtiger Baustein sowohl bei der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit als auch einer europäischen Umweltpolitik – ich baue darauf auch in Zukunft.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr
Dr. Norbert Röttgen

Der Jurist Dr. Norbert Röttgen ist seit 1982 Mitglied der CDU und seit 1994 Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Im Oktober 2009 wurde er Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 18305-2170,
E-Mail:
presse@bmu.bund.de,
www.bmu.de



20 Jahre EU-Koordination

Vor 20 Jahren hat der Deutsche Naturschutzring eine EU-Koordinationsstelle eingerichtet. Seitdem hat sich in Berlin, Brüssel und der Welt umweltpolitisch viel nach vorn bewegt. Doch nun muss Europa auch in der Finanzkrise seine Zukunftsfähigkeit beweisen. Hier sind sich die Umweltverbände mit dem Bundesumweltminister einig: Gefragt ist „Mehr Europa“ statt nationaler Alleingänge. Mit mehr Information und Kooperation, „Mehr Präsenz“ in Brüssel und „Mehr Klagerechten“ kann die Umweltbewegung dazu beitragen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung gerecht werden. EU-ExpertInnen der Umweltverbände schreiben darüber in unserem Spezial auf den nächsten Seiten. Außerdem hat die EU-Koordination einige Highlights seit 1991 sowie Interviews mit den ehemaligen LeiterInnen auf ihrer Internetseite veröffentlicht. [Die Red.]

► www.eu-koordination.de (Über uns)

20 Jahre EU-Koordination

Mehr als informieren

Der Spagat zwischen Berlin und Brüssel bleibt eine Herausforderung für Umweltverbände

Die Geschichte der EU-Koordination des DNR ist eine Kommunikationsgeschichte. Sie ist aber auch eine Geschichte von wachsenden und sich verändernden Aufgaben für die Umweltbewegung. Eine Geschichte von Teamarbeit, von gemeinsamen Zielen und Werten. Eine europäische Geschichte. ■ VON BJELA VOSSEN UND JULIANE GRÜNING, DNR

Im Dezember 1991 begann Sascha Müller-Kraenner, beim Deutschen Naturschutzring eine EU-Koordinationsstelle aufzubauen. Dem Dachverband ging es darum, den Informationsfluss über die umweltpolitischen Entscheidungen in Brüssel zu verbessern und die deutschen Naturschutz- und Umweltverbände für Europapolitik zu begeistern. Als Medium diente ein Rundschreiben. „Das Interesse hielt sich allerdings in Grenzen“, schrieb der Soziologe Jochen Roose 2002 in einer Analyse der ersten zehn Jahre der EU-Koordination des DNR.⁽¹⁾ Claus Mayr, heute NABU-Europareferent in Brüssel, verfolgte die ersten Schritte der zunächst noch als EG-Koordination bezeichneten Stelle des DNR: „Das erste Rundschreiben erschien bereits am 20.02.1992, noch in Form von kopierten, zusammengehefteten DIN-A-4-Blättern. Es enthielt unter anderem eine Analyse des Entwurfs des Maastrichter

Vertrages und des 5. Umweltaktionsprogramms. Das Rundschreiben ging an einen Verteiler von fünf Leuten, Helmut Röscheisen beim DNR, Lutz Ribbe bei der Stiftung Europäisches Naturerbe, Arno Behlau beim BUND sowie Christian Mittag vom NABU-Präsidium und mich, außerdem an noch etwa zehn weitere Personen aus dem Bonner DNR-Umfeld.“

Das europapolitische Interesse wächst

Die Einrichtung der DNR-EU-Koordination war unter anderem durch eine Studie von Christian Hey, Uwe Brendle und Claude Weinber im Freiburger Institut für Regionale Entwicklung in Europa (EURES) angestoßen worden. Die drei Wissenschaftler untersuchten 1990, ob die deutschen Umweltorganisationen sich auf die Verlagerung umweltpolitischer Kompetenzen von der nationalen auf die europä-

ische Ebene eingestellt hatten. Ihr Befund war so klar wie ernüchternd: „Im Großen und Ganzen waren die deutschen Umweltorganisationen, obwohl sie zu den größten und finanzkräftigsten gehören, auf europäischer Ebene kaum präsent. Die Kompetenz über die EU und ihre Umweltpolitik war schwach, eine europäische Lobbyarbeit fand praktisch nicht statt.“⁽¹⁾

Roose analysierte 2002 auch Erfolge und Misserfolge der EU-Koordinationsstelle. Dass das Interesse an der EU-Politik – ablesbar an den inzwischen 400 AbonnentInnen des EU-Rundschreibens – gewachsen war, wertete der Soziologe als Erfolg. Dass auf der anderen Seite gerade die Serviceleistungen der EU-Koordination dazu führten, dass die Umweltorganisationen die Arbeit delegierten und die eigenen europapolitischen Aktivitäten sich weiter in Grenzen hielten, sah Roose eher als Misserfolg. Die Umweltorganisationen müssten sich grundlegend umorientieren. Vielen von ihnen sei die EU fremd geblieben, eine monatlich erscheinende Zeitschrift könne da nur ein erster Schritt sein, schrieb der Soziologe. Weit mehr Geld und Aufwand müssten die Umweltorganisationen etwa in Informationsreisen nach Brüssel und einen engen Kontakt zu den Brüsseler Büros von europaweiten Netzwerken investieren.

Für die zukünftige und „auch in den nächsten zehn Jahren wichtige“ Rolle der EU-Koordinationsstelle prophezeite Roose: „Wenn sich mehr Umweltorganisationen intensiv auch auf der europäischen Ebene engagieren, wird ihre koordinierende Aufgabe stärker werden. Die Einführung von Mitarbeitern aus den Umweltorganisationen in die Feinheiten und Kniffe der politischen Arbeit in der EU könnte dann eine ihrer wichtigen Aufgaben werden.“

Meilensteine

Europäische Verträge

- ▶ 1987: Einheitliche Europäische Akte – erstmals Abschnitt über Umweltschutz
- ▶ 1993: Maastrichter Vertrag – Umweltschutz wird Gemeinschaftsziel
- ▶ 1999: Vertrag von Amsterdam – nachhaltige Entwicklung und Umweltintegrationsprinzip als neue Ziele; Mitentscheidungsverfahren wird üblich
- ▶ 2003: Vertrag von Nizza
- ▶ 2009: Vertrag von Lissabon – Klimaschutz und umweltfreundliche Energieversorgung als Ziele; ordentliches Verfahren und mehr Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat

Deutsche EU-Ratspräsidentschaften

- ▶ 2. Halbjahr 1994 – Bundeskanzler: Helmut Kohl, Außenminister: Klaus Kinkel
- ▶ 1. Halbjahr 1999 – Kanzler: Gerhard Schröder, Außenminister: Joschka Fischer
- ▶ 1. Halbjahr 2007 – Kanzlerin: Angela Merkel, Außenminister: Frank-Walter Steinmeier

LeiterInnen der EU-Koordination

- ▶ 1991–1998: Sascha Müller-Kraenner
- ▶ 1998–2001: Anja Köhne
- ▶ 2002–2006: Nika Greger
- ▶ 2006–2010: Markus Steigenberger
- ▶ seit 2010: Bjela Vossen

Schon viel erreicht – noch viel zu tun

Seit Rooses Analyse ist ein Jahrzehnt vergangen. Wie vor 20 Jahren informiert die EU-Koordinationsstelle über umweltpolitische Themen in der EU. Mittlerweile ist das EU-Rundschreiben mit dem DNR-Deutschland-Rundbrief und dem Informationsdienst punkt.um zum Monatsmagazin „umwelt aktuell“ verschmolzen, der Abonnementkreis hat sich vervielfacht. Ein wöchentlicher E-Mail-Newsletter informiert mehr als 1.700 Interessierte kostenlos über wichtige umweltpolitische Entwicklungen und Beteiligungsmöglichkeiten. Jeden Monat listet eine monatliche Vorausschau die wichtigsten EU-Termine mit Themen, Kontakten und Links auf, etwa Sitzungen des Europaparlaments und der Ministerräte. Die Internetseite www.eu-koordination.de bringt aktuelle Umweltnews und stellt die wichtigsten Politikbereiche vor – mit Basisinformationen über EU-Institutionen und Gesetzgebungen, AnsprechpartnerInnen im Europäischen Parlament und bei Brüsseler Verbänden, wichtigen Links und Adressen. Darüber hinaus informieren Themenhefte, Factsheets und Steckbriefe übersichtlich über einzelne Prozesse und Themen.

Jährliche Lern- und Lobbyfahrten nach Brüssel geben Aktiven in den Umweltschutzorganisationen Werkzeuge für europäische Lobbyarbeit und Vernetzung an die Hand. Gleiches leisten die publizistischen Dauerbrenner der EU-Koordination: „Brüsseler 1x1 für Umweltbewegte – Wie funktioniert die EU?“ und „Meine Rechte – Handbuch für EU-Beschwerden“. Die von der EU-Koordination organisierten Brüssel-Touren sind bereits „legendär“ – andere europäische Umweltverbände fragen um Rat zur Organisation eigener Reisen. Und das „Brüsseler 1x1“ ist bereits in der vierten Auflage erschienen; zu der englischen Übersetzung kamen dank des Engagements zweier Verbände eine spanische und eine tschechische.

Kurz sind die Wege zu den Brüsseler Netzwerken geworden, besonders durch die Mitgliedschaft im Europäischen Umweltbüro (EEB) und die Mitarbeit im EEB-Präsidium. Regina Schneider vom

EEB beschreibt die Zusammenarbeit des europäischen Dachverbandes mit der EU-Koordination als „sehr eng, weil sie hervorragende Arbeit zu EU-Themen macht und weil die Koordination der deutschen Mitglieder uns natürlich enorm unterstützt“.

Die Vernetzungsarbeit in Deutschland findet unter anderem in Fachworkshops oder bei Veranstaltungen wie den EU-politischen Umweltpulsen statt. Eine eigens entwickelte Internetseite⁽²⁾ informiert über die 99 deutschen EU-Abgeordneten und die in ihren Wahlkreisen ansässigen Umweltverbände. Die EU-Koordination organisiert regelmäßig Lobbygespräche mit EU-Kommissaren und deren Kabinetten und mit zahlreichen EuropaparlamentarierInnen unterschiedlicher Parteien. Positionspapiere oder Briefe an Ministerien, die EU-Kommission oder den Umweltausschuss des Europäischen Parlaments koordinieren die EU-Expertinnen des DNR regelmäßig.

Es ist aber noch viel Arbeit notwendig, um dem Namen EU-Koordination gerecht zu werden. Vielen Umweltaktiven ist die EU immer noch fremd, sodass die Einführung in die Feinheiten und die „Kniffe der politischen Arbeit in der EU“ eine der wichtigsten Aufgaben der EU-Koordination bleibt. Gleichzeitig will sie die Zusammenarbeit mit den inzwischen etablierten EU-Profis in den Verbänden weiter ausbauen.

Engagiert und mit langem Atem

Die Arbeit der deutschen Umweltverbände zu EU-politischen Themen ist in den letzten Jahre spürbar intensiver geworden. Einige von ihnen haben eigene MitarbeiterInnen in Brüssel platziert oder in Deutschland für europäische Themen eingestellt. Über europäische Dachverbände haben sie ihre Brüsseler Netzwerke ausgebaut. Aber da inzwischen 80 Prozent der deutschen Umweltgesetzgebung ihren Ursprung in Brüssel haben, ist die Gewichtung von nationalen und EU-Schwerpunkten bei den deutschen Umweltverbänden noch lange nicht ausgeglichen.

In den 20 Jahren hat sich die DNR-EU-Koordinationsstelle dank der Projektförderung aus dem Verbändetopf des Bundes-

umweltministeriums in der deutschen und europäischen Verbandslandschaft etabliert. Doch die finanzielle Situation ist dauerhaft prekär. Die Arbeit wird von Teilzeitkräften geschultert. Der Umweltdachverband kann aus eigenen Kräften keine Grundfinanzierung bereitstellen, sodass die Koordinationsstelle allein über Projekte finanziert ist. In Berlin sitzt die EU-Koordination des DNR zwar an der richtigen Stelle. Doch der Vernetzungsarbeit zwischen Berlin und Brüssel täte es gut, gäbe es auch eine Niederlassung „vor Ort“ in Brüssel. Die Deutschen als große europäische Nation haben eine wichtige Rolle in EU-Parlament und Ministerrat, und Europapolitik läuft zunehmend über die Schnittstelle Berlin-Brüssel. In der heutigen Krisenzeit dominieren Stabilität von Wirtschaft und Währung die Diskussion – doch ohne Natur- und Umweltschutz verlieren wir viel wichtigere Lebensgrundlagen. Umso entscheidender ist es, dass die nationalen und europäischen Umweltverbände an einem Strang ziehen und nicht innerhalb der Verbandspolitik die Platzhirsche an der ersten Stelle steht.

Anmerkungen:

- ▶ (1) Roose, J.: Brückenbauer nach Brüssel. Die EU-Koordinationsstelle des DNR. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 1, März 2002, S. 89–94
- ▶ (2) www.umweltcheck-europarl.de

Die Biologin Bjela Vossen arbeitet seit 2004 für die DNR-EU-Koordination in Berlin, seit 2006 als Projektleiterin.



Die Kulturwissenschaftlerin Juliane Grüning ist seit 2003 beim DNR für Europafragen und Öffentlichkeitsarbeit zuständig.



Zur EU-Koordination gehören außerdem die Umweltwissenschaftlerin Stefanie Langkamp und die Politologin Antje Mensen.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 6781775-81, E-Mail: eu-info@dnr.de, www.eu-koordination.de

„EU-Arbeit muss nicht nur in Brüssel, sondern genauso in den Mitgliedstaaten stattfinden“

Wollen Umweltverbände auf europäischer Ebene erfolgreich sein, müssen sie sich vor allem gegen das Heer der Brüsseler Industrielobbyisten durchsetzen. Dabei helfen gute Absprachen, engagierte Personen und ein Finanzpolster, das unabhängig macht. Aber auch die nationalen Büros müssen europapolitisch immer am Ball bleiben, empfiehlt Jorgo Riss von Greenpeace.

umwelt aktuell: Herr Riss, seit wann sind Sie EU-aktiv?

Jorgo Riss: Ich bin seit etwa zehn Jahren in Brüssel. Zuerst habe ich als Berater von Greenpeace für Chemikalienpolitik gearbeitet, das war zu der Zeit, als die Chemikalienverordnung REACH entstand. Seit 2003 leite ich die EU-Abteilung von Greenpeace.

Ihre EU-Erfahrung reicht also über ein Jahrzehnt zurück. Konnten Sie Veränderungen bei der Arbeit von Umweltorganisationen beobachten?

Auf alle Fälle. Immer mehr Umweltorganisationen haben ein Büro in Brüssel. Das Netzwerk der Green 10 hat auch mal als Green 4 angefangen. Außerdem sind mehr Organisationen in der Umweltpolitik tätig, die eigentlich andere Schwerpunkte haben, wie das Netzwerk für Gesundheit und Umweltschutz HEAL oder die finanzkritische Organisation CEE Bankwatch – einfach, weil Umwelt mit allen Themen zusammenhängt. Außerdem gibt es seit etwa fünf Jahren eine wachsende Präsenz von US-Stiftungen, die versuchen, die EU-Gesetzgebung zu beeinflussen, und in ihrer Arbeit den amerikanischen Stil mitbringen.

Was sich auch etwas verschoben hat, ist die Perspektive. Stichwort Lobbytransparenz: Die Aufmerksamkeit der Nichtregierungsorganisationen richtet sich nicht mehr nur auf Sachthemen, sondern auch auf den Prozess der Politikgestaltung. Deswegen hat zum Beispiel Corporate Europe Observatory (CEO) seinen Sitz von den Niederlanden nach Brüssel verlegt, weil 90 Prozent der Entscheidungen inzwischen von Brüssel beeinflusst sind. CEO begleitet die Kontakte zwischen Wirtschaft und EU-Politik kritisch, besonders nach dem Ausscheiden von hohen EU-Beamten: der sogenannte Drehtüreffekt. Da gibt es jede Menge Skandale. Deswegen hat Greenpeace 2005 die Allianz für Lobbytransparenz Alter-EU mitgegründet. Inzwischen sind über 160 Organisationen dabei.

Die Präsenz US-amerikanischer Stiftungen sehe ich gar nicht unbedingt negativ. Es ist aber ein neuer Ansatz, weil die nicht in Europa verwurzelt sind. Die Pew Environment Group beschäftigt sich zum Beispiel mit der europäischen Fischereipolitik und setzt sich für den Haischutz ein, macht also im Prinzip die gleiche Arbeit, hat aber nicht die gleiche Bodenhaftung.

Und die NGO-Büros selbst haben mehr Personal als früher. Der WWF zum Beispiel hat 40 Personen, Friends of the Earth 30. Greenpeace hat inzwischen 16, mehr als vor zehn Jahren, aber wir wollen das auch weiter kompakt halten. Wir wollen eher die EU-Kompetenz in den nationalen Büros stärken, weil es vor allem darauf ankommt, dass EU-Themen in den Mitgliedstaaten eine größere Rolle spielen. Vor zehn Jahren hieß EU-Arbeit für die meisten nationalen Verbände nicht viel mehr als Briefe nach Brüssel zu schicken. Heute ist klar, dass EU-Arbeit genauso in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten stattfinden muss.

Die Brüsseler Umweltverbände haben sich also zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, den Green 10. Wie kann man sich die praktische Arbeit vorstellen?

Die Green 10 treffen sich auf Direktorenebene etwa alle vier bis sechs Wochen, je nachdem, was an gemeinsamen Aktivitäten stattfindet. Die wichtigste Aufgabe ist der Austausch von Informationen. Denn selbst der WWF als personenstärkster Verband schafft es nicht, alle relevanten Fakten zu erfassen. Die Radarfunktion können wir einzeln gar nicht erfüllen, dazu müssen wir zusammenarbeiten und das klappt auch sehr gut. Dann gibt es so etwas wie eine Arbeitsteilung, also Verbände, die sich mehr mit Verkehrspolitik oder mehr mit Agrarpolitik beschäftigen. Die Green 10 sind wichtig, um gemeinsam stärkeren Druck aufzubauen. Zum Beispiel haben wir während der Erarbeitung der EU-Chemikalienreform beschlossen, dass Greenpeace eher die härteren Attacken übernimmt, also das Bloßstellen von Leuten wie dem zuständigen Kommissar Verheugen, in dessen Abteilung zeitweise direkt BASF-Mitarbeiter saßen, um am Gesetzestext zu schreiben. Wir sind also sehr konfrontativ mit den teilweise schmutzigen Deals der Politik umgegangen. Der WWF wiederum hat den Kontakt zu den konservativen EU-Parlamentariern übernommen, weil er dort eher gehört wird als Greenpeace. Kleinere Gruppen haben dann technische Papiere erarbeitet. Da läuft dann eine richtig gute Zusammenarbeit, wenn alle Verbände ihr Profil und ihre Stärken einsetzen. Zum Beispiel hat sich Greenpeace während der Entstehung des Klima- und Energiepakets besonders

auf Erneuerbare und Atompolitik konzentriert, während Transport & Environment die Verkehrspolitik im Blick behielt. Sowohl bei REACH als auch bei dem Energiepaket ging es um Riesenthemen, da waren die Wirtschaftsverbände, die USA und Drittstaaten total aktiv, das waren mehrjährige große Lobbyaktionen – wenn da kein enger Schulterchluss zwischen NGOs entsteht, dann kann das nach hinten losgehen.

Hat sich die Bedeutung der Umweltpolitik in den letzten Jahren erhöht?

Im Gegenteil: Definitiv hat das Thema Umwelt unter der zweiten Barroso-Kommission an Wichtigkeit verloren. Der letzte Umweltkommissar Dimas hatte noch eine ganz andere Stellung als jetzt Potočnik, dem man ja im Prinzip alle wichtigen Themen weggenommen hat. Alle wirtschaftlich irgendwie brisanten Themen sind verteilt worden an Kommissare, die Umwelt nicht als Hauptthema betrachten: Chemie ging an den Berlusconi-Mann Tajani, den Unternehmenskommissar, Gentechnik ist bei Verbraucherkommissar Dally gelandet, für Energie ist Oettinger zuständig. Potočnik macht gut gemeinte Vorschläge, aber weil alles, was der Industrie nicht schmeckt, woandershin verlagert worden ist, bleibt das etwas zahlos.

Außerdem – das ist mein persönlicher Eindruck – scheint sich die journalistische Landschaft verändert zu haben. Wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten mancher Druckmedien sind die Korrespondenten abgezogen worden. Die Storys scheinen auch weniger spannend zu sein. Es gab Zeiten, als zum Beispiel die Altautorichtlinie verabschiedet wurde, da haben die Unternehmen in Japan und Korea schon ganze Produktionsketten umgestellt, bevor überhaupt die EU-Entscheidung gefallen war. Das sind natürlich interessantere Geschichten, wenn EU-Entscheidungen weltweite Auswirkungen haben. Ähnlich war das bei REACH. Seit 2008 ist es wesentlich schwieriger geworden, die Kommission zu innovativen, bedeutenden Vorschlägen zu bewegen. Auch mit der Osterweiterung ist das nicht einfacher geworden – obwohl sich die Befürchtungen nicht bewahrheitet haben, dass die neuen Staaten Umweltthemen ausbremsen, weil sie mit der Anpassung an das bestehende EU-Recht schon genug zu tun haben. Umweltthemen

verursachen Brüche eher zwischen Politikern, die Umwelt- und Gesundheitsthemen wichtig nehmen, und den anderen, es gibt da keine Ost-West-Spaltung. Ungarn zum Beispiel hat bei der Landwirtschaft oft sehr progressiv gehandelt, während Großbritannien schon immer pro Gentech war. Frankreich, Großbritannien und Polen blockieren bei Erneuerbaren, andere Staaten aber nicht. Und was die Bekämpfung von Holz aus illegalem Einschlag angeht, sind die sonst so progressiven Skandinavier wegen des Drucks ihrer Holzindustrie gar nicht mehr so fortschrittlich, das merkt man selbst bei verwandten Themen wie Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse. Auch im EU-Parlament sind keine nationalen Fronten zu erkennen.

Allerdings ist die Kommission mit ihrer jetzigen Generalsekretärin nicht mehr der Motor für progressive Vorschläge – spätestens seit der zweiten Barroso-Kommission ab 2010. Es gibt da keine zukunftsweisenden Entscheidungen mehr. Barroso ist der alteingesessenen Wirtschaftslobby sehr, sehr nahe. Im Großen und Ganzen ist er ein Präsident, der stark opportunistisch arbeitet. Vor dem Klimagipfel in Kopenhagen vor zwei Jahren hatten sich die Green 10 überlegt: Wie bekommen wir Barroso dazu, dass er die EU-Klimapolitik als seine Politik sieht? Wir haben gemerkt, dass Themen nur durchkommen, wenn Barroso damit in die Medien kommt, außerdem schätzt er die Nähe von Prominenten. Also haben wir ihn gefragt: Wie kommt es, dass Menschen wie Al Gore oder Schwarzenegger mit eigentlichen EU-Themen in die Medien kommen und der EU die Show stehlen – sollte die EU die Show nicht zurückgewinnen? Das hat auch erst mal funktioniert – vor Kopenhagen. Aber in Kopenhagen selbst hat die EU-Diplomatie völlig versagt. Natürlich spielten auch die USA und China ihre Rolle, aber die EU hat nicht versucht, sich Verbündete in Drittstaaten zu suchen, um einen Gegenpol zu bilden, und das Ergebnis war das Kopenhagen-Debakel. Kurz davor war Klimaschutz in der EU in einem Hoch, aber als es drauf ankam, hat die EU versagt. Und seitdem ist Klimaschutz auch innerhalb der EU im Tief. Inzwischen geht es nur noch um Finanzpolitik: erst die Wirtschaftskrise, die sich dann in eine Krise der Staatsfinanzen gewandelt hat. Das macht es schwer, andere Themen anzugehen. Und das ist dann auch für die Journalisten schwer. Die, die neu dazugekommen sind, kennen die EU oder die Kommission ja gar nicht mehr als innovativen Player. Die Journalisten erleben gar nicht, dass es auch anders sein kann, dass die EU nämlich weltverändernde neue Standards setzt. Das war vor 2008 noch möglich.

Wenn Sie zusammenfassen wollten: Wie haben sich die Umweltverbände in Brüssel entwickelt?

Vielleicht ist es nicht nur wichtig zu fragen, was sich in Brüssel getan hat, es muss auch darum gehen, was sich in der nationalen Arbeit der Umweltverbände geändert hat. Ich glaube, das Interesse und das Verständnis dafür, dass die nationale Arbeit Teil von EU-Arbeit ist, sind gewachsen. Spätestens seit der Einführung des Euro hat auch der Letzte begriffen, dass er ein Teil von Europa ist. In der täglichen Arbeit der Verbände ist auch wichtig, dass die nationalen Organisationen die EU beeinflussen, das stärkt das Netzwerk. Denn die Wirtschaftslobby mit ihren Streitern für fossile Energien und für die Autoindustrie ist schon viel länger europäisch orientiert. Wir wollen ja der Wirtschaft nicht immer drei Schritte hinterherlaufen. Deswegen sollten wir strategisch denken und die nationalen Kapazitäten europäisch ausrichten.

Als ich vor zehn Jahren anfang, waren die Organisationen in Brüssel natürlich auch schon längst am Ball, aber die nationalen Büros waren fast alle bei EU-Themen hinterher. Wenn es dann um Treffen mit Ratsmitgliedern – Ministern oder Beamten – ging, konnten die nationalen Büros nicht immer schnell genug reagieren. Sagen wir, die Umweltverbände waren vor zehn Jahren drei Schritte hinterher: Erstens waren die Büros in Brüssel zu klein, um bei der vielen Arbeit professionell Einfluss ausüben zu können. Zweitens rangierten EU-Themen in den nationalen Büros nur unter „ferner liefern“ und waren nur wichtig, wenn jemand mal Zeit hatte oder es ihn aus persönlichen Gründen interessierte. Der dritte Punkt war, dass es keine europäische Kommunikationsstrategie gab.

Inzwischen haben wir beim Personal mindestens einen halben Schritt aufgeholt, auch wenn die Wirtschaftslobby immer noch sehr viel mehr hat. Den zweiten Punkt kann ich nur für Greenpeace beurteilen: Da hat sich die Bedeutung der EU-Arbeit klar gewandelt. Ich selber reise seit sechs Jahren jährlich zu unseren Büros in verschiedenen Ländern und biete Trainings für die neuen Kollegen an. Woran es aber immer noch fehlt, sind die europäisch koordinierten Kampagnen: eine gemeinsame europäische Strategie, die dann jeweils national angepasst wird. Zum Beispiel zu der Frage, wie die Klima- und Energiepolitik in den nächsten zehn Jahren aussehen soll. Oder in der Fischereipolitik: Die EU-Bevölkerung denkt dabei immer noch an ein kleines Boot mit einem sympathischen Fischer, der sein Netz auswirft. Die Realität ist aber, dass da einige Millionäre riesige Flotten betreiben, deren unterbezahlte Besatzung von den

Philippinen kommt und deren Fangmethoden so destruktiv sind, dass sie wie ein Staubsauger jeden kleinsten Fisch aufsaugen. Da müssten wir das Bild mal geraderücken – da sind wir auch hinterher. Wir sind also immer noch nicht da, wo wir sein wollen, aber immerhin haben wir überall einen halben Schritt aufgeholt!

Wenn eine gute Fee käme und Sie für die EU-Umweltbewegung drei Wünsche frei hätten ...

Ich würde mir einen Europäischen Fonds für die Zivilgesellschaft wünschen, wo ein unabhängiges Gremium entscheidet, wer Projektgelder erhält. Denn außer Greenpeace bekommen alle Umweltorganisationen Geld von der EU-Kommission. Und das ist auch gut so. Die Zivilgesellschaft zu fördern ist eine wichtige Aufgabe, die Europa und die europäische Idee letztlich auch den Bürgern näherbringt. Aber schwierig ist dabei, dass die Kommission direkt Leute fördert, die die Kommission auch kritisieren. Und die Zeit, die inzwischen in Berichte und Nachweise für die Mittel und in die Arbeit für die Bürokratie fließt, beschäftigt die NGOs teilweise für Wochen, auch auf Direktorenebene. Das zerstört auch langfristig den Enthusiasmus. Ich dagegen muss mir nie zweimal überlegen, wen ich kritisiere und wen ich lobe, das ist schon eine große Freiheit. Außerdem wünsche ich mir eine starke EU-Kommission mit Kommissaren, die das Gemeinwohl ganz vorn sehen – und dass wir den Einfluss von Firmenlobbyisten auf Kommission, Ministerrat und Parlament bremsen. Und der dritte Wunsch ist, dass wir in Europa gemeinsam den Wandel zu erneuerbaren Energien gestalten, dass Europa aussteigt aus nuklearen und fossilen Energien und wir ein europaweites Erneuerbare-Energien-System bekommen mit Solarenergie aus Spanien, Wind aus Irland und Geothermie aus Österreich. Auch das bringt Europa zusammen. Und das wäre auch ein Modell, auf das die Europäer stolz sein könnten und das es zu exportieren lohnt.

[Interview: Juliane Grüning]

Der Politikwissenschaftler Jorgo Riss leitet das Greenpeace-Büro in Brüssel.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 2741907,
E-Mail:
jriiss@greenpeace.org,
www.greenpeace.eu



EU-Naturschutz

Mehr Präsenz!

Trotz einiger Erfolge im europäischen Naturschutz müssen Umweltverbände weiter kämpfen

In den letzten zwanzig Jahren ist umweltpolitisch in Europa viel passiert. Auch die Nichtregierungsorganisationen haben ihre EU-Arbeit verstärkt und zum Beispiel mit dazu beigetragen, das Schutzgebietsnetz weiter auszubauen. Doch heute sind neue Strategien gefragt, um der Macht der Industrie etwas entgegenzusetzen zu können. Informiert zu sein reicht nicht, persönliche Kontakte vor Ort sind effizienter. ■ VON CLAUS MAYR, NABU

1992 war ein sehr wichtiges Jahr für den Natur- und Umweltschutz. Auf internationaler Ebene wurden die Rio-Konventionen beschlossen, darunter die Konvention über biologische Vielfalt (CBD). Die Biodiversitätskonvention bot ein Dach für die älteren, sektoralen Naturschutzkonventionen zum Schutz von Feuchtgebieten (Ramsar 1971), zur Regulierung des Handels mit bedrohten Arten (CITES, 1973) sowie zum Schutz wandernder wild lebender Tierarten (Bonner Konvention, 1979).

Auf EU-Ebene beschlossen die Mitgliedstaaten im Mai 1992 nach mehrjährigen intensiven Debatten die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Die FFH-Richtlinie übertrug die Konzepte der schon im Jahr 1979 von den Mitgliedstaaten beschlossenen EG-Vogelschutzrichtlinie auf andere Artengruppen wie Säugetiere, Reptilien, Amphibien, Fische und Insekten sowie gefährdete Pflanzenarten und Lebensraumtypen. Sie griff damit die Ziele der Biodiversitätskonvention für die EU auf und setzte zudem die Berner Konvention über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume von 1979 rechtsverbindlich um. Zudem sollten FFH- und Vogelschutzrichtlinie nach dem Willen der Mitgliedstaaten gewährleisten, dass der Schutz der Natur und der natürlichen Ressourcen nicht „unter die Räder kommt“. Da die EU-Staaten ebenfalls 1992 in Maastricht beschlossen hatten, die Wirtschafts- und Währungsunion auszubauen, mussten einheitliche „Spielregeln“ für den Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie her. Bereits 1985 hatten die Mitgliedstaaten in Brüssel nach amerikanischem Vorbild

eine Richtlinie zur Umweltverträglichkeit (UVP-Richtlinie) verabschiedet, die 1990 in deutsches Recht umgesetzt worden war.

Auch eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stand 1992 an. Sie sollte ökologischer werden und im Interesse der Bürger und Steuerzahler nicht mehr Milchseen und Butterberge produzieren, sondern auch zum Erhalt der Kulturlandschaft und der natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft beitragen.

Maastrichter Vertrag, Ökologisierung der gemeinsamen Agrarpolitik, UVP-Prüfungen für alle neuen Infrastrukturprojekte, eine neue Naturschutzrichtlinie und vieles mehr wie etwa das 5. Umweltaktionsprogramm waren deutliche Signale auch für die Naturschutzverbände, ihre EU-Arbeit zu verstärken und zu professionalisieren. Denn schon damals war absehbar, dass die „Vorgaben aus Brüssel“ nicht nur in der Landwirtschaft und in der Wirtschaftspolitik, sondern auch für die Umwelt eine immer wichtigere Rolle spielen würden.

Die deutschen Naturschutzverbände intensivieren ihre EU-Arbeit

Folgerichtig intensivierten die großen deutschen Naturschutzverbände ihre Arbeit zu EU-Themen und regten beim Dachverband DNR die Einrichtung einer EU-Koordinationsstelle an. Die Informationen der DNR-EU-Koordination sind auch heute noch, ob in gedruckter Form oder elektronisch, ein absolutes Muss, um den Überblick zu behalten. Dies gilt umso mehr seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages, mit dem auch das Europäische Parlament in den meisten Rechtsbereichen,

auch in der so wichtigen Landwirtschafts- und Haushaltspolitik, volle Mitentscheidungsrechte bekommen hat. Genügte es früher weitgehend, die Arbeit der EU-Kommission, die Entscheidungen der Ministerräte und vielleicht noch die Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu verfolgen, ist spätestens seit Lissabon auch die Begleitung der Arbeit des Europäischen Parlaments eine der zentralen Säulen der umweltpolitischen Arbeit in Brüssel und Straßburg geworden.

Erfolge und Misserfolge

Die UVP-Richtlinie, vor allen aber die Vogelschutz- und FFH-Richtlinie sowie deren Umsetzung in nationales Recht in den Mitgliedstaaten brachten in den letzten 20 Jahren große Erfolge. Das Netz der Natura-2000-Gebiete, das sich aus den Vogelschutzgebieten und den FFH-Gebieten zusammensetzt, umfasst heute etwa 18 Prozent der Landfläche der EU-Mitgliedstaaten und gilt damit als größtes Schutzgebietsnetzwerk der Welt. Im Meer hat dieses Netz allerdings noch riesige Lücken, die in den nächsten Jahren geschlossen werden müssen.

Mehrere Studien haben gezeigt, dass sich insbesondere die Bestände der Vogelarten, für die Vogelschutzgebiete ausgewiesen wurden, positiv entwickelt haben. Fast 80 Prozent der Lebensraumtypen und Arten in den FFH-Gebieten sind dagegen immer noch nicht in einem guten Erhaltungszustand, und so ließ sich das von den EU-Staatschefs im Jahr 2001 beschlossene Ziel, das Artensterben bis 2010 zu stoppen, nicht erreichen. Das liegt vor allem daran, dass die meisten Natura-2000-Gebiete

bis heute nur auf dem Papier existieren: Sie wurden zwar ausgewiesen, es fehlen aber Managementpläne zur richtigen Pflege und das Geld für ihre Umsetzung. Der Rückgang von Vogelarten außerhalb von Schutzgebieten, etwa der Feldvogelarten, zeigt zudem, dass die Folgen der industrialisierten Intensivlandwirtschaft sowie von Flächenverlust und Flächenzerschneidung durch Infrastrukturprojekte bis heute kaum gebremst sind. Einige dieser Probleme sollen jetzt durch die neue EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020 gelöst werden, aber die entscheidenden Schlüssel für eine wirklich nachhaltige Entwicklung sind die erforderlichen Paradigmenwechsel in der Landwirtschafts-, Struktur- und Haushaltspolitik. Stellvertretend soll hier nur die Strukturpolitik behandelt werden.

Milliarden für Betonprojekte

In den 1990er-Jahren, nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Fall des Eisernen Vorhangs und mit der massiven räumlichen Ausdehnung der EU nach Ost- und Südosteuropa, wurden die umweltpolitischen Herausforderungen immer größer. Als Stichwort sei hier nur die Kofinanzierung von Infrastrukturprojekten durch EU-Mittel in Ost- und Südeuropa sowie in den neuen Bundesländern genannt. Noch heute fließt fast die Hälfte des EU-Haushalts von rund 130 Milliarden Euro pro Jahr in Infrastrukturprojekte, die – allen politischen Sonntagsreden und Programmen zum Trotz – bis heute in den seltensten Fällen umwelt- und naturverträglich eingesetzt werden. In den neuen Ländern entstanden zahlreiche Autobahnen, teilweise als Bestandteil der transeuropäischen Netze (TEN-T). Auch der – immer noch andauernde – Ausbau der Elbe, eines der „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“, ist hier auf der Negativseite zu verbuchen. In Portugal, Spanien und auf den Inseln im Mittelmeer kann man Autobahnen und autobahnähnliche Straßen bewundern, deren Frequentierung gerade den Bau einer Kreisstraße rechtfertigt.

Und diese Entwicklung scheint trotz Euro- und Bankenkrise und trotz des ständig öffentlich betonten Sparwillens weiter-

zugehen: So hatte die polnische Regierung im Frühjahr beantragt, 1,2 Milliarden Euro, die eigentlich für den Ausbau der Eisenbahn vorgesehen waren, für den Bau von Autobahnen verwenden zu dürfen.

Neben EU-subventionierten Autobahnen und Flughäfen sind es auch überflüssige Müllverbrennungsanlagen und gähnend leere Gewerbegebiete, die von falschen Prioritäten in den letzten Jahrzehnten zeugen. Kein Wunder, dass die Flächenversiegelung bis heute kaum zurückgegangen ist und das Ziel der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die Zahl bis 2020 von 120 auf 30 Hektar pro Tag zu senken, unerreichbar erscheint.

Kräfte bündeln, Kontakte pflegen

Nicht nur in der eigentlichen Naturschutzpolitik müssen sich Naturschutzverbände bei der EU-Kommission, bei den Ministerräten und im Europäischen Parlament weiter engagieren. Noch mehr gilt das für die EU-Agrar-, Struktur- und Haushaltspolitik, für die Klima- und Ressourcenpolitik und viele andere Bereiche. Wichtig scheint dem Autor nach vielen Jahren eigener Erfahrung in Brüssel, dass die Umwelt- und Naturschutzverbände ihre Zusammenarbeit mit dem EU-Parlament intensivieren. Auch die vorbereitenden Arbeitsgruppen in der Kommission und die diversen Arbeitsgruppen der Mitgliedstaaten, die die Arbeitsprogramme der Ratspräsidentschaften und die Beschlüsse der Ministerräte vorbereiten, sind wichtige Ziele der Lobbyarbeit.

Zurzeit zeigt sich dies in der Agrarpolitik. Hier strebt die EU-Kommission ein „Greening“ der sogenannten ersten Säule an, in der bislang fast 40 Prozent des EU-Haushalts zur Subventionierung von „Flächenprämien“ genutzt – man könnte auch sagen missbraucht – werden, die weder europäischen SteuerzahlerInnen noch dem Schutz unserer Lebensgrundlagen zugutekommen. Selbst diese behutsamen Ansätze drohen bereits im Ministerrat und im EU-Parlament wieder verwässert zu werden. Der Arm der Landwirtschaftslobby und der Agroindustrie ist lang und stark. Hat ihre Lobbyarbeit bei der Kommission nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht, ren-

nen sie den nationalen Ministern, den Vertretungen ihrer Mitgliedstaaten und Regionen in Brüssel sowie den Parlamentariern die Türen ein.

Dem haben die Naturschutzverbände bislang wenig entgegenzusetzen, obwohl sie ihre Kräfte bündeln, arbeitsteilig vorgehen und eine hervorragende Informationspolitik betreiben, etwa durch das Netzwerk der „Green 10“ in Brüssel oder die DNR-EU-Koordination in Berlin. Gerade für die hiesigen Verbände gilt angesichts des deutschen Einflusses im Ministerrat und im Europaparlament, wo Deutschland mit 99 ParlamentarierInnen die größte Gruppe stellt: Zusammenarbeit und gegenseitiger Informationsaustausch sind gut, sollten aber durch direkte Lobbyarbeit vor Ort in Brüssel ergänzt werden. Durch persönliche Kontakte kann man effizienter arbeiten und im Regelfall mehr erreichen als durch „Brandbriefe“ an die nationalen Minister zwei Wochen vor einer Ratssitzung, denn dann sind die Papiere in der Regel seit Wochen vorbereitet und „die Messen gesungen“. Entsprechendes gilt auch für die persönliche Zusammenarbeit mit den ParlamentarierInnen – durchaus auch in ihrem Heimatwahlkreis, in dem sie immerhin eine Woche pro Monat verbringen. Besonders die Kontakte zu den einflussreichen Ausschussvorsitzenden, Berichterstattern und Schattenberichterstattern für bestimmte Dossiers müssen intensiviert werden. Dies kann die DNR-EU-Koordination naturgemäß nicht leisten, aber sie kann ihren Mitgliedsverbänden und deren Vertretern in Brüssel in der bewährten Weise Hintergrundinformationen, Studien und anderes politisches Rüstzeug liefern, um als Anwälte der Natur möglichst gute Überzeugungsarbeit leisten zu können!

Der Biologe Claus Mayr ist in Brüssel als Direktor für Europapolitik für den Naturschutzbund Deutschland (NABU) tätig.

Kontakt:
Tel. +49 (0)172 / 5966098,
E-Mail:
claus.mayr@nabu.de,
www.nabu.de/europa



EU-Umweltrecht

Mehr Klagerechte

Der Europäische Gerichtshof stellt klar, dass Deutschland um das EU-Recht nicht herumlavieren darf

Umweltverbände haben als Anwälte der Natur lange dafür gekämpft, auch vor Gericht gehen zu können, wenn Gesetze zum Schutz von Umwelt und Natur nicht eingehalten werden. Dem Versuch der Bundesregierung, die Verbandsklagerechte zu beschneiden, hat der EuGH nun eine Absage erteilt und festgestellt: Die Aarhus-Konvention und der EU-Mindeststandard müssen eingehalten werden. ■ VON ALEXANDRA TRYJANOWSKI UND MICHAEL ZSCHIESCHE, UFU

Deutschland muss die Klagerechte der Umweltverbände verbessern. Das ergibt sich aus einem Urteil⁽¹⁾ des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 12. Mai 2011. Der EuGH hat darin deutlich gemacht, dass das deutsche Umweltrechtsbehelfsgesetz in seiner jetzigen Fassung die vom Europarecht garantierten Standards verletzt.

Ins Rollen gebracht hatte die Angelegenheit eine Klage des Umweltverbands BUND gegen das geplante Kohlekraftwerk des Energieversorgers Trianel im westfä-

schen Lünen. Der BUND fordert darin eine umfassende gerichtliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Bauvorhabens. Bisher schränkt das deutsche Recht allerdings die Klagemöglichkeiten bei Verstößen gegen Vorschriften zum Schutz der Natur, des Wassers oder zur vorsorgenden Luftreinhaltung häufig ein. Das zuständige Oberverwaltungsgericht in Münster reichte deshalb beim EuGH ein sogenanntes Vorabentscheidungsersuchen ein, um feststellen zu lassen, ob das deutsche Recht hier ausreicht, um die europäischen Normen zu erfüllen.

Aufgrund der EuGH-Entscheidung muss die Bundesrepublik nun den Zugang zu Gerichten für Umweltverbände verbessern und dazu das Umweltrechtsbehelfsgesetz ändern. Das Gesetz wird derzeit überarbeitet, die neue Fassung soll Anfang 2012 vorliegen. Das Urteil verbessert die Rechtslage der Umweltverbände jedoch schon jetzt: Der EuGH hat klargestellt, dass die Verbände ihr Recht auf Zugang zu den Gerichten bis zum Inkrafttreten der Änderung direkt aus der entsprechenden Richtlinie herleiten können.

Umwelt-Verbandsklage in vielen Fällen ausgeschlossen

Die deutsche Verwaltungsgerichtsordnung bestimmt, dass vor den Verwaltungsgerichten nur klagen kann, wer die Verletzung in eigenen, also subjektiven Rechten geltend machen kann. Das bedeutet, dass jemand nur dann eine Rechtsverletzung rügen kann, wenn ihm ein entsprechendes Recht selbst zusteht – wie zum Beispiel das Eigentumsrecht – und wenn genau dieses Recht auch verletzt ist. Im Umweltbereich hieß

das häufig, dass ein Fall nicht vor Gericht gebracht werden konnte, wenn sich kein Anwohner bereitfand, um gegen Eigentumsverletzungen oder gesundheitliche Beeinträchtigungen zu klagen. Vor allem wenn Umweltbelange in unbewohntem Gebiet betroffen waren, galt: Wo kein Kläger, da kein Richter. Wo also niemand im Namen des Umweltschutzes klagen kann, sind auch Verstöße gegen geltendes Recht nicht gerichtlich angreifbar.

Beginnend in Bremen 1978, führten immer mehr Bundesländer die naturschutzrechtliche Verbandsklage ein, um diesen Missstand zu beheben. Bis 2006 galt allerdings die Einschränkung, dass nur Verstöße gegen Naturschutzrecht geltend gemacht werden konnten, nicht aber Verstöße gegen die viel weiter reichenden Umweltvorschriften.

Deutschland trickst beim Zugang zu Gerichten

Die Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie der EU, die Garantien aus der Aarhus-Konvention (siehe Kasten) in das Gemeinschaftsrecht übernahm, sollte eigentlich die Rechte der Öffentlichkeit und auch der Verbände stärken: Sie sollten beim Zugang zu Umweltinformationen, bei der Beteiligung in umweltbezogenen Verfahren und auch beim Zugang zu Gerichten mehr Rechte erhalten, indem die Richtlinie EU-weite Mindeststandards vorschrieb. Auch wenn Deutschland die meisten dieser Standards bereits erfüllte, war das nicht überall der Fall – insbesondere nicht, was die Möglichkeit für Umweltverbände betraf, gegen Rechtsverletzungen gerichtlich vorzugehen.

Aarhus-Konvention

Die Aarhus-Konvention ist der erste völkerrechtliche Vertrag, der jeder Person Rechte im Umweltschutz zuschreibt. Er ist nach der dänischen Stadt Aarhus benannt, in der 1998 die Unterzeichnung stattfand. Bisher unterzeichneten 44 Staaten die Konvention. Sie regelt den Zugang zu Umweltinformationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Die Möglichkeit, Klage gegen Umweltbeeinträchtigungen zu führen, gilt auch im Sinne der Wahrung der Lebensbedingungen künftiger Generationen. Auch mit Blick auf die Durchsetzung allgemeiner Menschenrechte hat die Aarhus-Konvention eine große Bedeutung. Die Aarhus-Konvention entstand im Rahmen der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) und trat 2001 in Kraft.

► www.aarhus-konvention.de

Die Richtlinie war von der Bundesrepublik Deutschland bis Juni 2005 in nationales Recht umzusetzen. Doch dies geschah mit Verspätung, im Fall des Zugangs zu Gerichten sogar erst im Jahr 2006 mit dem Umweltrechtsbehelfsgesetz. Und obwohl es der Umsetzung der Richtlinie dienen sollte, schränkte das Umweltrechtsbehelfsgesetz den Gerichtszugang für Verbände ein, statt ihn zu erleichtern: Das Gesetz bestimmt seitdem, dass auch Verbände, genau wie Einzelpersonen, wiederum nur die Verletzung subjektiver Rechte rügen dürfen. Damit wurde die Verbandsklage ausgehebelt, denn diese war ja gerade geschaffen worden, um die Belange des Umweltschutzes unabhängig von der Verletzung der Rechte Einzelner durchzusetzen – im Interesse der Gesellschaft und „um der Natur selbst willen“.

Dass die Bundesregierung zu diesem gesetzgeberischen Trick griff, überraschte dann doch. Nicht, weil die Konstruktion gänzlich neu war, denn Ähnliches hatte im Februar 2006 der Rechtswissenschaftler Thomas von Danwitz in seinem Gutachten auf dem Parlamentarischen Abend der großen Industrieverbände vorgestellt. Sondern, weil dieser Art der „Umsetzung“ klarer europäischer Vorgaben ins deutsche Recht von Anfang an die Europarechtswidrigkeit auf die Stirn geschrieben stand.

Erfolg für die Umweltverbände

Die deutschen Umweltverbände kritisieren diese Verletzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der Aarhus-Konvention. Sie wiesen auch das Compliance Committee der Aarhus-Konvention, das deren Einhaltung durch die Unterzeichnerstaaten

überwacht, auf die Einschränkung des Zugangs zu Gerichten in Deutschland hin.

Mit der Klage des BUND gegen das Kohlekraftwerk Lünen lag schließlich auch ein Fall vor, an dem die deutsche Regelung vom EuGH auf ihre Vereinbarkeit mit der europarechtlichen Regelung aus der Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie überprüft werden konnte. Dabei ging es unter anderem um die Frage, ob das geplante Steinkohlekraftwerk die in der Nähe liegenden Fauna-Flora-Habitat-(FFH-)Gebiete erheblich beeinträchtigen könne. Das zuständige Oberverwaltungsgericht kam zu dem Schluss, dass eine solche Beeinträchtigung zwar nicht ausgeschlossen werden könne, der BUND aber nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz jedenfalls nicht klagebefugt sei, da die Beeinträchtigung der FFH-Gebiete zwar gegebenenfalls gegen die europäische FFH-Richtlinie verstoße, aber nicht den BUND in eigenen Rechten verletze.

Deutschland muss sein Gesetz umschreiben

Nachdem die Generalwältin des EuGH Eleanor Sharpston schon im Dezember 2010 deutliche Worte zum Umweltrechtsbehelfsgesetz gefunden hatte, die im Detail aufzeigten, dass keines der von Deutschland vorgebrachten Argumente die Einschränkung der Klagerechte rechtfertigen konnte, sprach das EuGH-Urteil selbst ebenfalls eine deutliche Sprache. Die Luxemburger Richter erinnerten den deutschen Gesetzgeber ausdrücklich daran, dass den Umweltverbänden die Rolle zu ermöglichen sei, die ihnen die Aarhus-Konvention wie auch die EU-Richtlinie

zusprechen: als sachkundige Kontrollinstanz dafür einzutreten, dass die Gesetze zum Schutz der Umwelt nicht nur auf dem Papier stehen.

Die Daten⁽²⁾ zur Entwicklung der Verbandsklagen in Deutschland in den letzten Jahren widerlegen klar die Behauptung, das Instrument der Verbandsklage führe zu einer wilden Klageflut, die Vorhaben generell unmöglich mache oder über Gebühr verzögere.

Es bleibt zu hoffen, dass die Neufassung des Umweltrechtsbehelfsgesetzes dem Urteil des EuGH wie auch der Aarhus-Konvention und der Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie in Gänze gerecht wird. Ein neuerliches Lavieren um Sinn und Zweck und den Wortlaut der Richtlinie herum, eine „kreativ-restriktive“ Auslegung des Urteils mit dem Ziel, den Gerichtszugang für Umweltverbände auch in Zukunft wo immer möglich einzuschränken, statt ihn in weitem Umfang zu gewähren, stünden der Bundesregierung schlecht zu Gesicht. Sie würde damit dokumentieren, nach außen wie nach innen, dass sie ihre eigenen völkerrechtlichen Verpflichtungen, das geltende Recht und auch das Urteil des EuGH nur so weit achtet, wie es ihr gerade passt.

Anmerkungen

- ▶ (1) Az. C-115/09, www.kurzlink.de/c-115-09.pdf
- ▶ (2) Aktuelle UFU-Studie für das BfN zur Entwicklung der Verbandsklage 2007–2010: www.bfn.de/0320_veroe.html

Die Juristin Alexandra Tryjanowski ist Mitarbeiterin im Fachgebiet Umweltrecht und Partizipation am Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UFU) in Berlin.



Der Jurist und Ökonom Michael Zschiesche leitet seit 1995 das Fachgebiet Umweltrecht und Partizipation am UFU. Er hat zahlreiche Publikationen zu Verbandsklage und Umweltrecht veröffentlicht.



Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 4284993-33, -32,
E-Mail: recht@ufu.de, www.ufu.de

Werben Sie ... jetzt und hier!

Sie möchten im attraktiven redaktionellen Umfeld unserer Zeitschrift werblich vertreten sein? Andreas Hey unterbreitet Ihnen gerne individuelle Angebote für Ihre erfolgreiche Präsenz mit Anzeigen und Beilagen! Sie erreichen uns unter

- ▶ hey@oekom.de
- ▶ Tel. +49/67 85/9 41-00 oder Fax +49/67 85/9 41-01.

Fordern Sie die aktuellen Mediadaten noch heute an – Sie finden sie auch im Internet unter
▶ www.oekom.de/zeitschriften/mediadaten.html



Verlagsbüro Andreas Hey
Am Hahn 1
55758 Hottenbach

DNR INTERN

Neue Adresse

Deutscher Naturschutzring zieht nach Berlin

■ Die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Naturschutzrings zieht Mitte Dezember von Bonn nach Berlin um. Geschäftsführung, Buchhaltung, Internetredaktion und Versand sind dann in der Marienstraße 19–20 in Berlin-Mitte zu erreichen, fünf Minuten vom Bahnhof Friedrichstraße entfernt. Seit mehreren Jahren arbeiten dort bereits die EU-Koordination des DNR, das Redaktionsbüro und einige weitere Projekte.

Damit ist der Dachverband der Natur- und Umweltschutzverbände zusammen mit dem Forum Umwelt und Entwicklung und der Klima-Allianz künftig komplett unter einem Dach zu finden. Der Umzug war im Jahr 2007 von der Mitgliederversammlung des DNR beschlossen worden.

Voraussichtlich zwischen dem 7. und 16. Dezember sind die MitarbeiterInnen an einigen Tagen nur eingeschränkt erreichbar. [jg, mb]

- ▶ Deutscher Naturschutzring, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax -80, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Deutsche Naturschutzmedaille

Hohe Ehrung für Hans Günter Schumacher

■ Der Deutsche Naturschutzring hat Ende November den langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Umweltstiftung, Hans Günter Schumacher, mit der Deutschen Naturschutzmedaille geehrt. Schumacher habe der Umweltbewegung in den vergangenen 40 Jahren unzählige wertvolle Impulse gegeben und sich auf vielfältige Weise engagiert. Die seit 2007 verliehene Medaille soll Menschen, Projekte, Maß-

nahmen oder Leistungen auszeichnen, „die in herausragender, vorbildhafter und origineller Weise zum Schutz und der Erhaltung der Natur und Umwelt beigetragen haben oder in Zukunft beitragen werden“.

Hans Günter Schumacher (Jahrgang 1934) wurde blind geboren, absolvierte eine Berufsausbildung und arbeitete als Bundesbeamter bei der Bundeswehrverwaltung (Regierungsamtsrat). Zugleich übte er seit 1968 ohne Unterbrechung ehrenamtliche Führungsfunktionen in Natur- und Umweltschutzverbänden sowie Bürgerinitiativen auf Bundes-, Landes-, Regional- und Lokalebene aus, zum Beispiel als Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), stellvertretender Vorsitzender des BUND-Landesverbandes Rheinland-Pfalz und zwölf Jahre als Mitglied der Jury Umweltschilde „Blauer Engel“. 1982 war er einer der Initiatoren und Mitgründer der Deutschen Umweltstiftung, deren Vorsitzender er bis 2010 war.

Die Verleihung fand im Rahmen der diesjährigen DNR-Mitgliederversammlung in Bonn statt. [jg]

- ▶ DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax -80, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

DNR-Steckbriefe

Neuer Service für Verbände

■ Die EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzrings hat im Oktober den ersten „DNR-Steckbrief“ veröffentlicht. In dieser neuen Reihe wird auf wenigen Seiten das Wichtigste zu den „großen EU-Politiken“ wie Agrar- und Verkehrspolitik übersichtlich und verständlich dargestellt. Hinzu kommen wichtige institutionelle Verfahren der EU. Die Steckbriefe sollen den Mitgliedsverbänden die Begleitung der EU-Politik erleichtern.

Bisher sind vier Steckbriefe erschienen, die sich mit langfristigen Strategien und übergeordneten Reformprozessen in der EU beschäftigen:

- ▶ Gemeinsame Fischereipolitik,

- ▶ Ressourcenpolitik (siehe S. 26),
- ▶ Klima-Roadmap 2050,
- ▶ Weißbuch „Verkehr 2050“.

Zwei weitere Steckbriefe erhellen den Ablauf wichtiger institutioneller Verfahren:

- ▶ Rolle von Bundestag und Bundesrat in der EU-Gesetzgebung,
- ▶ Europäische Bürgerinitiative (deutsch und englisch).

In nächster Zeit folgen Steckbriefe über die EU-Gesetzesentwürfe zur Agrarreform und zur Reform der Kohäsionspolitik sowie zur Energie-Roadmap 2050. [am]

- ▶ Zu den Steckbriefen: www.eu-koordination.de/publikationen/themenhefte
- ▶ DNR, Antje Mensen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, E-Mail: antje.mensen@dnr.de

Umweltgerechtigkeit

Workshop-Ankündigung

■ Der Deutsche Naturschutzring veranstaltet in der zweiten Februarwoche 2012 einen Workshop über Barrieren und Erfolge von Konzepten für Ökologische Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit in Deutschland. Diskutiert werden soll unter anderem, welche Lösungsansätze möglich sind und wie sich Gewerkschafts- und Sozialverbände, Kirchen, Umwelt- und Migrantenverbände bei diesem Thema vernetzen und voneinander lernen können. [ij]

- ▶ Information/Anmeldung: DNR, Ines Jentsch, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, E-Mail: ines.jentsch@dnr.de

Zukunftskongress

Welt im Umbruch

■ „Große Transformation 2.0: Arbeit, Gerechtigkeit, Ökologie“ – unter diesem Titel veranstalten der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Naturschutzring und Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland am 8. und 9. Juni 2012 einen Kongress zu den politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen unserer Zeit. Auf

der Tagung im Berliner Congress Centrum (bcc) am Alexanderplatz soll über den Bericht des Club of Rome zu den Grenzen des Wachstums und den Weltgipfel zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro diskutiert werden. [hw]

- ▶ www.dnr.de/termine/dnr
- ▶ DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de

Straßenbaumoratorium

Eine im November in den Bundestag eingebrachte Petition fordert den sofortigen Stopp aller laufenden Straßenneubauprojekte und deren kritische Überprüfung. Nur dort, wo tatsächlich langfristig ein Mehrbedarf besteht, sollen Straßen noch aus- oder neugebaut werden. Mit dem eingesparten Geld sollen vorhandene Straßen und Brücken saniert werden. Die Petition wurde von einer Bürgerinitiative in Leipzig erarbeitet und wird vom VCD-Bundesverband sowie den sächsischen Landesverbänden von BUND, Grüner Liga und Bündnis 90/Die Grünen mitgetragen. Unterstützung kommt auch aus anderen Verbänden wie NABU und ADFC.

Die Petition ist bis zum 20. Dezember 2011 als öffentliche Online-Petition zur Mitunterzeichnung freigegeben. Wenn sie in dieser Frist 50.000 Unterschriften erhält, muss sich der Petitionsausschuss in einer öffentlichen Anhörung mit dem Anliegen beschäftigen.

Das Unterzeichnen von Online-Petitionen ist vom Bundestag nochmals vereinfacht worden. Auch für neue „Mitzeichner“ dauert die gesamte Prozedur nur wenige Minuten. Greenpeace hat dazu eine Anleitung erarbeitet. [mb]

- ▶ Zur Petition (mit Informationen): www.straßenbaumoratorium.de
- ▶ Anleitung für Online-Petitionen: www.kurzlink.de/petition-anleit.pdf
- ▶ Verkehrspolitischer Hintergrund: www.mobilogisch.de/archiv/109

AUS DEN VERBÄNDEN

Agrarkampagne

Dialog auf Bauernhöfen, Großdemo in Berlin

■ Mitte Oktober ist die bundesweite Veranstaltungsreihe „Bauer hält Hof“ mit einer öffentlichen Diskussion in Quarnstedt bei Hamburg eröffnet worden. Bauern und Bäuerinnen organisieren dazu Veranstaltungen auf ihren Höfen, wobei sie von regionalen Trägern der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ unterstützt werden. Ziel sei es, „dass die Verbraucher die Realitäten auf den Höfen kennenlernen“, sagte Barbara Retzlaff von Slow Food. Die Occupy-Bewegung zeige, dass der Druck von unten aufgebaut werden müsse, so der Landwirt und Grünen-Politiker Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Volker Kwade von ProVieh erklärte: „Es muss uns gelingen, möglichst viel Bewusstsein über die Agrarpolitik in die breite Öffentlichkeit zu bringen. Es muss klar werden, dass wir alle in einem Boot sitzen.“

Wie schon ein Jahr zuvor, wollen am 21. Januar 2012 Verbraucher, Tier- und Umweltschützerinnen, Imker und Bäuerinnen gemeinsam auf die Straße gehen. Zur Grünen Woche demonstrieren sie in Berlin für bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft, Respekt vor Tieren und das weltweite Menschenrecht auf Nahrung. Alle BürgerInnen sind zur Teilnahme aufgerufen. [mb]

- ▶ Kampagne Meine Landwirtschaft, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482437, www.meine-landwirtschaft.de

Öffentlichkeitsarbeit

Kunststudenten helfen

■ „Cooperate Design – Studierende helfen Non-Profit-Organisationen und Non-Profit-Organisationen helfen Studierenden“ – so heißt ein Projekt, bei dem Studierende gestalterischer Hochschulen eine professionelle Kommunikationsstrategie

und ein passendes Corporate Design für gemeinnützige Organisationen erarbeiten. Damit wollen sie kleineren Organisationen mit beschränkten finanziellen Mitteln zu einem professionellen Erscheinungsbild und deren gesellschaftlichem Anliegen zu größerer öffentlicher Aufmerksamkeit verhelfen. Die Studierenden suchen sich dabei „ihre“ Non-Profit-Organisationen selbst aus. Bewerbungen können bis zum 15. Januar eingehen. [mb]

- ▶ Hochschule für Gestaltung, Hannah Schatte, Persönliche Referentin der Hochschulrektorin, Schwäbisch Gmünd, Tel. +49 (0)7171 / 6026796, E-Mail: hannah.schatte@hfg-gmuend.de

EHRENAMT

Jahr der Freiwilligentätigkeit

EU-Kommission schlägt Qualifikationspass vor

■ Ehrenamtliche Tätigkeiten sind auf EU-Ebene nur schwer wahrzunehmen, vor allem, wenn es um grenzüberschreitende Tätigkeiten geht. Viele während der freiwilligen Arbeit erworbene Qualifikationen werden zudem später nicht anerkannt. Im europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit (EJF 2011) will die Europäische Kommission deshalb den Freiwilligendienst in Europa gezielt fördern. Dazu schlug sie im September die Gründung eines europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe und einen Europäischen Qualifikationspass vor. Außerdem fordert sie die EU-Mitgliedstaaten auf, Rechtsgrundlagen und Fördermittel für Freiwilligendienste bereitzustellen, wenn diese noch nicht existieren. Allerdings, so die EU-Kommission, dürften Freiwillige nicht als Alternative zu bezahlten Arbeitskräften gesehen werden.

Zurzeit findet eine „Freiwilligentour“ durch die Hauptstädte der EU statt, die Veranstaltungen zur Freiwilligentätigkeit organisiert. Im Oktober machte sie auch in Berlin halt. Der Deutsche Naturschutz-

ring organisierte in diesem Rahmen eine „Öko-Uni“, bei der sich Interessierte über unterschiedliche Möglichkeiten des freiwilligen Engagements im Natur- und Umweltschutz informieren konnten (umwelt aktuell 11.2011, S. 32). Die offizielle Abschlussveranstaltung des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit fand am 1. Dezember in Warschau statt. [mm, mb]

- ▶ EU-Kommission: www.kurzlink.de/eu-ehrenamt
- ▶ EJF 2011: www.europa.eu/volunteering/de
- ▶ www.kurzlink.de/dnr-oeko-uni-2011

Öffentlichkeitsbeteiligung

Kein Bürgerengagement ohne Mitsprache

■ Wer wirklich ehrenamtliches Engagement fördern will, muss die Bürgerbeteiligung verbessern. So lautete das Fazit des BUND-Vorsitzenden Hubert Weiger auf einer Tagung des Umweltverbandes Ende Oktober in Berlin. Wenn die BürgerInnen trotz jahrelangen Engagements und besserer Argumente in Planungsverfahren immer wieder erleben müssten, dass ihre Argumente übergegangen und die ursprünglichen Planungen beibehalten würden, zögen sie am Ende frustriert von dannen. Die Erosion ehrenamtlichen Engagements sei deshalb nicht verwunderlich, wird Weiger im Newsletter des Bundesverbandes Bürgerschaftliches Engagement zitiert.

Die Tagung zur Bürgerbeteiligung trug zahlreiche Mängel und Probleme der derzeitigen Verfahren zusammen. Auch eine Diskussionsrunde aus Parteienvertretern kam zu dem Schluss, dass die Beteiligungsverfahren früher ansetzen und verbessert werden müssten. Zudem lasse die mangelnde Transparenz bei Planungsvorhaben eine vernünftige Entscheidung durch BürgerInnen kaum zu. Der BUND verabschiedete eine „Berliner Erklärung zu mehr Bürgerbeteiligung“, in der er auch die Stärkung direkter Demokratie fordert. [mb]

- ▶ www.bund.net/aktiv_werden/aktionen/mehr_buergerbeteiligung

Bundesfreiwilligendienst

Kindergeld für „Bufdis“

■ Alle Teilnehmer des neuen Bundesfreiwilligendienstes (BFD) unter 25 Jahren erhalten Kindergeld. Das beschloss der Bundestag Ende Oktober. Die Änderung stelle den BFD mit dem Freiwilligen Ökologischen und Sozialen Jahr gleich, erklärte die jugendpolitische Sprecherin der Unionsfraktion Dorothee Bär (CSU). So sollen mehr BewerberInnen für den BFD gewonnen werden. Seit dem Start vor einem halben Jahr traten etwa 20.000 Frauen und Männer den Bundesfreiwilligendienst an. Den Zivildienst, welchen der neue Dienst zumindest teilweise ersetzen soll, leisteten durchschnittlich 45.000 Bürger im Jahr. Die Bundesregierung möchte 2012 ihr Ziel von 35.000 Bundesfreiwilligen erreichen. [tg]

- ▶ www.bundesfreiwilligendienst.de

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Umweltpreis

Klimafreundlich wirtschaften

■ Im Oktober hat Bundespräsident Christian Wulff in Stuttgart den 19. Deutschen Umweltpreis übergeben. Er ging an Joachim Alfred und Joachim Georg Wüning, die Geschäftsführer der Firma WS Wärmeprozessstechnik in Renningen (Württemberg), sowie an Jürgen Schmidt, Mitbegründer und Vorstandssprecher der Memo AG im unterfränkischen Greußenheim. Die mit insgesamt 500.000 Euro höchst dotierte Umweltauszeichnung Europas wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt verliehen. Alfred und Wüning erhielten den Preis für die Entwicklung einer effizienteren und schadstoffärmeren Verbrennungstechnik. Memo-Chef Schmidt wurde ausgezeichnet, weil sein klimaneutrales Versandhaus Vorbild für nachhaltigen Konsum ist. [tg]

- ▶ www.kurzlink.de/umweltpreis2011

Deutscher Solarpreis

Vorbilder der Energiewende

■ Die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien (Eurosolar) hat im November in Saarbrücken den Deutschen Solarpreis 2011 verliehen. Eine Auszeichnung ging an die Stadt Speyer und ihre Stadtwerke, die bis 2030 den Strom und bis 2040 auch die Wärme zu 100 Prozent regenerativ erzeugen wollen. Weitere Preise gingen an die Energiebau Solarstromsysteme GmbH in Köln und das Hipp-Werk im oberbayerischen Pfaffenhofen. Ausgezeichnet wurden auch die Firma Asselner Windkraft in Paderborn als Windparkbetreiber für Privathaushalte und die THS Wohnen GmbH in Gelsenkirchen für den Bau einer Solarsiedlung. Außerdem bekam die Agentur für Erneuerbare Energien in Berlin für ihr Infoportal „Kommunal Erneuerbar“ einen Preis. Die Evangelische Kirche der Pfalz und ihre Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft in Landau wurden für ihre Bildungsarbeit geehrt. Des Weiteren wurden der Verein Heim-statt Tschernobyl im westfälischen Bünde und Dieter Attig aus Saarbrücken ausgezeichnet. [tg]

- ▶ www.kurzlink.de/solarpreis2011

20 Jahre EU-Koordination

Am 1. Dezember wird die EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzrings 20 Jahre alt. Über die Entwicklung der deutschen und europäischen Umweltbewegung in den letzten beiden Jahrzehnten finden Sie ausführliche Artikel in unserem Spezial auf den Seiten 29 bis 37. Außerdem hat die EU-Koordination einige Highlights seit 1991 sowie Interviews mit den ehemaligen LeiterInnen der EU-Koordination auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Wer Fotos, Kommentare oder eigene Erinnerungen hat und zur Verfügung stellen möchte, kann sich gern an das DNR-Team wenden. [Die Red.]

- ▶ www.eu-koordination.de (Über uns)

REZENSIONEN

Retter der Überproduktion

Jahrzehnte nach dem Butterberg wird in Europa wieder über Lebensmittelverschwendung diskutiert. Dabei ist „Die Essensvernichter“ mehr als das Buch zum Film „Taste the Waste“, denn es liefert viele zusätzliche Fakten, Hintergrundinformationen und Lösungsansätze.



■ Es ist lange her, dass der verschwenderische Umgang mit Lebensmitteln so stark im Fokus einer breiten Öffentlichkeit stand. Manche erinnern sich noch an die 80er-Jahre, als Butterberge und Milchseen im reichen Europa und gleichzeitiger Hunger im armen Süden große Empörung hervorriefen. Dann wurde es für Jahrzehnte seltsam still um die ungleich verteilte Ressource Nahrung – als ob in Afrika nicht mehr gestorben und bei uns nichts mehr weggeworfen würde.

In jüngster Zeit jedoch schießen die Bücher, die sich des Themas mit durchaus unterschiedlicher Zielrichtung annehmen, wie Pilze aus dem Boden. Karen Duve und Jonathan S. Foer hinterfragen unsere fleischlastigen Essgewohnheiten, Jean Feyder stellt den zurückkehrenden „Mordshunger“ in den Mittelpunkt und Tristram Stuart klagt die „Lebensmittelvernichtung“ an.

Brandaktuell hat sich nun ein Autoren-duo erneut der schändlichen Essensvernichtung angenommen. Herausgekommen ist „ein Mix aus harten Fakten und persönlichen Betrachtungen, ein Hybrid aus Sachbuch und Autorenfilm“, wie es in der Einleitung treffend heißt. Der Filmmacher Valentin Thurn erzählt von den Dreharbeiten zum Dokumentar- und Kinofilm „Taste the Waste“ auf vier Kontinenten und lässt dabei viel von seinen Gefühlen und Beweggründen einfließen, während der Journalist Stefan Kreuzberger für Hintergründe und Fakten zuständig ist. Dazu ein Vorwort von Slow-Food-Gründer Carlo Petrini und ein Nachwort aus dem Hause Greenpeace – der Verlag hat alle Register gezogen, um das Buch breit zu streuen und zu einem Erfolg

werden zu lassen – und das wäre sicher verdient, denn hier ist ein überaus wichtiges und lesenswertes Buch entstanden.

Im Kapitel über „Konsumwahn und Wegwerfgesellschaft“ wird erst einmal die immense Dimension der Verschwendung aufgezeigt und zum Teil grafisch veranschaulicht. Die Fakten sind erdrückend; allein in Europa landen jährlich drei Millionen Tonnen Brot auf dem Müll. Die Gründe für die Verschwendung sind vielfältig. Schon dem Weg vom Acker in den Laden fällt in Deutschland „jeder zweite Kopfsalat, jede zweite Kartoffel“ zum Opfer, weil sie in Form und Größe nicht den strengen EU-Normen entsprechen. Im Supermarkt wird weiter entsorgt, denn der Verbraucher wünscht nur frische und perfekte Ware, ehe zu Hause die 50-Prozent-Quote erreicht wird, weil man sich penibel an die aufgedruckten Verfallsdaten hält oder trotz vollem Kühlschrank lieber essen geht.

Was ist zu tun? Die Autoren wissen Rat und zeigen Wege aus der Überflusgesellschaft zu einem verantwortlichen Konsum auf. Sie fordern vor allem Beschränkung und mehr Regionalität, aber auch Recycling von Lebensmittelabfällen etwa zu Tierfutter und stärkere Aufklärung der VerbraucherInnen. Interessant sind zwei Beispiele: die Turiner „cena collettiva“ und das Konzept „food rescue“ aus den USA. Beide Aktionen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Überproduktion vor der Vernichtung zu retten, sei es als Event für eine breite Masse oder als ständige Einrichtung für Bedürftige. Es gibt sie also, die Lösungsansätze, die hoffnungsvoll stimmen und das Buch zur Pflichtlektüre machen. **[Alexander Wilhelm]**

► Kreuzberger, S.; Thurn, V.: Die Essensvernichter. Warum die Hälfte aller Lebensmittel im Müll landet und wer dafür verantwortlich ist. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2011, 320 S., 16,99 €, ISBN 978-3-462-04349-5. www.essensvernichter.de

Die Natur zurückholen

Das Leben in naturfernen Stadtumwelten macht Kinder nicht nur ärmer an Erfahrungen, sondern auch krank. Richard Louv hält dagegen – auch mit vielen konkreten Aktionsideen.



■ Durch die rasanten technischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte greifen die reale und die virtuelle Welt immer weiter ineinander. Das führt dazu, dass in Industrienationen

die Mehrheit der Bevölkerung in naturfernen Lebenswelten lebt. Besonders für Kinder und Jugendliche hat das dramatische Folgen. Noch nie zuvor kamen Generationen junger Menschen so wenig mit intakter Natur in Berührung wie heute. Dem Leben der Kinder und Jugendlichen in einer sich stetig urbanisierenden Welt fällt die direkte Naturerfahrung als Erstes zum Opfer.

Der US-amerikanische Umweltaktivist und Autor Richard Louv plädiert für ein Naturerlebnisrecht für Kinder und Jugendliche. In seinem Sachbuch „Das letzte Kind im Wald“ schärft Louv unser Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen gesunder kindlicher Entwicklung und Naturerleben. Er spricht über die Gefahren der Naturdefizitstörungen heutiger und kommender Generationen. Naturdefizitstörung umschreibt die Folgewirkungen der Entfremdung von der Natur, wie verringerte Sinneserfahrungen, Konzentrationsprobleme und mehr körperliche und seelische Erkrankungen. Aus verschiedenen Perspektiven und mit zahlreichen Beispielen zeigt Louv umsetzbare Ideen für mehr Naturnähe bei Kindern und Jugendlichen, angereichert durch einen ausführlichen Praxisteil mit 80 Sofortaktionen. Ein Appell für mehr Natur in den heutigen Lebenswelten. **[Mira Beinert]**

► Louv, R.: Das letzte Kind im Wald? Geben wir unseren Kindern die Natur zurück! Beltz, Weinheim 2011, 360 S., 19,95 €, ISBN 978-3-40785934-1

Auf Schatzsuche



Zahlreich sind mittlerweile die Bücher über erneuerbare Energien im Allgemeinen und Energieeffizienz im

Speziellen. Kein Wunder, denn die Frage der künftigen Versorgung mit Energie spielt eine zentrale Rolle in einer von Peak Oil und Klimawandel bedrohten Welt. Energie einsparen und effizient nutzen lauten die Gebote der Stunde, nicht nur, um Klima- und Umweltschutz voranzutreiben, sondern auch, um Kosten zu senken und Arbeitsplätze zu schaffen. So verspricht es zumindest das vorliegende Buch des Autorentrios Marylin Heib, Tom-Robin Teschner und Anne Gröger und belegt dies eindrücklich mit zahlreichen Beispielen aus der Praxis.

Die JungautorInnen aus Maschinen- und Flugzeugbau sowie den Medienwissenschaften haben ein außergewöhnliches Buch vorgelegt; wer diesen Band sein Eigen nennt, hat in der Tat einen Schatz im Bücherregal stehen, und zwar im doppelten Sinne. Zum einen bestechen die Optik und die Aufbereitung des Themas: Komplett vierfarbig werden 50 Best-Practice-Beispiele aus den Bereichen Industrie, öffentliche Hand und Privatsektor vorgestellt. Stets ist auf den ersten Blick erkennbar, wie stark der CO₂-Ausstoß durch die jeweilige Energieeffizienzmaßnahme prozentual gesenkt werden kann und nach wie vielen Jahren sich die Kosten amortisiert haben. Viele gelungene Grafiken und Illustrationen machen das Buch zu einem optischen Leckerbissen. Zum anderen repräsentieren die aufgeführten Beispiele Energieeinsparungen von 25 Prozent, mit denen wir „alle deutschen Atomkraftwerke abschalten könnten“, sowie Kosteneinsparungen von insgesamt 53 Milliarden Euro pro Jahr – für wahr ein ordentlicher Betrag.

Die gewählten Beispiele stammen größtenteils aus Deutschland. Da ist der erste Klima-Supermarkt, der mit Geothermieheizung, effizienter Haustechnik und einer neuen Gebäudehülle fast 50 Prozent Kohlendioxid einspart. Oder das Nullemiss-

sionshotel, das die Zimmer mit Grundwasser kühlt oder mit einer Kombination aus Holzpellets und Solaranlagen beheizt. Wem diese Beispiele zu weit von der eigenen Lebensumwelt entfernt sind, der findet im letzten Buchdrittel Anregungen und Zahlenmaterial für den persönlichen energieeffizienten Lebensstil. Da dürfte für jede und jeden etwas dabei sein.

[Alexander Wilhelm]

► Heib, M.; Teschner, T.-R.; Gröger, A.: Der Klimaschatz. 50 Praxisbeispiele, wie wir mit Energieeffizienz Kosten senken, Arbeitsplätze schaffen und das Klima schützen können. oekom, München 2011, 144 S., 19,95 €, ISBN 978-3-86581-272-8

Wer bestimmt die Zukunft?



So was von unmodern: 576 Seiten, fünf Zentimeter dick – wer liest das noch in einer Zeit, in der die schnelle Info zählt? In diesem Buch wird der Kyoto-Prozess im ganz

großen Zusammenhang dargestellt – angefangen vom Entstehen des Klimas und der Atmosphäre bis zum heutigen Scheitern einer weltpolitischen Einigung und den Konsequenzen daraus. Keine Angst, fast die Hälfte dieses Buches nehmen die Bilder ein, schöne und informative. Die Schrift ist groß, die Sprache leicht, alles eine Ermutigung, dieses Buch doch zu lesen. Und zwar von vorn bis hinten, wie es das Anliegen der Herausgeber ist. „Mensch Klima!“ ist ein Informations-, kein Argumentationsbuch. Pro und Kontra zu den wichtigsten Fragen in der Klimadebatte werden aufgegriffen und sachlich bewertet.

So umfasst der Abschnitt „Extremwetterereignisse 2010“ 24 eindrückliche Bilder mit jeweils kurzer Erläuterung. Beschrieben werden auch die „Risiken und Restrisiken“ des Klimawandels. Wassermangel, Milliardenverkehr, Herausforderung Großstadt – das sind nur drei Stichworte. Es geht

um Konsequenzen und um die Notwendigkeit zu handeln. Neben der Klimaentwicklung kommt die Klimapolitik deshalb sehr ausführlich zu Wort – und gebührend schlecht weg. Haben die jahrzehntelangen Verhandlungen überhaupt etwas gebracht oder haben die dafür zurückgelegten Flugkilometer den Klimawandel nur beschleunigt? Diese Frage wird nicht direkt gestellt, aber sie drängt sich auf. Spannend sind die Erläuterungen zum Handel mit „heißer Luft“.

Zum Ausblick gehört die Erkenntnis, dass Klimaschutz bezahlbar ist. Die Frage im Untertitel „Wer bestimmt die Zukunft?“ wird im Epilog eindeutig beantwortet: Wenn wir als „Bürger, Wähler und Konsumenten“ unsere Einstellung und unser Verhalten ändern, müssen Wirtschaft und Politik folgen. Wie gesagt, das Buch will ausgewogen informieren. Die rationalen und emotionalen Konsequenzen sollen die LeserInnen selbst ziehen. Nehmen Sie die 1,9 Kilogramm zur Hand! [Tilo Wille]

► Schwarzenbach, R. u. a. (Hrsg.): Mensch Klima! Wer bestimmt die Zukunft? Lars Müller, Baden 2011, 576 S., 45,- €, ISBN 978-3-03778-244-6

Es gibt sie, die guten Banker

■ Geld verschenken: Bei der GLS, der Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken, ist genau das Programm. Ihre Kunden verzichten auf hohe Renditen, die Bank investiert das Gesparte in soziale und ökologische Projekte. Wie das funktioniert, erklärt Caspar Dohmen in seinem Buch. Dabei dient die GLS dem Wirtschaftsjournalisten als Blaupause für das, was eine „gute Bank“ ausmacht. Sein Buch ist dennoch keine Lobhudelei auf die GLS, sondern ein gut lesbares Sachbuch über transparente Kredite, ethische Fonds und die Frage, wie sich mit Geld die Welt verändern lässt. Fazit: Manches Modell lässt sich auch umsetzen, wenn einer kein Geld zu verschenken hat. [Andrea Mertes]

► Dohmen, C.: Good Bank. Das Modell der GLS-Bank. Orange Press, Freiburg 2011, 256 S., 20,- €, ISBN 978-3936086546

Philosophie des Bodens

■ „Achtet, worauf ihr steht, geht – und lebt!“ Diese Aufforderung ist heute nötiger denn je angesichts der zunehmenden „Bodenlosigkeit“ des alltäglichen Lebens. Zum 70. Geburtstag der Erziehungswissenschaftlerin und Autorin Marianne Gronemeyer („Die Macht der Bedürfnisse“) haben Kolleginnen und Freunde ihr eine Festschrift gewidmet, die sich in der Lektüre der vielfältigen individuellen und kulturkritischen Standpunkte als Eingangspforte zu einer „Philosophie des Bodens“ erweist.

Keinen Boden unter den Füßen zu haben, diese Metapher lässt sich sowohl real und existenziell als auch im philosophischen Sinn interpretieren. Die HerausgeberInnen haben 16 ExpertInnen zum Bezugfeld Boden unter dem Aspekt des Verlusts und Verschwindens zusammengebracht. Es geht um die Frage, ob das „gute Leben“ mit einem Immer-mehr erreicht werden kann oder ob wir Menschen nicht dabei den Boden unter unseren Füßen verlieren und bodenlos werden. [Jos Schnurer]

- ▶ Jurk, C.; Gronemeyer, R. (Hrsg.): Bodenlos. Vom Verschwinden des Verlässlichen. Brandes & Apffel, Frankfurt/M. 2011, 288 S., 29,90 €, ISBN 978-3-86099-690-4

Saumagen und Regenwald

■ In Brasilien und Argentinien steigt der Sojaanbau parallel zur Nachfrage in Europa und Asien drastisch an. Die damit einhergehende Umwandlung von Regenwald und Steppe in Ackerland ist die wichtigste Quelle von Treibhausgasen aus der Landwirtschaft. Nach der Lebenszyklus-Bewertungsmethode untersucht diese Broschüre die Klimawirkungen des Sojaanbaus einschließlich der Verarbeitung und des Transports der Rohstoffe und Produkte. [mb]

- ▶ Reichert, T.; Reichardt, M.: Saumagen und Regenwald. Klima- und Umweltwirkungen deutscher Agrarrohstoffimporte am Beispiel Sojaschrot. Forum Umwelt & Entwicklung, Berlin 2011, 36 S., kostenlos. Bezug: Tel. +49 (0)30 / 678177570. Download: www.forumue.de/?publikationen2

INTERNET

Europa wacht auf

■ EU-Umweltkommissar Janez Potočnik will die EuropäerInnen für Ressourceneffizienz sensibilisieren. „Ändere dein Konsumverhalten“, so die Kernbotschaft seiner Kampagne, „und denke nach, bevor du eine Entscheidung triffst.“ Die animierte Internetseite enthält viele bereits bekannte Tipps, doch deuten Themen wie Überkonsum, Flugreisen, Fleisch und Papierverschwendung auf ein neues Nachdenken und eine vorsichtige Abkehr vom Wachstumsparadigma hin. [mb]

- ▶ www.generationawake.eu

Umweltzerstörung weltweit

■ Die Zerstörung der Umwelt schreitet voran: Der „Atlas of Our Changing Environment“ des UN-Umweltprogramms UNEP zeigt eindrucksvoll das Ausmaß anhand von Satellitenaufnahmen, die einen Vergleich der Landschaft „vorher“ und „nachher“ ermöglichen. Besonders verantwortungslos ist der Umgang mit der Ressource Wasser. Bisher sind sieben Teatlanten entstanden. Unter anderem wird die Zerstörung der Umwelt in Afrika sowie in Lateinamerika und der Karibik in Text und Bild dokumentiert. [UWD]

- ▶ www.na.unep.net/atlas

Gegenöffentlichkeit in der DDR

■ Vor 25 Jahren wurde die Ostberliner Umwelt-Bibliothek gegründet. In den zwölf Jahren ihres Bestehens war die „UB“ Treffpunkt der DDR-Opposition, Bibliothek, Archiv und Galerie. Hier entstand die Oppositionszeitung Umweltblätter. Lange vor der „Wende“ versammelten sich Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen im Schutz der evangelischen Zionskirchgemeinde. Eine neue Internetseite will informieren und erinnern. [mb]

- ▶ www.umwelt-bibliothek.de

Impressum

umwelt aktuell

Dezember 2011/Januar 2012

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hnh] (Deutschland, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Matthias Bauer [mb], Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** René Dittrich [rd], Susanne Graf [sg], Teresa Gross [tg], Marie Moritz [mm], Hanna Vlasák [hv], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD], Franz Chávez/Inter Press Service [IPS]. **Service:** Matthias Bauer. **ökopädNEWS:** siehe S. 48

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com, www.oekom.de
Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Beileger des Umweltbundesamtes bei.



TERMINE

DEZEMBER

05.–06.12., Berlin (D)

Weltbodentag. Peak Soil: Böden in der Krise/Bildung von Bodenbewusstsein.
Tagungen

► Bundesverband Boden; UBA-Kommission Bodenschutz, Fax +49 (0)340 / 2104-3587, E-Mail: kbu@uba.de, www.bvboden.de/aktuelles/termine

07.–09.12., Hannover (D)

Rio+20 – Nachhaltig vor Ort. Netzwerk21 Kongress

► Kongressbüro, Svenja Koebe, Tel. +49 (0)511 / 168-45038, E-Mail: info@rioplus20kongress.de, www.rioplus20kongress.de

08.12., Kassel (D)

Agrarpolitik konkret umsetzen. Gestaltung der Programme zur ländlichen Entwicklung nach 2014. Fachtagung

► KLJB/AgrarBündnis, Dr. Frieder Thomas, Konstanz, Tel. +49 (0)7531 / 282939-1, Fax -2, E-Mail: info@agrarbuendnis.de, www.kljb.org/kalender

JANUAR

05.–08.01., Radolfzell (D)

Naturschutztage am Bodensee. Nachhaltigkeit, Naturschutzstrategie, Biotopverbund, Naturschutz international

► BUND/NABU, Tel. +49 (0)7732 / 150710, E-Mail: naturschutztage@bund.net, www.naturschutztage.de

10.01., Berlin (D)

Ökologische Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit. Expertengespräch

► Deutscher Naturschutzring, Ines Jentsch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177584, E-Mail: ines.jentsch@dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de

21.01., Berlin (D)

Wir haben es satt! Bauernhöfe statt Agrarindustrie. Großdemonstration

► BUND, DNR, Deutscher Tierschutzbund u. v. a., Iris Kiefer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284824-37, E-Mail: info@wir-haben-es-satt.de, www.wir-haben-es-satt.de

24.–25.01., Birmensdorf bei Zürich (CH)

Landschaft und Gesundheit. Wirkungen, Potenziale und Strategien. Internationale Konferenz

► Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), E-Mail: events@wsl.ch, www.wsl.ch

25.01., Goslar (D)

Deutscher Verkehrsgerichtstag

► Deutsche Akademie für Verkehrswissenschaft, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 893889, E-Mail: organisation@deutscher-verkehrsgerichtstag.de, www.deutscher-verkehrsgerichtstag.de

26.–28.01., Wädenswil bei Zürich (CH)

Eco-Cities and Ecological Engineering. New solutions through transforming traditional ways of thinking. Symposium

► Institute of Natural Resource Sciences, Andreas Schönborn, Tel. +41 (0)58 / 93458-10, E-Mail: andreas.schoenborn@zhaw.ch, www.zhaw.ch

30.–31.01., Bonn (D)

Globale Lebensstile. Neue Wege für die Entwicklungspolitik. Konferenz

► Lab Concepts, Tel. +49 (0)228 / 2498-110, Fax -111, E-Mail: bonncode@lab-concepts.de, www.bonn-conference.nrw.de

FEBRUAR

01.–02.02., Frankfurt/M. (D)

Biologische Vielfalt in Kommunen. Kongress

► Deutsche Umwelthilfe, Tobias Herbst, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9995-55, E-Mail: herbst@duh.de, www.kurzlink.de/biodiv-kommunen-2012

03.–05.02., Loccum bei Hannover (D)

Die Begrün(d)ung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Tagung

► Evangelische Akademie Loccum, Joachim Lange, Tel. +49 (0)5766 / 81-0, E-Mail: joachim.lange@evlka.de, www.loccum.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 48

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

17.–21. September 2012, Erfurt

31. Deutscher Naturschutztag (DNT)

► www.deutscher-naturschutztag.de
► Information: Deutscher Naturschutzring (DNR), Helga Ilden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de

exkurse in die unsichtbare Dimension!

Der kulturelle Blick auf Bildung
für nachhaltige Entwicklung
gibt neue Impulse:
unkonventionell und lebendig!

Die im vorliegenden Band versammelten AutorInnen blicken aus ihren Forschungsfeldern auf den keineswegs endgültig definierten Begriff der Nachhaltigkeit. Ihre Beiträge zeigen aus den Perspektiven der historischen Forschung, der Psychoanalyse, der Organisationsentwicklung, der Sexualpädagogik sowie der kulturellen und ästhetischen Bildung sowie der Praxis- und Diskursforschung, dass die Einbeziehung der kulturellen Dimension einer Bildung für nachhaltige Entwicklung nachhaltige Impulse geben kann.

Gabriele Sorgo (Hg.^{im}):

Die unsichtbare Dimension

Bildung für nachhaltige Entwicklung im kulturellen Prozess

forum exkurse edition, Wien 2011. 192 S., EUR 14,-. ISBN 978-3-900717-68-1

Zu beziehen über www.umweltbildung.at

forum
umwelt
bildung
für nachhaltige
entwicklung

Bildungsforschung

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist jetzt messbar

Im Rahmen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung haben Bildungsforscher erstmals Indikatoren entwickelt. Damit lassen sich überprüfbare Aussagen treffen, in welchem Umfang dieser neue Bildungsansatz Eingang in Schulen und Hochschulen gefunden hat. Nun kommt es darauf an, dass das Indikatorenset auch angewendet wird.

□ Sowohl das Konzept der Nachhaltigkeit als auch die dazugehörige Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sind in ihrer Definition und in der Abgrenzung zu anderen Bereichen unscharf. Deshalb gab es bisher kaum allgemein anerkannte empirische Studien oder eine verlässliche Datenlage für Vergleiche. Im Rahmen der UN-Dekade BNE gelang es nun einem Forscherteam um Gerd Michelsen, Maik Adomßent, Inka Bormann, Simon Burandt und Robert Fischbach, 13 Indikatoren zu erarbeiten, die ein Monitoring dieser wichtigen Querschnittsbereiche ermöglichen.

Die Indikatoren sind in vier Bereiche gegliedert und bilden sowohl die Makroebene unseres Bildungssystems als auch die Mesoebene der Bildungsinstitutionen ab, nicht aber Bildungsprozesse auf individueller Ebene.

1. Politische Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen werden durch zwei Indikatoren abgebildet. Die „Präsenz des Themas Nachhaltigkeit in der Gesellschaft“ wurde anhand der alle zwei Jahre durchgeführten Studie des Bundesumweltministeriums zum Umweltbewusstsein erhoben. Dabei gilt der Anteil der Bevölkerung mit hohem Bewusstsein für Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen als Gradmesser. Um den zweiten Indikator „Politischer Wille, BNE umzusetzen“ zu ermitteln, werden die Internetdatenbanken der Parlamente von Bund und Ländern digital nach bestimmten Begriffen wie „nachhaltig“ oder „BNE“ durchsucht. Es werden vor allem die vorhandenen Nachhaltigkeitsstrategien, aber auch die BNE-Aktionspläne der Länder analysiert.

2. Indikatoren für die Verankerung von BNE

Dieser Bereich umfasst drei Indikatoren. Die Messdaten für „Staatlich geförderte

Forschung und Entwicklung zu BNE auf Bundesebene“ und „Wettbewerbe und Preise zu BNE“ gewinnt man aus Internetdatenbanken verschiedener Institutionen, darunter das Bundesbildungsministerium, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt oder die Website der Deutschen Unesco-Kom-

THEMENHEFT: BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

mission selbst. Internetseiten der Länder fehlen allerdings, obwohl gerade diese über die Kompetenzen im Bereich Schule verfügen. Für den dritten Indikator „Bildungseinrichtungen in Netzwerken“ werden relevante Netzwerke ermittelt und je eines für Schule und Hochschule qualitativ ausgewertet.

3. Indikatoren für BNE in Schulen

Schulen sind besonders wichtige Multiplikationsorte für BNE und werden durch vier Indikatoren erfasst. „Bildungsstandards“ und „Lehrpläne“ lassen sich relativ einfach über eine Internetrecherche auswerten. Für den dritten Indikator „Lehrmittel“ liegen dagegen keine digitalen Quellen vor, sodass einige wenige Materialien „per Hand“ ausgewertet werden müssen. Zum vierten Indikator „Vorgaben für Schulinpektoren“ gibt es zwar digitale Dokumente auf den Landesbildungsservern, doch fehlt hier zumeist die explizite Benennung von Nachhaltigkeitsaspekten.

4. Indikatoren für BNE in Hochschulen

Auch dieser Bildungssektor wird durch vier Indikatoren erschlossen. Die Zahl der „Professuren mit Nachhaltigkeitsbezug“ lässt sich relativ gut über Nachhaltigkeitsdenomination in Ausschreibungen von

neuen Professuren im Archiv der Zeitung „Die Zeit“ ermitteln. Eine Internetrecherche in der Deutschen Nationalbibliothek erlaubt zeitverzögert nach der Einrichtung einer Professur, die Zahl der „Dissertationen zur BNE“ zu erfassen – in gewissem Rahmen, da Begriffe wie Umweltbildung, Umwelterziehung und weitere einer manuellen Bearbeitung bedürfen. Ähnliches gilt für den aus zwei Internetdatenbanken gewonnenen Indikator „Nachhaltigkeitsstudiengänge an Hochschulen“, weil nicht immer der Bezug zur Nachhaltigkeit aus der Selbstdeklaration hervorgeht. Für den 13. Indikator „Lehrerbildung“ können die Dokumente der Kultusministerkonferenz oder der Bundesländer zur 1. Staatsprüfung herangezogen werden – allerdings sind Erstere veraltet und in den Letzteren wird BNE so gut wie nirgends erwähnt.

Wertvolles Instrument trotz einiger Mängel

Die Recherchen für diese Studie erfolgten fast ausschließlich über das Internet. Die am häufigsten genutzte Website war dabei die der UN-Dekade BNE selbst. Daher sollte die Auswahl der verwendeten Websites auf breitere Füße gestellt werden und ein stärkerer Einbezug Dekade-unabhängiger Quellen erfolgen.

Bei einigen Indikatoren wird nicht genau zwischen Nachhaltigkeit und BNE unterschieden. So bildet der Indikator „Präsenz des Themas Nachhaltigkeit in der Gesellschaft“ eben nicht ab, in welchem Umfang die beiden Bildungssektoren Schule und Hochschule dazu beitragen, dass das Bewusstsein in der Bevölkerung steigt.

Auch wird bei vielen Indikatoren nicht dargelegt, wie Nachhaltigkeit definiert wird – ob also ein klarer Bezug zum Nachhaltigkeitsansatz im Sinne der Agenda 21 von Rio aus dem Jahr 1992 vorliegt oder ob „nachhaltig“ nur als Adjektiv benutzt wird. ►

BLICKPUNKT

BNE ist politische Bildung!

Was in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zur Bildung für nachhaltige Entwicklung steht, ist überarbeitungsbedürftig. Ein Buch zeigt, worauf es ankommt.

Die Bundesregierung hat offensichtlich keine Ahnung von BNE. Bundeskanzlerin Angela Merkel warb persönlich für eine Beteiligung der Bevölkerung an der Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Mehr als 1.200 Personen haben diese Möglichkeit zur Partizipation genutzt und über 500 Beiträge verfasst. Das entstandene Strategiepapier befasst sich im Kapitel VIII „Allgemeine und berufliche Bildung“ auf drei mageren Seiten überwiegend mit der beruflichen Bildung. Was dort steht, bildet die Komplexität und Bedeutung von BNE nicht ab, teilweise ist es sogar schlichtweg falsch, zum Beispiel wenn von „Modellversuchen UN-Dekade“ gesprochen wird. Die Deutsche UNESCO-Kommission forderte in einem Schreiben bereits die Überarbeitung des Textes.

BNE fordert eine Gestaltung unseres Alltags im Sinne der nachhaltigen Entwicklung durch die Menschen und ist daher im Wesen und in der Praxis politische Bildung! Dies zeigen auch Horst Peter, Klaus

Moegling und Bernd Overwien in ihrem Buch „Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sehr klar auf. In einem Kapitel stellen sie beispielsweise zivilgesellschaftliche Interventionstätigkeit für eine nachhaltige Entwicklung vor und versäumen es auch nicht, gleich noch didaktische Modelle und Unterrichtsversuche an Beispielen wie dem Konflikt um den Ausbau der A44 oder der Versalzung der Werra anzufügen. Vor allem die pädagogische Aufarbeitung solcher Ernstfälle und die Darstellung von gelungenen Gestaltungsmöglichkeiten lassen BNE zu einem politischen Instrument werden, das sich nicht nur die Bundesregierung zu eigen machen sollte – es sei denn, sie scheut den mündigen Bürger.

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ www.dialog-nachhaltigkeit.de/pdf/Entwurf_Fortschrittsbericht_2012.pdf
- ▷ www.dialog-nachhaltigkeit.de/forum/forums/show/64.page
- ▷ <http://prolog-verlag.iffub.de/politikunterricht>

Schwerpunkt der Publikation bildet diesmal eine Sammlung der wichtigsten politischen Grundsatzpapiere zur Dekade. [lh]

- ▷ www.bne-portal.de/nationaler-aktionsplan

Aktionstag für Nachhaltigkeit

Erfolgreicher Tu's Day

□ „Ich tu's. Und du?“ Unter diesem Motto startete die Initiative „Mehr wissen! Mehr tun!“ im September den ersten „Tu's Day“. Schulen, Klassen und AGs aus ganz Deutschland waren dabei. Im Rahmen eines Wettbewerbs waren originelle Ideen für mehr Nachhaltigkeit gesucht. Jetzt stehen die Gewinner des Online-Votings fest. Der bundesweite Aktionstag für mehr Nachhaltigkeit fand im Rahmen der Aktionswoche der UN-Dekade BNE statt. Gefördert wurde der Tu's Day von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, Kooperationspartner war das Portal SchülerVZ. [lh]

- ▷ www.mehr-wissen-mehr-tun.de

BNE in München

Auf dem Weg zur Dekadestadt

□ Vor vier Jahren gründeten 35 Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen den Verein „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung München“, kurz BenE München. Die Akteure kommen aus Kitas, Schulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen, Hochschulen, Kultureinrichtungen und Medien. Wer mitmachen will, muss einen Beitrag entsprechend der Zahl der hauptamtlichen Angestellten zahlen. Ein erster Erfolg war die Anerkennung des Bündnisses als eines von weltweit 85 Kompetenzzentren, auch Regional Centre of Expertise (RCE) genannt. Nun möchte sich München laut BenE-Newsletter als „Stadt der UN-Dekade“ bewerben. Schwerpunkt soll eine „Kultur der Nachhaltigkeit“ werden. [jfs, lh]

- ▷ www.bene-muenchen.de/bene-news/newsletter

Trotz kleinerer Mängel liegt mit dem Indikatorenset erstmals die Möglichkeit vor, mit vertretbarem Aufwand brauchbare quantitative Aussagen über die Verankerung von BNE in unserem Bildungssystem treffen zu können. Eine Ausweitung auf weitere Bildungssektoren wie Kita, Berufsbildung und Weiterbildung wäre sehr wünschenswert. Die Publikation ist insgesamt sehr zu loben und von unschätzbarem Wert für die Bildungsforschung. Bleibt die Hoffnung, dass das Indikatorenset auch wirklich zum Einsatz kommt.

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ Michelsen, G. u. a.: Indikatoren der Bildung für nachhaltige Entwicklung – ein Werkstattbericht. Deutsche UNESCO-Kommission, Bonn 2011. 98 S., ISBN 978-3-940785-26-8. Download: www.unesco.de/5902.html

UN-DEKADE BNE

Publikation

Nationaler Aktionsplan 2011

□ Der Nationale Aktionsplan ist das zentrale Referenzdokument für die deutsche Umsetzung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Auf 88 Seiten gibt er Auskunft, welche Ziele sich Deutschland gesteckt hat und wie die Dekade bei uns umgesetzt wird. Kernstück sind auch 2011 wieder die vier strategischen Teilziele, die den Akteuren in den verschiedenen Bildungsbereichen als Orientierung dienen und eine gemeinsame Stoßrichtung ermöglichen sollen. Daneben enthält der Aktionsplan auch die Strategie für die zweite Dekade-Hälfte. Einen weiteren

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Bundestagung 2011

Ernährungswende jetzt!

□ Die gemeinsame Tagung der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) mit der Evangelischen Landjugendakademie Altenkirchen, der Evangelischen Jugend im ländlichen Raum und der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz hat Impulse für die Bildungsarbeit im kommenden BNE-Dekade-Jahr zum Thema Ernährung gesetzt. Die rheinland-pfälzische Ernährungsministerin Ulrike Höfken betonte zum Auftakt: „Wir brauchen einen völlig veränderten Umgang mit Lebensmitteln und deren Produktion.“ Dafür braucht es wieder mehr Ernährungsbildung in Kindergärten und Schulen. Aber auch die Tagesverpflegung für Kinder und Jugendliche muss verbessert werden.

Benedikt Härlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft erläuterte die Forderungen des Weltagrarberichts von 2008, die heute aktueller denn je sind, darunter die zentrale Bedeutung des traditionellen Wissens der KleinbäuerInnen.

In den Workshops tauschten sich die rund 80 TeilnehmerInnen zu Bildungsprojekten, Zertifizierung von Bio-Großküchen und globalen Ernährungsaspekten aus. In der abschließenden Podiumsdiskussion bekräftigten Vertreter aus Umweltbildung, Kirche, Ernährungs- und Landwirtschaft, dass die Ernährungswende nur gemeinsam und mit umfassenden Bildungsmaßnahmen zu schaffen sei.

▷ www.umweltbildung.de

ANU-Mitglieder

**Klimahaus Bremerhaven
8° Ost ist tausendstes Mitglied**

□ Der ANU-Bundesverband wächst und wächst: Im Herbst konnte mit dem Klimahaus Bremerhaven 8° Ost das Mitglied Nummer 1.000 begrüßt werden.

Die Bremer Umweltbildungseinrichtung ist eine der modernsten Bildungsstätten in Deutschland. Hier kann man schwitzen, frieren, staunen und eine spannende Weltreise entlang des achten Längengrades durch die verschiedenen Klimazonen der Erde unternehmen. Unter dem Motto „Entdecken, Erleben, Erinnern“ gibt es für alle Altersgruppen von der Kita bis zur Sekundarstufe II und der berufsbildenden Schule betreute Bildungsangebote in der großen Ausstellung, zu der auch lebende Tiere und Pflanzen gehören. Auch ein Wetterstudio und eine umfangreiche Klimamediathek stehen zur Verfügung. MultiplikatorInnen können sich bei Informationsveranstaltungen mit dem Lehrerfortbildungsinstitut Bremerhaven auf den Gruppenbesuch vorbereiten. Das Klimahaus ist mit verschiedenen Forschungseinrichtungen vernetzt, darunter das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung und der Deutsche Wetterdienst. So fließen aktuelle Erkenntnisse zum Klimawandel in die Bildungsangebote ein. [jfs, as bei]

▷ www.klimahaus-bremerhaven.de

ANU Hamburg

Klimaschutz + Umweltbildung

□ Im vergangenen Sommer startete die ANU Hamburg in Kooperation mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ein neues Projekt zur Einbeziehung von Klimaschutzthemen in die Bildungsarbeit außerschulischer Einrichtungen. Es wurden fünf ganz unterschiedliche Umweltbildungsanbieter ausgewählt, darunter ein Naturschutzverband, ein Umweltzentrum sowie Freiberufler, die unterschiedliche Schwerpunkte haben und verschiedene Zielgruppen ansprechen. Diese sollen bis Ende 2012 jeweils mit ihrem eigenen Themenschwerpunkt ein neues Angebot zu Klimaschutz und Klimawandel entwickeln, erproben und dokumentieren. Die Materialsammlung soll dann allen Einrichtungen in Hamburg zur Verfügung stehen. [jfs]

▷ www.anu-hamburg.de

ANU Mecklenburg-Vorpommern

Außerschulisch mit Zertifikat

□ Die ANU Mecklenburg-Vorpommern und das Jugendherbergswerk haben die gemeinsame Entwicklung und Vermarktung von Schulfahrtenprogrammen beschlossen. Außerdem verabschiedete der ANU-Landesverband ein neues Leitbild. Mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und den Grundprinzipien von Demokratie und Menschenrechten reichen dessen Ziele über den klassischen Bildungsbereich hinaus. Fester Bestandteil der Arbeit ist die Qualitätsentwicklung. Im Oktober bekräftigte Umweltminister Till Backhaus auf einer ANU-Veranstaltung die 2009 in der „Schweriner Erklärung“ festgelegte Zertifizierung für den außerschulischen Bereich. Das Ministerium richtete dafür eine „Geschäftsstelle Zertifizierung“ ein. Ein Rundbrief berichtet über die aktuelle Entwicklung. [jfs]

▷ www.umweltbildung-mv.de

▷ www.bneregionalkoordinatorenmv.wordpress.com

Landesbund für Vogelschutz in Bayern

Neues Gütesiegel für Kitas

□ Das Siegel „ÖkoKids – Kindertageseinrichtung Nachhaltigkeit“ wird in Bayern gemeinsam vom Landesbund für Vogelschutz (LBV) und dem Sozialministerium vergeben. Es geht an Einrichtungen, die Themen wie biologische Vielfalt, Nachhaltigkeit oder Klimaschutz in den Kita-Alltag integrieren. Die Auszeichnung soll die Kinder motivieren, sich weiter für die Umwelt zu engagieren und auch Familie und Freunde davon zu überzeugen. Umweltminister Marcel Huber zeichnete in München 60 Kindertageseinrichtungen als „ÖkoKids“ aus. 2011 bekamen bayernweit 101 Einrichtungen Urkunden und Rucksäcke mit kindgerechten Forscherutensilien überreicht. Das Ministerium fördert das LBV-Projekt mit rund 37.000 Euro. [lh]

▷ www.lbv.de/umweltbildung/oekokids.html

ANU-Projekt Leuchtpol

Bereits 2.000 Kitas erreicht

□ Bei einer Feier zum Erreichen des Meilensteins „2.000. Kita“ zeichneten Caroline Weiland von der Initiative der Bundesregierung „Deutschland – Land der Ideen“ und Ingo Wehlings vom Projektpartner Deutsche Bank Leuchtpol als „Ausgewählten Ort 2011“ aus. „Leuchtpol leistet einen wichtigen Beitrag dazu, Verständnis für nachhaltige Entwicklung in die Kitas zu tragen“, sagte Staatsrat Jan Pörksen von der Hamburger Sozialbehörde. Dahinter stehe ein Konzept, bei dem Kinder von Anfang an als eigenständig denkende und handelnde Menschen ernst genommen würden. „Eine Auffassung, die der Grundstein für ihr Leben als aktive Gestalter ist. Das ist in jeder Hinsicht zukunftsfähig.“ [lh]

▷ www.leuchtpol.de

WISSENSWERT

Schweizer Umweltbildungsmagazin

Partizipative Wissenschaft

□ Umweltbildung.ch beleuchtet im November den engen Zusammenhang von Umweltbildung und naturwissenschaftlicher Bildung. So geht es im Projekt Phéno-clim des Forschungszentrums für Gebirgsökosysteme CREA um partizipative Wissenschaft: Ein breites Publikum sowie Schulen sind eingeladen, die Auswirkungen der Klimaveränderung auf die alpine Vegetation zu messen. Ebenfalls nachzulesen ist eine 2010 vom französischen Institut für Ausbildung und Forschung in der Umweltbildung (Ifrée) herausgegebene Zusammenstellung von 60 Projekten partizipativer Wissenschaft aus dem französischen Sprachraum zur Biodiversität. Ein Methodenteil vermittelt die Erfahrungen und ermöglicht Schlüsse für eigene Vorhaben. [lh]

▷ www.umweltbildung.ch/fileadmin/user_upload/resources/bulletin_ubch_2_2011.pdf

Jugendstudie

Selbstbestimmt nachhaltig

□ Die junge Generation hat angeblich kein Interesse an Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen. Zur Überprüfung dieser These gab das Umweltbundesamt eine Studie in Auftrag, die nun zum Download vorliegt. Auf Basis einer Literaturrecherche zu Jugendkulturen und der Ergebnisse der Umweltbewusstseinsforschung wurden zehn Empfehlungen erarbeitet, die Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation mit Jugendlichen erleichtern sollen. Selbstbestimmung ist demnach elementares Kriterium für Jugendliche – auch beim Umweltengagement. [lh]

▷ www.uba.de/uba-info-medien/4078.html

Publikation

Kulturlandschaft macht Schule

□ Der Bund Heimat und Umwelt (BHU), Dachverband der Bürger- und Heimatvereine in Deutschland, hat die Publikation „Vermittlung von Kulturlandschaft an Kinder und Jugendliche“ herausgegeben. Sie bietet vielfältige Anregungen für schulische und außerschulische Projekte in allen Altersstufen. Die Projekte nutzen traditionelle und neue Medien gleichermaßen. [lh]

▷ www.bhu.de

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

Februar bis März 2012 (D)

Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Erneuerbare Energien.

Tagungsreihe des ANU-Bundesverbandes mit Kooperationspartnern für MultiplikatorInnen aus Hochschule, Schule, beruflicher und außerschulischer Bildung und an Bildung interessierte EnergieexpertInnen.

21.–21.02., Hamburg-Harburg: Erneuerbare Energien in der beruflichen Praxis;

28.–29. 02., Leipzig: Stromnetze und Energieinfrastruktur der Zukunft – ein Thema der BNE;

06.–07.03., Frankfurt/M.: Energielandschaften und Flächennutzung – verstehen, planen, mitgestalten; 12.–13.03., Düsseldorf: Von Agrosprit bis Wüstenstrom – Energiewende und globale Gerechtigkeit.

▷ E-Mail: bnee@anu.de, www.umweltbildung.de

Januar bis Oktober 2012, Bonn (D)

Waldpädagogik. Zertifizierter Lehrgang

Seit mehr als zehn Jahren bietet der Wissenschaftsladen Bonn in Kooperation mit der Naturschule den zertifizierten Lehrgang Waldpädagogik an. Der sechswöchige Lehrgang ist für ErzieherInnen, Wald-erzieherInnen und SozialpädagogInnen konzipiert. MitarbeiterInnen von Kindergärten, Kitas und ähnlichen Einrichtungen werden befähigt, mit Kindergruppen kontinuierlich und zu allen Jahreszeiten im Wald zu arbeiten.

▷ www.wilabonn.de

Mai 2012 bis November 2013, bei München (D)

Umweltbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung. Weiterbildung

Ökoprojekt – MobilSpiel München, das Naturerlebniszentrum Pullach und die Ökologische Akademie Linden bieten MitarbeiterInnen in der außerschulischen Umweltbildung, von Umweltverbänden oder der Lokalen Agenda 21 sowie PädagogInnen und NaturwissenschaftlerInnen eine auf eineinhalb Jahre angelegte Weiterbildung an. In acht Einheiten werden Bildung für nachhaltige Entwicklung, Didaktik und Methodik der Umweltbildung, psychologische und pädagogische Aspekte der Umweltbildung und Soziales Marketing thematisiert.

▷ Ökoprojekt – MobilSpiel e.V., Marion Loewenfeld, München, Tel. +49 (0)89 / 7696025, www.mobilspiel.de/Oekoprojekt/bildung.html#beruf

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantwortl.), oekopaednews@anu.de;
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], jfs@oekopaednews.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de